Sonnabend/Sonntag, 7./8. Sept.
11. Jahrgang Nummer 20[illegible]

Arbeiter-Zeitung

10 Seiten Wochen-Ausgabe

Erscheint täglich [illegible] Beilage. Bezugspreis: wöchentlich [illegible] Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen [illegible] unter Streifband 8,00 Mk. Anzeigenpreis: [illegible] Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- [illegible] Stellungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene [illegible] Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Krebsnitzer Str. 50. Tel. 560 30. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Krebsnitzer Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Eberstr. 26, Tel. 4055; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 1[illegible]; Görlitz: Kunitz 6, Telephon 2354. Geschäftszeit: von 8—12 Uhr. [illegible] stand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsanstalten m.b.H., Breslau. — Druck: „Neubag" Berlin, Fil. Breslau, Krebsnitzer Str. 50.

Das Schauspiel der Friedensheuchler

„Sozialist" Henderson verteidigt die Schlächtereien in Palästina
Stresemann meldet deutsche Kolonialansprüche an

(Inprekorr.) Genf, 6. September.

In der heutigen Sitzung sprach zuerst der finnische Außenminister Prokopé über die Frage der finanziellen Unterstützung angegriffener Staaten durch den Völkerbund, worüber ein ausgearbeitetes Projekt der Kommission vorliegt.

Nach Prokopé hielt Henderson seine „große" Programmrede. Die Ersetzung der Gewalt durch das Ideal des Friedens mache rasche Fortschritte und das stärkste Werkzeug auf diesem Wege sei ein mächtiger Völkerbund. Die englische Rheinlandräumung ziehe den Schlußstrich unter den Weltkrieg. Durch die Annahme des Schiedsprinzips sei der eigentliche Schritt zur wirklichen Sicherheit getan.

Zu dem vorgeschlagenen Abkommen zur finanziellen Unterstützung eines vom Angriff bedrohten Staates erklärte Henderson, daß die Labour-Regierung bereit sei, eine allgemeine Verbindlichkeit für Mitglieds- und Nichtmitgliedsstaaten zur Zeichnung von Abkommen dieser Art anzunehmen.

Der Kellogg-Pakt müsse mit dem Völkerbunds-Pakt in Uebereinstimung gebracht werden. Henderson unterbreitete der Versammlung eine Entschließung, in der es für notwendig erklärt wird, entsprechende Veränderungen im Völkerbundsrat vorzunehmen. Er übermittelte diese Resolution auch im Namen Frankreichs, Italiens, Belgiens und Dänemarks. Auch die deutschen Delegierten stimmten ihr grundsätzlich zu.

•

Heute abend, im Anschluß an die Ratssitzung, gab Henderson in der Mandatskommission eine Erklärung über die Vorgänge in Palästina ab, die den primitivsten sozialistischen Forderungen nach Freiheit der Kolonialvölker ins Gesicht schlägt. Der ehemalige Vorsitzende der Zweiten Internationale führte aus, daß es schwer sei, die Ursachen der Vorgänge festzustellen, daß aber jetzt wieder ohne Belagerungszustand die Ordnung gesichert sei. Für die englische Regierung bestehe kein Anlaß, an der bisherigen Politik, am Charakter des Mandates oder an der Deklaration Balfours irgend etwas zu ändern.

Stresemann, der darauf das Wort ergriff, wies auf den prinzipiellen Charakter der Mandate hin und machte Vorbehalte betreffend der Versuche, das Mandat über Tanganjika, früher deutsch-ostafrikanischer Besitz, mit der britischen Kolonie Konya zu verschmelzen.

Briand stellte fest, daß auch in Syrien die Ordnung gesichert sei. Er betont die prinzipiellen Rechte der Mandatsmächte.

Im Bericht der Mandatskommission wird auf die Ausbeutung der Naturschätze des Toten Meeres als wichtiges wirtschaftliches Problem hingewiesen.

Stresemanns Erklärung

Stresemanns Erklärung zu der Frage des englischen Mandatsgebietes Tanganjika (Deutsch-Ostafrika), die von der gesamten Presse groß aufgemacht wird und kennzeichnend für den wachsenden Appetit des deutschen Imperialismus ist, hat folgenden Wortlaut:

„Der Herr Berichterstatter hat in seinem Bericht auf die Differenzen hingewiesen, die wegen des Berichtes der Hilton-Young-Kommission in der Mandatskommission geäußert worden sind. Ich möchte ihm in diesem Punkte besonders beitreten. Gewiß ist jetzt nicht der Moment gekommen, sich darüber zu äußern, ob eine solche Maßnahme der Mandatsmacht mit dem Charakter des Mandates vereinbar ist oder nicht. Denn es handelt sich zurzeit nur um ein unverbindliches Studium einer unabhängigen Kommission, und die britische Regierung hat sich noch nicht darüber schlüssig gemacht, ob sie den Konklusionen des Hilton-Young-Berichtes Folge geben wird oder nicht. Trotzdem glaube ich, daß die Mandatskommission sich auf dem richtigen Wege befindet, wenn sie in einer grundsätzlichen Frage von einer solchen Bedeutung den ihr in dankenswerter Weise von der britischen Regierung zugeleiteten Bericht im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit einer eingehenden Prüfung unterzieht. Ich glaube auch, daß die Mandatskommission berechtigt war, den besonderen Befürchtungen Ausdruck zu verleihen, die sich der Mehrheit ihrer Mitglieder bei dem Studium des Berichtes aufgedrängt haben.

Es ist in der Tat die Grundlage des Mandats, daß die Mandatsgebiete selbständige internationale Einheiten sind, hinsichtlich deren die Mandatsmächte dem Völkerbunde als dem Mandanten Rechenschaft schuldig sind. Unter diesem leitenden Grundsatz, der in der Völkerbundssatzung selbst verankert ist, stehen alle Stipulationen des Mandats, und keine kann so ausgelegt werden, daß dieser oberste Grundsatz verletzt würde. Wenn daher auch nach der Tanganjika-Mandatsurkunde in verwaltungstechnischer Hinsicht eine gewisse Zusammenfassung der benachbarten Gebiete möglich ist, so darf doch keine Verschmelzung derart stattfinden, daß das Weiterbestehen des Mandatsgebietes als selbständige politische Einheit und damit die ständige Ueberwachung der Ausführung des Mandates durch den Völkerbund in Frage gestellt wäre.

Ich möchte mich zur Zeit auf diese kurzen Bemerkungen beschränken. Ich hoffe, daß die Mandatskommission sich auf ihrer Novembertagung mit der Angelegenheit befassen kann, ehe die britische Regierung zu entscheidenden Maßnahmen schreitet, und ich hoffe sehr, daß es der Zusammenarbeit zwischen der Mandatskommission und der Mandatsmacht gelingen wird, die Frage im Sinne der Völkerbundssatzungen und des Mandatsgedankens endgültig zu bereinigen."

Die Genfer Schaumschläger

Nun sind sie wieder mal beisammen
Im schönen Genfer Bundeshaus,
Und ruh'n sich von den Wehrprogrammen
Bei friedlichem Gesäusel aus.
Der Oelzweig knistert,
Wenn Strese flüstert . . .
Ertönen Gustavs Friedensschneuzer,
Denkt niemand an den Panzerkreuzer.

Auch Macdonald, der Stolz der Briten,
Der seinem King die Pfoten leckt,
Läßt regnen holde Friedensblüten,
Aus denen Breitscheid Honig schleckt.
Um Briands Schädel
Weh'n Palmenwedel . . .
So quasseln die Locarno-Christen.
Und denken nicht dran, abzurüsten.

Wenn's auch in SPD.-Gazetten,
Von Kellogg-Pakt und sowas bellt —
Der Friede hockt auf Bajonetten,
Ein Schuß — und wieder brennt die Welt.
Am Jordan krachen
Bomben auf Fellachen,
Proletenblut färbt rot den Rasen . . .
Trotz allem Genfer Flötenblasen.

Kasimir Sublimer.

Die Organisation des Antisowjetblocks festigt sich

Polen für Eintritt in die Kleine Entente — Neue Kriegsbündnisse gegen die Sowjetunion

Das „Berliner Tageblatt" vom 6. September berichtet über eine verstärkte Propaganda der polnischen Presse (darunter auch solcher Blätter, die eine der Tschechoslowakei feindliche Stellung einnehmen) für den Beitritt Polens zur Kleinen Entente. Begründet wird dieser Schritt mit der Notwendigkeit eines festeren Zusammenschlusses der unter französischem Einfluß stehenden osteuropäischen Staaten angesichts des verstärkten englisch-französischen Gegensatzes. Polnischerseits wird ausdrücklich verlangt, daß sich dieser Block gegen Deutschland und die Sowjetunion richten soll, während die sich mit der Frage beschäftigenden tschechischen Blätter neben dem Hauptfeind, der Sowjetunion, Ungarn als möglichen Gegner bezeichnen. Da man von polnischer Seite einer Stellungnahme gegen Ungarn nicht zustimmen will (die antiungarische Front der Kleinen Entente mit der fortschreitenden französisch-italienischen Annäherung auch überflüssig wird), da andererseits Deutschland ganz offenkundig sich allen Bedingungen der Westmächte unterwirft, um nur zum Anti-Sowjetblock zugelassen zu werden, bleibt ein ernstes Angriffsobjekt für den neuen Block eben die Sowjetunion. Am Donnerstag hat ein Genfer Blatt den Inhalt der Militärabkommen zwischen den Mächten der Kleinen Entente veröffentlicht (siehe Artikel in der ersten Beilage), aus dem ganz klar hervorgeht, daß die wechselseitige Verpflichtung zur Kriegshilfe gegen die Sowjetunion im Vordergrunde dieser Abkommen steht. Mit um so größerer Aufmerksamkeit muß die Arbeiterschaft die verstärkte diplomatische Tätigkeit zur Festigung der Antisowjet-Front in Osteuropa verfolgen und ihre machtvolle Aktion zum Schutze des proletarischen Vaterlandes vorbereiten.

Explosion in einem Café in Menin

TU. Brüssel, 6. September. In Menin in der belgischen Provinz Westflandern ereignete sich in der Nähe der französischen Grenze in einem Café eine schwere Explosion, deren Ursache noch nicht geklärt werden konnte. Das Café stürzte ein, wobei sieben Personen schwer verletzt wurden. Nach ihrer Ueberführung ins Krankenhaus starben zwei Schwerverletzte.

Zwei Flugzeuge zusammengestoßen und abgestürzt. — TU. Prag, 6. September. Bei den Schlußübungen der zweiten und fünften Infanteriedivision stießen am Donnerstag ein Jagdflugzeug und ein Beobachterflugzeug zusammen. Beide Flugzeuge stürzten ab, drei Flieger wurden dabei getötet.

Die Wasser des Indus steigen weiter. Krokodile in den Dörfern. TU. London, 6. September. Wie aus Bombay gemeldet wird, ist im oberen Lauf des Indus bei Attock und Deran Ghazi Khan das Wasser im Fallen, während mit dem Ablauf der Flutwellen im unteren Lauf der Stand wieder so hoch geworden ist, daß die vollständige Räumung weiter Gebiete seitens der Behörden angeordnet werden mußte. Infolge der Ueberschwemmungen im Sind-Gebiet sind die Krokodile bis in die unter Wasser stehenden Dörfer vorgedrungen. Ueber das Schicksal der vielen durch das Wasser abgeschnittenen Dörfer ist nichts bekannt.

Das neue faschistische Bombenattentat und die Presse

In den ersten Morgenstunden des 6. Septembers explodierte, wie wir gestern meldeten, neben dem Haupteingang zum Regierungsgebäude in Lüneburg eine Bombe. Das Attentat war wiederum genau so organisiert, die Bombe in genau gleicher Art konstruiert, wie ihre 14 Vorgänger. Kein Zweifel: die Faschisten setzen, je mehr Belohnungen für die Erfassung von Bombenattentätern auf den Litfaß-Säulen ausgeschrieben werden, um so vergnügter die Kette der Attentate fort, und sie waren diesmal sogar unverschämt genug, sich als Schauplatz ihrer Tätigkeit gerade jenen Ort und jenes Gebäude auszusuchen, wo gerade jetzt ein Riesenheer von Kriminalbeamten mit der „Nachforschung" nach ihnen beschäftigt ist. Sie wissen schon, warum sie sich das leisten können, sie wissen sehr genau, daß die „demokratische" Staatsgewalt nicht daran denkt, ihnen ein Haar zu krümmen. Es ist Unsinn, wenn behauptet wird, daß sich die Attentate etwa wirklich gegen sozialdemokratische Minister und Regierungspräsidenten richten, und daß diese Leute sich davon irgendwie bedroht fühlen. Die Attentate sind sorgfältig darauf angelegt, jenen Leuten, gegen die sie sich angeblich richten, kein Haar zu krümmen, und die sozialdemokratischen Träger der republikanischen Staatsgewalt sowie die gesamte Bourgeoisie verstehen sehr wohl, daß diese Bombenwürfe kein Stoß gegen den bürgerlichen Staat, sondern im Gegenteil eine etwas unsanfte Anbiederung an die „demokratische" Staatsgewalt darstellen. Die Attentate sollen den verelendeten Bauern und Mittelständlern zeigen, daß die — in Wahrheit vom Großkapital ausgehaltenen — Faschisten tatkräftig für ihre Interessen kämpfen können, und so faschistische Werbearbeit leisten, sie sollen gleichzeitig der Bourgeoisie beweisen, daß die faschistischen Organisationen es wohl verstehen, mit allen Methoden des Terrors umzugehen, und daß sie bereit sind (natürlich gegen entsprechende Entlohnung) ihre Künste gegen die Arbeiterschaft spielen zu lassen.

So faßte denn die bürgerliche Presse das neue Glied der Attentatskette durchaus nicht als gegen das bürgerliche System gerichtet auf und behandelt es mit entsprechender Schonung. Die „B. Z. am Mittag" stellt in ihrem Kommentar fest, daß die „Hintermänner dieser Sprengstoffattentäter" nur die Absicht hätten, „lediglich zu demonstrieren, und nicht Menschen zu verletzen" (was ausgemachter Schwindel ist, denn die Faschisten wollen zwar allerdings mit ihren Bomben keine sozialdemokratischen Regierungspräsidenten töten, aber sie werfen die Bomben nur, um ihre Bereitschaft zur Tötung von Arbeitern zu beweisen). **Zeigen doch der Vorstoß der Nationalsozialisten in Schlesien, die Göbbels-Demonstration und der angedrohte Ueberfall auf die „Arbeiter-Zeitung" den unmittelbaren Zusammenhang mit den Bombenattentaten.** Sanft wird den Faschisten ins Gewissen geredet, daß „die Bahn, die man da betreten hat, abschüssig", und daß Sprengstoff „kein geeignetes Medium für Demonstrationen" sei. Und nach dieser sanften Ermahnung folgt der Appell an die Regierung, nicht nur den Attentaten entgegenzutreten, sondern ihre Ursache zu beseitigen.

„Die Unruhestifter ziehen Nahrung für ihre nihilistische Propaganda der Tat aus dem allzu harten Druck der Steuern und Abgaben. Die Steuern sind zu hoch. Das Ergebnis vom Haag muß jetzt der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten nutzbar gemacht werden. Herunter mit den Steuersätzen! Mildert den Druck, der auf den schwachen Schultern liegt. Drosselt die Ausgaben, spart und haltet Haus im Hause des deutschen Volkes!"

Das also ist des Pudels Kern: Damit den Attentaten ein Ende gemacht wird, müssen die Bedürfnisse der Leute, die die faschistischen Organisationen aushalten, nämlich der Großkapitalisten, befriedigt werden. Die Steuern der „Wirtschaft" müssen ermäßigt, die Ausgaben — konkret gesprochen die Erwerbslosenunterstützung — „gedrosselt" werden, das „Ergebnis vom Haag", d. h. die Ersparnisse des Young-Planes, müssen „der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten" — konkret gesprochen, dem Finanzkapital — zugute kommen. Das demokratische Ullstein-Blatt ist wenigstens ehrlich. Damit die Faschisten nicht mehr Bomben werfen, müssen alle „berechtigten" Forderungen der Hintermänner der Faschisten erfüllt werden. Alle Arbeiter können hier sehen, wie sich die faschistische Terroraktionen nicht gegen die „demokratische" Bourgeoisie (wie es uns Reformisten und Opportunisten vorschwindeln wollen), sondern im Interesse dieser Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft richten, daß niemand die Arbeiter vor der kommenden Welle des faschistischen Mordes schützen kann, denn die eigene Kraft, denn die **proletarischen Selbstschutzorgane!**

Vernehmung des angeblichen Reichstagsbombenattentäters in Frankfurt

TU. Frankfurt a. M., 6. September. Der angebliche Berliner Sprengstoffattentäter, der ein Kaufmann namens Josef Hett aus Frankfurt a. M. sein will (siehe Meldung in der Beilage), wurde einem mehrere Stunden dauernden Verhör unterzogen, und machte dabei bis ins einzelne gehende Angaben über die Tat. Die zuständige Berliner Stelle wurde sofort benachrichtigt. Bis auf weiteres wird Hett in Haft behalten und steht zur Verfügung der Berliner Behörde, die für die weitere Untersuchung zuständig ist und auch allein in der Lage sein dürfte, die Angaben des Hett auf ihre Richtigkeit hin nachzuprüfen. Nach den Umständen müssen diese Angaben zunächst mit Vorbehalt aufgenommen werden. Laut Ausweisung des Strafregisters in Frankfurt a. M. ist ein Josef Hett mehrfach vorbestraft.

Rohrlegerstreik findet volle Unterstützung

Berlin, 7. September. Gestern fand eine Baudelegierten-Konferenz statt, die von der zentralen Streikleitung der Rohrleger und der Leitung der revolutionären Opposition im Baugewerbe einberufen war. Die Bauarbeiter beschlossen, den Streik der Berliner Rohrleger aktiv zu unterstützen. Außer finanzieller Hilfe, Kampf gegen die Streikbrecher, wurde gleichzeitig der Beschluß gefaßt, Forderungen auf Lohnerhöhung auf den Baustellen ultimativ aufzustellen und Kampfleitungen zur Durchsetzung dieser Forderungen durch Streik zu wählen. In der Entschließung heißt es u. a.:

„Der Streik der Rohrleger ist von größter Bedeutung für den Kampf der Arbeiter in allen Industrien. Der unter Leitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition energisch durchgeführte Streik zeigt klar, wer auf seiten der proletarischen Klasse und wer auf seiten der kapitalistischen Ausbeuter steht. Er ist ein wichtiger Schritt zur Herausbildung der revolutionären Kampfesfront der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft. Darum ist die umfassende aktive Solidarität der Arbeiter aller Industrien mit den Streikenden eine wichtige Maßnahme in dem Kampf um die eigene Existenz."

*

Die gestrige gut besuchte Mitgliederversammlung der freigewerkschaftlichen Berliner Schuhmacher nahm eine Resolution an, die dem Streik der Rohrleger vollste Solidarität ausspricht und gelobt, denselben moralisch und finanziell zu unterstützen.

„Verbotene" Berliner Rote Jungfront demonstriert

Berlin, 6. September. Gestern abend sammelten sich am Sportplatz Friedrichshain mehrere Hundert Kameraden von drei Abteilungen der verbotenen Roten Jungfront, die anderthalb Stunden demonstrierten und im Verlaufe der von glänzendem Kampfwillen getragenen Demonstration Hunderte von Arbeitern mitrissen. Drohend klangen die Rufe: „Dem Faschismus Tod — Berlin bleibt rot!" „Die Straße gehört den Arbeitern!" „Rot Front!" „Es lebe die verbotene Rote Jungfront!" Unangefochten marschierte die immer stärker werdende Demonstration durch die Straßen. Am Königsberger Tor fand vor 1000 Arbeiter eine eindrucksvolle Abschlußkundgebung statt. In wuchtigen Ausführungen geißelte ein junger Kamerad der RJ. das Mordtreiben der Faschisten und ihre offene Unterstützung durch die Zörgiebel-Polizei. Bis zum Abschluß der Demonstration fanden Zörgiebels Garden keine Gelegenheit, ihre Gummiknüppel gegen die Demonstranten in Bewegung zu setzen.

Blutige Polizeiattacken gegen Dresdener Erwerbslose

Dresden, 6. September. Am 5. September fand in Dresden eine Massendemonstration gegen den Unterstützungsraub statt. Die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter demonstrierten gemeinsam. Die Kampfesstimmung war eine glänzende. Die Polizei trat ungeheuer provokatorisch auf. Die Demonstranten durchbrachen die Polizeikette. Vor dem Rathause sprachen Redner der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion. Darauf zog die Demonstration weiter zum Rehmisch-Platz. Die Polizei unternahm Attacken in brutalster Weise gegen die Demonstranten. Sie ging sehr brutal auch gegen Frauen vor. Vier Frauen wurden blutig geschlagen und in viehischer Weise auf den Ueberfallwagen der Polizei geschleppt. Eine Frau mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Weitere zehn Arbeiter wurden verhaftet. Der Sozialfaschist Kühn verweigert jede Auskunft über die Verhafteten. Dieselben Methoden werden hier gegen Arbeiter angewendet, wie sie in den Polizeigefängnissen der Siguranza in Rumänien üblich sind.

Blutige Polizeiüberfälle auf streikende Arbeiter

Paris, 6. September.

Am 5. September kam es in Nantes, wo zurzeit die Dockarbeiter streiken, zwischen Streikenden und Streikbrechern zu schweren Zusammenstößen, wobei sechs Streikbrecher schwer verletzt wurden und einer der Verletzten bereits gestorben ist. Während tagsüber die Streikbrecher den Schutz der Polizei genossen und die Polizei gegen die Streikenden vorging, so daß Streikbrecherarbeit an einigen Stellen geleistet werden konnte, vermochten die Streikenden am Abend, als sich die Polizei zurückgezogen hatte, die Streikbrecher zu verjagen, wobei es zu diesen Zusammenstößen kam.

Wie die bürgerliche Presse berichtet, hat der Streik sich auch auf Bordeaux ausgedehnt. Sämtliche Dockarbeiter von Bordeaux sind, nachdem die Arbeitgeber die vor einigen Tagen eingereichten Forderungen nicht einmal beantwortet hatten, in den Streik getreten. Auch ein Teil der Mannschaften der im Hafen ankernden Schiffe hat sich dem Streik angeschlossen.

Weitere englische Truppentransporte nach Palästina

TU. Jerusalem, 6. September. Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet: In Palästina treffen weitere englische Truppentransporte zur Verstärkung der Garnisonen ein. Zwei große Kriegsschiffe sind an der Küste gesichtet worden. In Jerusalem herrscht Ruhe. Bei Berseba soll es zu schweren Kämpfen zwischen englischen Truppen und Sinai-Beduinen gekommen sein.

*

Neue Kämpfe

Jerusalem, 6. September. Ein von den britischen Truppen besetztes Dorf südlich von Jerusalem wurde von Arabern angegriffen, die jedoch zurückgeschlagen wurden und starke Verluste erlitten. Von Jaffa, Jerusalem und Bethlehem sind Strafexpeditionen gegen die Araber ausgesandt worden. In der Gegend von Haifa, Jaffa und Gaza ist die „Ruhe" wieder hergestellt. Ueber ganz Palästina ist ein Flugpatrouillendienst eingerichtet. Bei Gaza finden zur Stunde immer noch erbitterte Kämpfe zwischen Beduinen und englischem Militär statt. Ein Araber-Ausschuß hat einen Aufruf herausgegeben, in dem zur Fortsetzung des Kampfes aufgefordert wird. Im ganzen Lande werden massenweise aufständische Araber verhaftet.

Schiffszusammenstoß im Golf von Biskaja

TU. Madrid, 6. September. Am Freitag stießen 130 Meilen von San Sebastian entfernt zwei Fischdampfer zusammen, die sofort sanken. Während 13 Mann der Besatzungen gerettet werden konnten, fanden acht Seeleute den Tod in den Wellen.

ANNA

IVAN OLBRACHT

Das Mädchen vom Lande

DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

43

Anna erschrak über solche Leidenschaft. Sie erschrak auch vor diesem Unmaß von Wut, aber sie zuckte nur kaum merklich mit den Schultern. Was kümmerte sie das Fräulein? In der Jessenistraße warteten das Heim und Toni. Die Tage, die sie noch bleiben muß, sind bald vorbei. Das Fräulein stürzte wieder aus dem Speisezimmer. Durch die Sieben-Zimmer-Wohnung schleppte die Frau Baumeister ihren blassen Kummer, befahl und kontrollierte, weinte heimlich über den Brief aus Davos, stahl im Morgendämmer zehn Mark und seufzte in der Küche beim Kochen:

„Ach, Anna, ja, wie habt ihr es doch viel besser auf der Welt!"

Es war der Neid der Kranken auf die Gesunden, es war der Neid des Alters auf die Jugend.

Die vier Wochen, die Anna noch bleiben mußte, vergingen. Frau Rubesch fand endlich ein Mädchen, das ihr geeignet schien. Vorher waren schon zwei dagewesen und hatten mit Anna einen Tag lang gearbeitet. Aber die eine von ihnen war ein so verschreckter Niemand und die andere eine Sozialistin. Die gnädige Frau hörte des Abends hinter der Tür, wie sie und Anna sich von reichen und armen Leuten unterhielten, und so wurde nichts daraus. Die dritte hieß Mathilde, war irgendwo vom Lande, ging in die Kirche, stand um 4,30 Uhr morgens auf und küßte der gnädigen Frau und Fräulein Dadla zum Guten-Morgen-Gruß die Hand.

„Lassen Sie doch", sagte die Frau Rubesch, aber sie ließ es sich ruhig gefallen. Und Fräulein Dadla wehrte sich:

„Mal machen Sie da, Sie Närrin, wer will sich denn von Ihnen ablecken lassen!"

Aber Mathilde kämpfte um des Fräuleins Hand und das Fräulein lachte:

„Gott, ist die blöd. Hat Ihnen Mama schon von Kis und Landru erzählt?"

Anna schied im Guten. Die gnädige Frau reichte ihr zum Abschied zwei dicke Finger und das Fräulein wühlte aus ihren alten Sachen ein Paar abgetragene Schuhe, drei Paar Strümpfe mit heruntergelaufenen Maschen, ein rosa Seidentüchlein mit einem Monogramm „D" und drei Stück parfümierte Seife. Diese Sachen mußte Anna verbergen. Toni hätte sie zum Fenster hinausgeworfen, und es war schade darum.

Auf Wiedersehen, Familie Rubesch!

Heim. — Das war ein neues, ein feierliches Gefühl. Es war auch nicht zuletzt hervorgerufen durch das herrliche Geschirr, das sie sich für ihren letzten Lohn gekauft hatte.

Dieses herrliche Gefühl wuchs beim ersten gemeinsamen Mittagessen, das sie unter Aengsten zubereitet hatte, weil sie die Zuverlässigkeit des neuen Herdes bezweifelt hatte. Das Mittagessen bestand aus Hackbraten, der feierlich auf dem Teller des Mannes zurechtgemacht war, aus Klößen und Kohl, mit dessen Duft sich oben an der Wand Marx und Engels, die Väter aller Sozialisten, zufrieden geben mußten.

Das zweite Stockwerk des alten Mietshauses in der Jessenistraße und der Flur mit den fünf Wohnungen wurden zum neuen Heim Annas. Alle fünf Wohnungen sind gleich.

Sie haben ein Zimmerchen mit zwei Fenstern, die auf den Hof hinausgehen und in die manchmal nachmittags die Sonne scheint. Sie haben ein Loch von Küche mit vergittertem Fenster, das auf den Flur führt. Der Flur ist dunkel. Das Licht, zweimal gebrochen, dringt hier durch zwei Milchglasfenster auf die Padeste. Das eine Fenster ist ein Stockwerk tiefer und man teilt sein Licht mit den Bewohnern des ersten Stockes. Das andere ist ein Stockwerk höher, und auch die Bewohner des dritten Stockes leben von seinem Licht. Der Flur atmet einen fauligen Geruch, einen süßlichen, gemischten Geruch nach gerösteten Zwiebeln, Kartoffelbrei, Seife und Petroleumlampen, mit denen man am Nachmittag die Küchen erleuchten muß. In den Wohnungen dieser Vorstadthäuser wohnen bei Tage nur Frauen. Die Männer sind auf Arbeit, die Kinder in der Schule oder auf der Straße beim Ball- oder Murmelspiel, und wenn irgendein Mannsbild zu Hause ist, weil es nachts auf Arbeit gehen muß, dann schaut aus den gestreiften Bettbezügen nur sein Haarschopf hervor, und alles andere ist in Betten eingehüllt.

Die Frauen kennen sich bis auf den Boden der Kochtöpfe, bis in alle Abteilungen der Brieftaschen und bis zum letzten Flicken Wäsche. Hier gibt es nicht, wie in bürgerlichen Wohnungen, Patentschlösser, die ebensowenig zu öffnen sind wie feuersichere Geldschränke. Hier sind die Wohnungstüren geöffnet, damit der Dampf von Waschtrögen und Töpfen herauszieht, und wenn sie mal geschlossen sind, kann man jederzeit durch das Fenster sehen, ob die Nachbarin zu Hause ist, kann jederzeit die Tür öffnen, guten Morgen wünschen, ein Reibeisen, ein bißchen Kümmel ausleihen, oder vielleicht bis zum nächsten Tage auch eine Mark. Alle haben sie eine gemeinsame Wasserleitung auf dem Flur und je zwei haben den Abort gemeinsam, was zu vielen Verdrießlichkeiten Anlaß gibt. Die Frauen des Hauses sind in ständigem Kontakt. Sie sprechen hauptsächlich von Geld und dem Frauengeschlecht. Das sind zwei Begriffe, von denen die Welt lebt. Begegnet man ihnen anderswo, in Formeln volkswirtschaftlicher Systeme gegossen, zu Programmen politischer Parteien geformt, zu Richtungen von Künstlerschulen emporgestiegen, zu gesellschaftlichen Prinzipien und Institutionen zusammengefaßt, so zeigen sich die Begriffe hier in ihrer nackten Tatsächlichkeit. Geld ist Geld und Geschlecht ist Geschlecht.

(Fortsetzung folgt.)

„Anna", Der Roman einer Arbeiterin

das Buch, von dem die Frauenabteilung des ZK. sagt, daß es der erste wirklich brauchbare und für unsere Sache propagandistische wertvolle Frauenroman ist, erscheint jetzt auch im Internationalen Arbeiter-Verlag in Buchform. Er kostet geb. Mk. 5,—, broschiert Mk. 3,50 und ist in der Arbeiterbuchhandlung zu haben.

Verantwortl. für Waldenburg, Niederschlesien, Gewerkschaft und Sport: Wilhelm Viewald, Breslau; für Oberschlesien: Gerhard Schulz, Gleiwitz; für Politik, Breslau und Sonstiges: Artur Dombrowski, Breslau. Für Inserate: August Reimann, Breslau.

Außenpolitische Rundschau

Friedensworte und Kriegstreibereien: zwischen Genf und Palästina — Die Lage in China — Zur Krise in Oesterreich — Die Schwierigkeiten Polens

Der Chef der britischen „Arbeiterregierung" hat es sich zur Aufgabe gemacht, die verschiedenen Friedensveranstaltungen, die in letzter Zeit zur Täuschung der breiten Massen in Szene gesetzt worden sind, um die ansehnlichen Kriegsvorbereitungen nur um so erfolgreicher zu verbergen, in ein einheitliches System zusammenzufassen. Seeabrüstungsschwindel, Kellog-Pakt-Geschwätz und Schiedsgerichtsillusionen sollen die Stützen dieses Systems sein. Macdonald fordert Verständnis für die Minderheiten seines der Regierungen, er tritt für die Beseitigung der Tarifschranken ein usw. Aber hinter den pazifistischen Phrasen stehen die realen Gegensätze des britischen Imperialismus zu den anderen, konkret insbesondere zum französischen Imperialismus, der seine imperialistische Bündnispolitik mit ebenso pazifistischen Phrasen („Paneuropa") umkleidet, steht der Streit um die Hegemonie im internationalen Antisowjetblock.

Uebrigens hat Macdonald — was insbesondere gegenüber Amerika peinlich — nicht einmal das britische Reich für seine „pazifistischen" Aktionen hinter sich. So machen ihm Irland und Südafrika erhebliche Schwierigkeiten bei der Durchführung gerade jenes pazifistischen Programmpunktes, den er schon öfters für seine Reklamezwecke so ausgiebig ausnutzen konnte: bei der Annahme der obligatorischen Rechtsprechung des Ständigen internationalen Gerichtshofes. Sie nehmen nämlich das Recht für sich in Anspruch, auch bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Teilen des britischen Reiches das internationale Schiedsgericht anrufen zu dürfen. Hier aber liegen bereits die Grenzen des Macdonaldschen Pazifismus und seiner Demokratie. Hier gelten plötzlich die Rechte der Minderheiten, für die er so warm bei den anderen eintritt, nicht mehr. Hiervon will die britische Regierung nichts hören und wird sicherlich mit allen Mitteln einer politischen und Wirtschaftsdiktatur dahin wirken, daß diese bei den Ländern ihre „demokratischen" Forderungen aufgeben.

Nicht genug scharfe Worte konnte Macdonald in seiner Genfer Rede finden, um das „politische Verbrechen, den gesetzwidrigen Aufstand in Palästina", zu geißeln. Die vorher noch von Pazifismus und Verständigung triefende Rede schlug plötzlich in das Kreischen der Ordnungsbestie um: „Zunächst müsse man die Ordnung herstellen, dann eine Untersuchung vorgenommen und Mittel gefunden werden, die Wiederkehr solcher Vorgänge zu verhüten." Also: Maschinengewehre, Strafexpeditionen, Maßregelungen. Allein, wie bei den demokratisch-pazifistischen Verheißungen, so macht Macdonald auch bei seinen diktatorischen Drohungen die Rechnung ohne den Wirt. Eine Untersuchung nämlich wird zur Freude der Konkurrenten Englands die Frage der britischen Verwaltungsmethoden im Mandatgebiete aufrollen. Insbesondere sind es die Vereinigten Staaten, die in dieser Frage mitreden wollen und hierzu vor allen Dingen die Tötung von zwölf amerikanischen Staatsbürgern zum Anlaß nehmen, während zionistische Kreise offen nach der Uebertragung des Mandats auf Amerika rufen. Während aber das amerikanische Hilfswerk sich hier auch auf Grund seiner großen materiellen Hilfeleistung zugunsten der Juden einmischt, hilft andererseits das französische Militär von der syrischen Besatzung die Lage zu komplizieren, indem es die Verbindung zwischen dem französischen Oberkommando in Syrien und dem britischen Oberbefehlshaber in Palästina herstellt. Allerdings ist auch Syrien ein Mandatsgebiet, woraus sich manche gemeinschaftlichen Interessen zwischen England und Frankreich ergeben, andererseits gibt es aber auch hier Konkurrenzmomente zwischen den beiden Mächten, und diese erklären zur Genüge, daß bei aller offiziellen Verbindung des französischen und des englischen Militarismus manche arabischen Trupps über Syrien nach Palästina ihren Weg finden. Hier ist eine Lage, die mit keinem Wortschwall, mag er nun von Macdonald oder Chamberlain herrühren, gelöst werden kann, und wenn man sich augenblicklich noch damit zu trösten scheint, daß man stark genug ist, um alsbald zu „Vergeltungen" schreiten zu können, so kann die Arbeiterregierung hier eine gehörige nicht wieder gutzumachende Schlappe erleiden.

Auch in China wirken sich bereits die von den imperialistischen Mächten angezettelten und durch Friedensvermittlungen verdeckten Intrigen aus. Die „Verständigung zwischen China und der Sowjetunion", die sie bereits als vollzogene Tatsache feierten, gewinnt immer offensichtlicher den Charakter eines verzweifelten Manövers Tschangkaischeks zur Gewinnung einer „besseren" Kriegsplatform. Statt dessen ist in der innerpolitischen Lage Chinas — wie immer, wenn die Imperialisten hier aneinander geraten — wieder einmal eine schwere Krise zu verzeichnen. Der Versuch der Nanking-Regierung, anläßlich der „Hilfeleistung" gegenüber der Sowjetunion, in die Mandschurei mit militärischen Kräften einzuziehen, erweckte die Angst und Eifersucht der mandschurischen Machthaber. Hinter dem Gegensatz Nord- und Südchinas verbirgt sich aber wieder einmal derjenige Japans und der Vereinigten Staaten. Der Bürgerkriegsstimmung, die infolge aller dieser Ereignisse sich Chinas in immer stärkerem Maße bemächtigt, entspricht die Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Nanking-Regierung und der Kuomintang. Auch der „christliche General" Feng regt sich wieder und erschwert die auch so schon genug unsichere Lage Tschangkaischeks außerordentlich. Nachrichten aus Schanghai zufolge sind die Gegensätze zwischen ihm und Tschanghsueliang so bedrohlich geworden, daß ein Waffengang unvermeidlich sei. Die weitere Entwicklung des russisch-chinesischen Konfliktes hängt also in sehr hohem Maße von der Gestaltung der innerchinesischen Lage und von der Stellungnahme der imperialistischen Mächte zu dieser neuen Lage ab.

Die Lage in Oesterreich ist unverändert kritisch. Die Aeußerung des Polizeipräsidenten Schober, an der Spitze seiner Polizeitruppen den Putschisten entgegentreten zu wollen, vermochte die mit „demokratischen" Phrasen arbeitenden Teile des Bürgertums sowie die Sozialdemokratie zu befriedigen, die alsbald mit dem Arbeiterschlächter des 15. Juli die Friedenspfeife rauchten.

Sie SPDe. denkt natürlich nicht an den „Kampf für die Verteidigung der Demokratie", von der sie schwätzt, sondern sie will nur die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft abwürgen und unterdessen nach alter Weise durch Unterhandlungen und Kompromisse soviel retten, wieviel noch zu retten ist. Ihre hauptsächliche Hoffnung setzt sie aber auf die westlichen Mächte, insbesondere auf England, dessen „öffentliche Meinung" und insbesondere dessen Regierungsorgane sich gegen ein Mitteleuropa wenden, in dem ein Oesterreich Seipels und der Heimwehrler in engem Bündnis mit Horthy-Ungarn sich an Italien anlehnt. Wieder einmal soll die Hilfe der Entente die Selbsthilfe des österreichischen Proletariats ersetzen, damit dieses auf „friedlichem" Wege dem Faschismus ausgeliefert werden kann.

Wie zu erwarten war, hat auch das sehr dürftige Ergebnis der Haager Konferenz und dasjenige, was man als ihren Haupterfolg preist, nämlich das „Nachgeben Frankreichs in der Rheinlandräumung", in Polen sehr deprimierend gewirkt. Die inneren wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die durch die Hoffnung auf die Unterstützung des Auslandes, namentlich Frankreichs, niedergehalten wurden, kamen nun zum Ausbruch und die gegenseitigen Intrigen der Militaristen, wie auch der Kampf der einander gegenüberstehenden Wirtschaftsgruppen, namentlich des Großgrundbesitzes und der Industrie, verschärfen die bisher bald im stillen, bald offen zutage tretenden Gegensätze innerhalb der verschiedenen Cliquen des herrschenden Faschismus. Infolge dieser Gegensätze scheint die Stellung der Regierung stark erschüttert, insbesondere wird auch die Außenpolitik Zaleskis stark angegriffen, offenbar, weil es ihm nicht gelang, jene Art von „Sicherheit" für Polen herzustellen, wie sie für den Westen durch den Locarno-Vertrag vorgesehen wird. Infolgedessen wird schon jetzt für den Fall des Versuches einer Grenzregulierung mit Krieg gedroht. Der Anwärter für den Außenministerposten, der Fürst Radziwill, hat übrigens in einer stark deutsch-feindlichen Rede die bemerkenswerte Feststellung gemacht, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit für den Frieden, also die Zukunftspolitik Macdonalds und Briands, mit Vorsicht zu genießen sei, „denn heute gründen sich alle Annektionsbestrebungen viel weniger auf Vorbereitung militärischer Angriffe, sie verstecken sich vielmehr unter der Maske der friedlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit". Da zieht es Polen vor, direkt auf den Krieg hinzuarbeiten. Die Bukarester Meldung, wonach Pilsudski dort zu längerem Aufenthalt erwartet wird, läßt aber klar erkennen, gegen wen sich die eigentlichen Kriegsrüstungen Polens richten.

Kriegsbündnis der „Kleinen Entente" gegen die Sowjetunion

Enthüllungen eines Genfer Blattes

TU. Genf, 5. September. **Ein Genfer Blatt veröffentlichte am Donnerstag den Inhalt der Militärabkommen zwischen den drei Mächten der Kleinen Entente: Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei. Danach enthalten die Militärabkommen folgende drei Punkte:**

Die Militärabkommen sind auf zwei der zwischen den Staaten der Kleinen Entente bestehenden politischen Verträge aufgebaut. Die Militärkonvention zwischen Südslawien und der Tschechoslowakei ist zum letzten Male im März 1928 in Prag festgelegt worden und gibt eine Aufstellung der Streitkräfte, die die Tschechoslowakei an der ungarischen Front in der Nähe von Preßburg im Falle eines Krieges zwischen Italien und Südslawien zusammenziehen muß. Die Militärkonvention zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei sieht den Fall vor, daß Ungarn einen der beiden Staaten angreift. Außerdem enthält das Militärabkommen Maßnahmen auch gegen Bulgarien und Sowjetrußland.

Ferner wird in der Veröffentlichung des Genfer Blattes mitgeteilt, daß die Verpflichtung Südslawiens zur Kriegserklärung in dem Falle besteht, daß Sowjetrußland einen Angriff gegen Rumänien richtet. Die Generalstäbe der Kleinen Entente sollen ferner nach ihren Mitteilungen im Laufe des April sowie vom 18. bis 24. Mai d. J. in Bukarest über die Erneuerung des Militärabkommens zwischen den drei Mächten beraten haben. An den Beratungen soll auch General Nollet, Mitglied des obersten französischen Kriegsrates, teilgenommen haben.

Zu Briands Phrasen in Genf

die wir gestern kurz vermerkten, schreibt die „Internationale Pressekorrespondenz":

Briand versuchte durch pathetische Phrasen über den Schrecken des Krieges, über die Leiden der Frauen usw. einer klaren politischen Stellungnahme in der Abrüstungsfrage auszuweichen. Den Phrasen über die „großen Friedenserfolge" des Völkerbundes folgte die Erklärung, daß der Völkerbund **„heute noch" nicht imstande sei, den Krieg zu verhindern.** (!) Der Kellogg-Pakt stelle eine moralische Schranke gegen Kriege dar, es sei aber noch notwendig, reelle Sanktionen zur Bestrafung der Kriegsverbrecher zu schaffen.

Die Abrüstung sei die heilige Verpflichtung des Völkerbundes, — erklärt Briand pathetisch, fügte aber gleich hinzu, daß es ein sehr schwieriges Problem sei, da doch Frankreich parallel die Frage der Sicherheit stellen müsse. Frankreich verfolge die Verhandlungen zwischen England und Amerika in der Seeabrüstung mit großer Aufmerksamkeit und hoffe, daß eine Lösung erzielt werde.

Briand wandte sich sodann in vorsichtiger Weise der **paneuropäischen** Frage zu, über die noch während der Tagung Verhandlungen zwischen Frankreich und anderen Staaten Europas stattfinden sollen, besonders in der Frage der „wirtschaftlichen Abrüstung", für die der Völkerbund entschiedener eintreten müsse. Diese Frage müsse aber als politisches und nicht als ein rein wirtschaftliches Problem betrachtet werden. Briand schloß seine Rede mit einer heuchlerischen pathetischen Aufforderung zur Erziehung der Jugend zum Frieden.

Während so in öffentlicher Sitzung über den Frieden geredet wurde, werden hinter den Kulissen die Kriegsvorbereitungen mit Volldampf weiter betrieben. Gestern abend fand eine längere „private" Besprechung zwischen Briand und Macdonald statt, während der auch die Fragen des gemeinsamen Vorgehens **gegen die Sowjetunion** zur Sprache gelangten.

Welcher Natur diese geheimen Besprechungen in der Tat waren, zeigt ein Interview, das der britische Außenminister Henderson einem Vertreter Reuters über die Lage der Wiederanknüpfung der anglo-russischen Beziehungen gegeben hat, aus dem hervorgeht, daß die Labour-Regierung mit Unterstützung Amerikas die Aufnahme der Beziehungen weiterhin zu sabotieren entschlossen ist, und erst Anknüpfung und dann Verhandlungen, über wie die selbstverständliche Forderung der Sowjetunion lautet, nicht annimmt! Henderson sagte u. a.:

Die tatsächliche Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland kann nicht erfolgen, solange das Parlament über die Angelegenheit nicht informiert worden ist. In der Zwischenzeit ist noch viel zu erledigen, und der Zeitraum vom gegenwärtigen Augenblick bis zur Eröffnung der Parlamentssession kann nützlich angewandt werden, um den Geschäftsgang und das Programm für die kommenden Verhandlungen zu entwerfen, die, wie ich hoffe, zu einer Regelung der zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen führen werden. Der Wunsch der britischen Regierung ist es, die Beziehungen sobald als möglich auf freundschaftlicher und solider Basis wiederaufzunehmen, (!) und die an die russische Regierung gerichtete Einladung, zur Erörterung des am schnellsten zum Ziele führenden Vorgehens bevollmächtigte Vertreter nach London zu entsenden, besteht nach wie vor fort.

SPDe. begünstigt Heimwehrputsch

Bereit zur Auflösung des Schutzbundes — Faschisten sollen weiter demonstrieren

Wien, 6. September. (Inprekorr.) Die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs veröffentlicht gestern das schon seit Tagen angekündigte und von der am Montag stattgefundenen erweiterten Parteivertretung beschlossene Manifest. Es bestätigt im großen und ganzen vollständig den Willen der Sozialdemokratie, um jeden Preis das Proletariat vom Kampfe abzuhalten und zugleich an der faschistischen Verfassungsreform mitzuarbeiten. Die Sozialdemokratie erklärt sich neuerlich bereit, sofort die Zustimmung zur Auflösung aller zivilen Wehrformationen, darunter selbstverständlich auch des sozialdemokratischen Schutzbundes, zu geben, um damit „die vollständige Entwaffnung der Zivilbevölkerung", d. h. des Proletariats, herbeizuführen. Um das Proletariat, das in Oesterreich in den letzten Wochen, wie z. B. in St. Lorenzen, seinen Abwehrwillen gegenüber dem Faschismus bewiesen hat, von weiteren Gegenaktionen abzuhalten, erklärt das Manifest:

„Wenn der Faschismus losschlagen will, soll er die ganze Arbeiterklasse in Aktion, die ganze Arbeiterklasse organisatorisch (!!) und geistig vorbereitet finden. Dann soll sich das ganze arbeitende Volk erheben, um alle, die die republikanische Freiheit und die Errungenschaften der Arbeiterklasse anzugreifen wagen, niederzuwerfen."

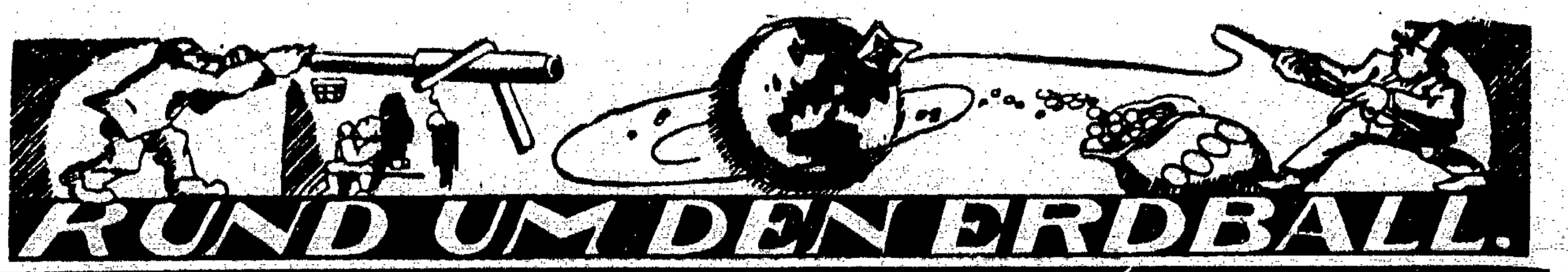
Dies sind die alten Betrugsmanöver des österreichischen Sozialfaschismus, das Proletariat auf den großen Tag, da der Faschismus zum Putsch übergehen wird, zu vertrösten, aber bis dahin die Weiterentwicklung des Faschismus zu garantieren. Folgende praktische Beschlüsse wurden gefaßt: Unverzüglich allerorts Mitglieder- und Massenversammlungen einzuberufen, in denen folgende Fragen aufgerollt werden sollen: Bekämpfung der Krise in Industrie und Gewerbe, Ausbau des Sozialrechts (Alters- und Invalidenversicherung), Hilfe für die Landwirtschaft (Getreidemonopol) usw. Mit keinem Wort wird die Frage der Erhöhung der Löhne berührt. Weiter soll in den Versammlungen die Werbearbeit für den Republikanischen Schutzbund entfaltet werden. Das Proletariat wird zur strengsten Disziplin und Besonnenheit aufgefordert, insbesondere keinerlei Versuche zur Störung von Heimwehrkundgebungen und Paraden unternehmen, d. h. die Aufmärsche der Faschisten und ihre Provokationen zu dulden.

Die bürgerliche Presse ist mit dem Manifest, abgesehen von einigen Einwendungen, zufrieden, lobt seine Besonnenheit und erwartet, daß die Sozialdemokratie auf diesem Wege weitergehen wird.

Eine neue Terrorwelle in Mexiko und Kuba

RHP. **Mexiko**, 5. September. Die mexikanische Regierung droht mit einer neuen Terrorwelle. Um die öffentliche Meinung vorzubereiten und entsprechend zu beeinflussen, hat eine heftige Hetze in der Presse eingesetzt. Die Zeitungen fordern, daß die Kommunisten wegen Hochverrats angeklagt und vor Gericht gestellt werden. Zwei politische Flüchtlinge wurden bereits deportiert, andere sollen folgen. Man beschuldigt sie, daß sie gegen die bestehende Ordnung kämpfen und Mexiko durch die Demonstration am 1. August in den Konflikt zwischen Sowjetunion und China hineinziehen wollten. Auch das mexikanische Parlament beteiligt sich an der Hetze und forderte die Regierung auf, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Die Zeitungen behaupten, daß die Verhaftung aller Führer der Kommunistischen Partei bevorsteht.

Auch in Kuba steigt die Terrorwelle. So hat die Regierung eine Anzahl Druckereien, in denen radikale Literatur gedruckt wurde, verboten und die Maschinen beschlagnahmt. Die Arbeiter in der ganzen Welt müssen gegen diese Verfolgungen protestieren.



34 Giftmörderinnen in Ungarn

Eine schauerliche Kriminalaffäre im Horthy-Paradies

Aus den kleinen ungarischen Dörfern Tiszakueri und Nagyred, die fern ab von jeder Kultur des 20. Jahrhunderts in einem Winkel des Szolnoker Komitats liegen, kommt jetzt die Kunde von einer der schauerlichsten Kriminalaffären der Neuzeit. Dort sind bis heute von der Staatsanwaltschaft nicht weniger als 34 Bäuerinnen verhaftet worden unter dem Verdacht, ihre Männer durch Arsenik beseitigt zu haben.

Die Mehrzahl der Verhafteten hat die schrecklichen Verbrechen eingestanden, und die Nachforschungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß das Motiv der Giftmorde in dem unbezähmbaren Landhunger der Bauern liegt. In den Dörfern ist der Besitz einer sogenannten Hofstelle, eines kleinen Fleckchen Bodens, oft der Anlaß, daß Brüder zu erbitterten Feinden werden und einen jahrelangen Kampf um das Eigentumsrecht ausfechten.

Um ein Stück Feld verfeindet man sich, schlägt man sich und mordet sich.

Seit Jahren liefen bei den verschiedensten Behörden anonyme Briefe ein, in denen auf plötzliche und rätselhafte Todesfälle in den beiden Dörfern hingewiesen wurde.

Kerngesunde Männer starben plötzlich,

Männer, die meistens mit ihren Frauen in Unfrieden lebten und deren Besitz im Falle eines Testaments an ihre Familien gefallen wären. Die plötzlichen Todesfälle aber machten die Witwen zu Grundbesitzerinnen. Die Frauen heirateten in kurzer Zeit wieder, meistens Männer, mit denen sie schon früher Beziehungen unterhalten hatten.

Zunächst schenkte die Landgendarmerie den anonymen Anzeigen keinen Glauben. Die Totenscheine der Verstorbenen waren ordnungsmäßig ausgestellt, als Todesursache war in den meisten Fällen eine organische Krankheit angegeben. Bis eines Tages eine Anzeige die Hebamme der Dörfer, Maria Fazekas, beschuldigte, den Bäuerinnen Arsenik verkauft zu haben, um ihre Männer vergiften zu können. Nun exhumierte man einige der zuletzt Verstorbenen und fand in den Leichen

Mengen von Arsenik, die genügt hätten, hundert Menschen zu vernichten.

Die Witwen wurden verhaftet und gaben bei den ersten Verhören schon ihr Verbrechen ohne eine besondere Spur von Gemütserregung zu. Als die Gendarmen daraufhin zum Hause der Hebamme gingen, um sie zu verhaften, fanden sie sie nur noch als Leiche. Sie hatte sich erhängt.

In der Gemeinde Czibakhaza ist man gleichfalls Vergiftungsfällen auf die Spur gekommen. Auf dem Friedhof von Czibakhaza wurde vor einigen Tagen

aus einem Grabe der Sarg beseitigt,

vermutlich, um die Untersuchung zu erschweren.

34 Frauen sind bis heute ins Gefängnis eingeliefert worden. Verkümmerte, ärmlich gekleidete, abgearbeitete Bauernweiber. Sie wurden an einer langen Kette zu zwei und zwei gefesselt ins Gefängnis gebracht. Ihr Feld, um das sie gemordet hatten, nahmen gleich die Verwandten in Besitz. Denn das Feld darf nicht leiden.

Die Tragödie einer Schauspielerin

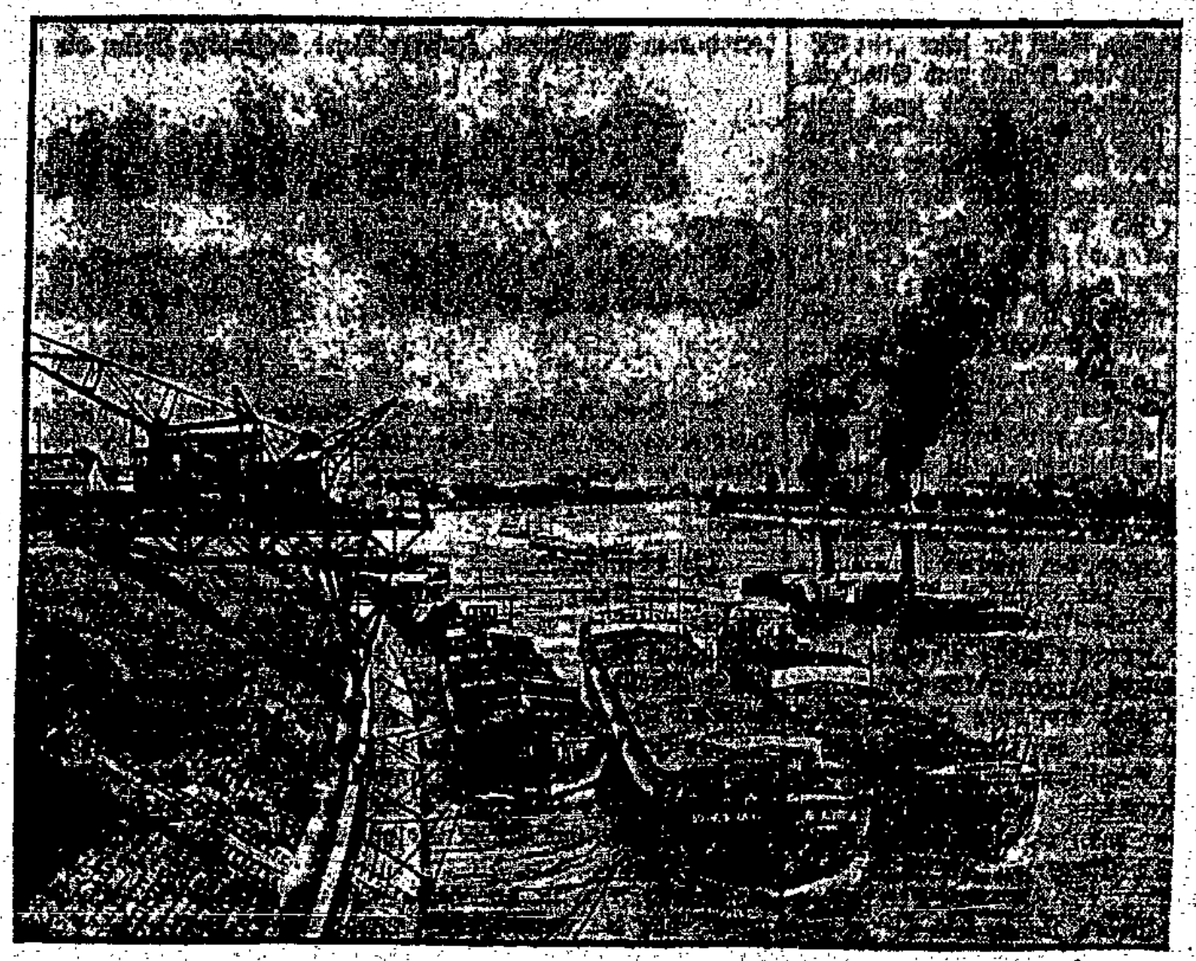
Maria Orska, ein Opfer des Morphinismus

Die bekannte Bühnenschauspielerin Maria Orska mußte dieser Tage in die Irrenanstalt Wittenau eingeliefert werden, nachdem sie in der Nacht zuvor von besonders schweren Tobsuchtsanfällen befallen war. Ein Vertreter der „Welt am Abend" hatte Gelegenheit, die Inspektrice jenes Hotels zu sprechen, in dem Maria Orska die letzten Wochen ihres Berliner Aufenthalts verbrachte.

Diese Hotelangestellte war auch fast der einzige Mensch, mit dem Maria Orska in Berührung kam; sie unterhielten sich oft zusammen, Maria Orska sprach klar, logisch und sehr interessant, sie befaßte sich mit den verschiedensten Problemen und war auch schriftstellerisch tätig; u. a. hat Maria Orska ihre Betrachtungen über ihren Zustand schriftlich fixiert. Zu anderen Zeiten wiederum war sie apathisch und sprach von Selbstmordabsichten. Zuweilen trug sie auch eine recht theatralische Note zur Schau. Ihre Anfälle wiederholten sich von Zeit zu Zeit —, dabei gewann man den Eindruck, als ob sie ihren Zustand forciere, nur um die ersehnte Morphiumspritze zu bekommen.

Vor allem litt sie an Schlaflosigkeit; sie hat, wie sie selbst angab, in den letzten drei Wochen kein Auge schließen können. Um so unstillbarer wurde das Verlangen nach Rauschgiften. Man sah sie oft schwankend die Straße entlanggehen, fast zum Skelett abgemagert, dabei hat sie, im Hotel zu mindesten, nie getrunken. Nach Ansicht der Inspektrice verfiel sie zum ersten Male den Rauschgiften, nachdem ein Arzt sie, vor langer Zeit schon, falsch mit Morphium behandelt hatte.

Vor einigen Wochen nahm Maria Orska in einem Sanatorium Aufenthalt, um eine Entziehungskur durchzumachen. Später, in der Freiheit, vermißte sie das Gift nach langer Enthaltsamkeit um so stärker. In einer Nacht bekam sie dann so schwere Anfälle, daß sie schreiend und tobend durch die Hotelkorridore irrte. Daraufhin wurde sie in die Irrenanstalt übergeführt.



Der ausgebaute Rheinhafen bei Basel

Dieser Tage ist zwischen der Schweiz und Deutschland das Abkommen unterzeichnet worden, durch welches die großen Pläne der Rhein-Regulierung und des Ausbaues gewisser Rheinhäfen endgültig festgesetzt worden sind. Von den ganz bedeutenden Kosten trägt die Schweiz 60 Prozent, während Deutschland die restlichen 40 Prozent übernimmt. Unsere Aufnahme veranschaulicht den teilweise erweiterten Rheinhafen bei Basel, Endstation der Strecke Rotterdam—Mannheim—Basel.

Pikante Hunde

Das „Tagebuch" veröffentlicht folgende Notiz aus einem österreichischen Gemeindeblatt:

„Die Besitzer von Hündinnen werden aufgefordert, diese Tiere während der Dauer der Läufigkeit strengstens zu verwarnen, da es aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit nicht mehr geduldet werden kann, daß sich auf den öffentlichen Plätzen und Straßen zwischen den Vertretern der vierbeinigen Rasse die pikantesten Szenen abspielen. Die Polizei ist beauftragt, solche Hündinnen rücksichtslos einzufangen und nur gegen Erlag einer Geldstrafe von 10 Schilling aufwärts dem Besitzer wieder zurückzugeben.

Der Gemeinderat von Weiß. Oststeiermark."

Das Schatzgräber-Paradies

Die sagenhaften Schätze des Ural

Sagenhafte Geschichten von den ungeheuren Reichtümern des Ural sind seit alten Zeiten im Umlauf gewesen. An den Ufern der kleinen Uralbergflüsse wird nach Schätzen gesucht. Das Schatzgräbertum ist im Ural eine uralte Erscheinung. Auf dem Berge Blagodat steht das Denkmal seines Entdeckers, des Schatzgräbers Stephan Tschumpin. Er forschte im Jahre 1739 nach Mineralien. Seine Bemühungen waren mit Erfolg gekrönt, denn der ganze Blagodat bestand aus Eisenvorkommen. Der Direktor des Bergamtes, dem Tschumpin einen ausführlichen Bericht über seinen Fund erstattete, war jedoch anderer Ansicht und gab den Befehl, Tschumpin wegen Verbreitung unwahrer Gerüchte eine tüchtige Tracht Prügel zu verabreichen. Als nach einiger Zeit die Entdeckung Tschumpins von Gelehrten bestätigt wurde, erhielt der Entdecker eine Belohnung von — zwölf Rubeln in Kupfermünzen. Die Verwandten Tschumpins sahen die Sache mit anderen Augen an. Da Tschumpin den Berg, den sie als Eigentum betrachteten, der Regierung abgetreten hatte, nahmen sie ihn gefangen und verbrannten ihn auf einem Scheiterhaufen. An Stelle des Verbrechens wurde einige Jahre später von einem unbekannten Stifter ein Denkmal errichtet.

Die Ausrüstung der Schatzgräber bestand gewöhnlich aus einem aus vier Balken zusammengezimmerten Floß, einem Sack Zwieback und einer Flinte. Die Abenteurer verbringen Monate in der Wildnis, wobei sie weniger nach Gold als nach Kohle und in der letzten Zeit auch nach Erdöl suchen. Manche Schatzgräber sind alt und grau geworden, ohne den geringsten Fund gemacht zu haben.

Vor kurzem wurde in der Nähe der Lysen-Werke ein Erdölvorkommen entdeckt. In der Nähe eines kleinen Dorfes stießen die Schatzgräber auf einen Salzsee, der reinstes Salz enthält, während an den Quellen der Kama Riesenlager von Eisen entdeckt wurden. Auch reiche Platinvorkommen soll es im Ural geben; entdeckt hat sie aber bis jetzt noch niemand.

Neben diesen Abenteurern arbeitet aber vor allem im Ural eine wissenschaftliche Kommission, der es gelungen ist, ungeheure Kalisalzlager und reiche Erdölvorkommen an der Westseite des Gebirges zu entdecken. Auch Radiumlager sind festgestellt worden. Der Direktor der Geologischen Kommission des Ural, Professor Preobraschienski, erklärte dem Berichterstatter einer großen Moskauer Zeitung, daß die Radiumlager am Ural unermeßliche Reichtümer enthalten. „Der Wert dieses Radiumlagers ist so hoch", sagt Professor Preobraschienski, „daß schon der Gedanke an diese Naturschätze mir Schwindel verursacht. Die Regierung hat bereits große Mittel bewilligt, und die Arbeit soll im kommenden Jahre beginnen. Die Radiumvorkommen befinden sich im Gebiete des Flusses Uchta und gehören zum Becken der Petschora. Die Oberfläche der Radiumvorkommen beträgt 30 Quadratkilometer. Die Erforschung ist aber äußerst schwierig, da das ganze Gebiet aus Urwald und Morast besteht. Das Wasser der Uchta enthält wertvolle chemische Stoffe, Jod und Brom. Ueberhaupt sind die Naturschätze Sibiriens unermeßlich; es gilt nur, die Erforschung dieser Naturreichtümer auf wissenschaftlicher Basis zu organisieren."

Zucker für Zuckerkranke

Die IG-Farbenindustrie hat einen neuen Zuckerersatz für Zuckerkranke auf den Markt gebracht, „Sionon" genannt. Dieser Zuckerersatz hat gegenüber dem Saccharin den Vorteil, daß er, auch in größeren Dosen genommen, nicht den widerlich süßen Geschmack des Saccharin bekommt. Sionon ist ein sechswertiger Alkohol, für dessen Herstellung die IG-Farbenindustrie ein außerordentlich billiges Verfahren ausgearbeitet hat. Es können ohne Schädigung der Gesundheit des Zuckerkranken von diesem täglich 70 bis 80 Gramm Sionon in den Speisen aufgenommen werden. Mit der Erfindung dieses Präparates ist für den Zuckerkranken ein wesentlicher Schritt gemacht, um ihn seine Krankheit nicht allzu unangenehm empfinden zu lassen. Allerdings: da die IG-Farbenindustrie AG an jedem Medikament, also auch am Sionon, viele Hunderte von Prozenten verdienen will, gelangt es schon so teuer in den Handel, daß es sich nur Reiche kaufen können.

Radio-Bewegung und Weltsprache Ido

Der Kurz-Wellensender des „Hochfrequenztechnischen Instituts der Gewerbehochschule" in Köthen i. Anhalt ist vor kurzem eröffnet worden. Er sendet auf Wellenlänge 43,6 m. Die Bezeichnung lautet: D 4 a f l. (Rufwörter: Dora, Nier, Anton, Fritz, Fritz.) Bis auf Weiteres wird gesunkt Montags und Donnerstags von 15—17 Uhr, Freitags von 22—24 Uhr. Außer musikalischen Darbietungen werden Vorträge in Deutsch, Englisch, Französisch und in der Weltsprache Ido geboten. Kurzwellen-Empfänger, welche die Station hören, werden gebeten, obengenanntes Institut davon in Kenntnis zu setzen.

Links: Der argentinische General Turanno (X) überzeugt sich unter Führung des Generals der Reichswehr, Heye (XX), von der militärischen Schlagkraft der Reichswehr. — Rechts: Frauen als Reklamefachleute auf dem kürzlich abgehaltenen Internationalen Reklamekongreß in Berlin.

Breslau

Straßenbahner vor dem Streik?

Der deutschnationale Gewerkschaftssekretär Buchner macht Wahlmanöver — Auf Betreiben Schramms bekommen die Schaffner keine Fahr- und Mankogeldzulage — Straßenbahner, organisiert selbst den Kampf

Breslau, 7. September.

Nach Abschluß der Lohnbewegung im Frühjahr dieses Jahres erhob der Verkehrsbund die Forderung, für die Straßenbahnschaffner die Fahrzulage von 15 auf 20 Mark und das Mankogeld auf 4 Mark monatlich zu erhöhen. Der angerufene Schlichter fällte einen Spruch, der dieser Forderung nachkam. Die Stadt wurde also verurteilt, das erhöhte Fahrgeld und Mankogeld zu zahlen. Doch, wozu hat der Magistrat den „linken" Sozialdemokraten Schramm? Dieser „Revolutionär" und „Arbeiterfreund" entdeckte, daß die Fahrzulage und das Mankogeld nicht ein Bestandteil des Lohntarifs, sondern des Manteltarifs sei. Da der Manteltarif erst zum 30. November abläuft, erhob Schramm Einspruch gegen den gefällten Schiedsspruch. Daraufhin sah sich der Schlichter gezwungen, den Schiedsspruch aufzuheben und die Straßenbahner um die ihnen bereits zugesagte Zulage zu bringen.

Der deutschnationale Angestellte des christlichen Verbandes der Straßenbahner, Buchner, glaubte nun, diese Situation ausnützen zu können, um nicht etwa eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Straßenbahner durchzusetzen, sondern — Wahlpropaganda für das Zentrum bei den Kommunalwahlen zu machen. Unter anderem hatte er gestern in einer Versammlung der Straßenbahner radikale Töne geschwungen und selbst mit dem Streik gedroht.

Es ist offensichtlich, daß Herr Buchner und seine Getreuen ebenso wenig an die Interessen der Straßenbahner denken, wie die Bürokraten des Verkehrsbundes und der „Linke" Schramm.

Die fortschreitende Teuerung zwingt die Straßenbahner, Lohnforderungen zu stellen, ohne Rücksicht auf die Ablauffrist des Mantel- bzw. Lohntarifs. Infolge der Entwertung des Reallohnes ist die Stimmung der Straßenbahner eine kampfbereite. Sie müssen jedoch erkennen, daß sie nur dann einen erfolgreichen Kampf führen können, wenn nicht die Herren Buchner, Blank usw. an der Spitze dieses Kampfes stehen, sondern wenn sie aus sich heraus eine Leitung wählen, und in geschlossener Front, Fahrabteilung und technische Abteilung, ohne den 30. November abzuwarten, den Kampf aufnehmen. Die städtische Straßenbahn wirft Millionenüberschüsse ab. Durch ein geschlossenes, energisches Vorgehen würde es nicht schwer sein, den Breslauer Magistrat binnen kürzester Frist zum Nachgeben zu zwingen.

Von einem Lastauto umgefahren wurde gestern früh auf der Höfchenstraße der Amtsgehilfe Emil Kinzel.

Ein Kind aus dem Fenster gestürzt. Am Freitagmittag wurde das Unfallauto der Feuerwehr nach dem Hause Karlstraße 33 alarmiert. Hier war der drei Jahre alte Knabe Horst Könisch aus dem Fenster des zweiten Stockwerkes auf die Straße gestürzt. Das schwer verunglückte Kind erlitt eine Gehirnerschütterung und einen Armbruch. Es wurde in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert.

Wahlhelfer gesucht. Das städtische Wahlamt hat sich erneut an die politischen Parteien mit der Bitte gewandt, ihm Adressen von Persönlichkeiten mitzuteilen, die geeignet und bereit wären, für die bevorstehenden Wahlen das Amt eines Wahlvorstehers oder Wahlvorsteher-Stellvertreters zu übernehmen.

Vermißt werden das 18jährige Arbeitsmädchen Gertrud Martha Hildebrand, hier, Herdainstr. 67, die 19jährige Hausangestellte Charlotte Pfeiffer, hier, Höfchenstr. 69, der 35jährige Bankbeamte Johann Müller, hier, Teichstraße 15 wohnhaft gewesen.

Schauspielhaus. „Die schöne Helena", Offenbachs Meisteroperette in der Originalausstattung und Inszenierung des Berliner Metropoltheaters geht täglich 20 Uhr mit Margit Suchy, Kammersänger Walter Kirchhoff, Martin Kettner und Carl Fischer in den Hauptrollen in Szene.

Stadttheater. „Die Meistersinger von Nürnberg." Nur die Unentwegten in der Musik hatten es am Donnerstagabend gewagt, fünf Stunden bei drückender Hitze in den schlecht gelüfteten Räumen des Stadttheaters zu verweilen. Das Haus war halb leer. Drei neue Kräfte waren in dieser „Meistersinger"-Erstaufführung tätig. Else Schulz brachte zur Eva außer gutem Stimmaterial, das sich durch die Unruhe der ersten Abende nicht voll entfalten konnte, anmutige Liebenswürdigkeit und den zarten Schmelz der Jugend mit. Wilhelm Hiller als Pogner hat zu dieser Figur die mächtige Gestalt, die Würde und Beherrschung eines alten Meisters. Der David von Arthur Heyer war die sympathischste Leistung des Abends. Springlebendig, von nie ermüdender und nachlassender Munterkeit — schauspielerisch die beste Leistung des langen, ermüdenden Abends. r. —

An vielen Dingen des täglichen Lebens geht man häufig achtlos vorüber. Haben Sie sich z. B. einmal die Umhüllung eines Maggi-Fleischbrühwürfels, der doch, weil so praktisch, in Ihrem Haushalt Verwendung findet, genau angesehen? Haben Sie auch gelesen, daß der Würfel in gut ¼ Liter kochenden Wassers — und nicht nur in einer gewöhnlichen Tasse, die meist keinen Viertelliter enthält — aufgelöst werden soll? Beachten Sie dies, dann wird die Fleischbrühe immer gerade recht sein und wie aus frischem Fleisch hergestellte munden. Also bitte, ¼ Liter Wasser für einen Maggis Fleischbrühwürfel.

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien und Oberschlesien

einschließlich sämtlicher Beilagen

zum Bezugspreise von 60 Pfennig wöchentlich frei Haus

Name: .....

Ort: ..... Straße: .....

Schwarzrotgelbe Streife

Eine fette Ernte für Provisionsreisende — Außergewöhnliche Verdienstmöglichkeiten — Trübe Erfahrungen eines zeitgemäßen Republikaners — Das Fiasko

Breslau, 7. September.

Offen gesagt, ich halte mich, ohne an Ueberhebung zu kranken, für einen ganz brauchbaren Staatsbürger. Ich zahle pünktlich meine Gewerkschaftsbeiträge, gehe regelmäßig in die Kirche und trage bei jeder passenden Demonstration ein Plakat: „Kopfarbeiter erwacht! — Wir wollen keinen Vorschuß, sondern würdige Bezahlung!" Noch jüngst wurde ich in dieser meiner Ansicht durch einen prominenten Reichstagsabgeordneten, Aufsichtsratsmitglied in einem Barmat-Konzern, bestärkt, der mir freudestrahlend erklärte, ich müßte mir nur noch angewöhnen, künftig meinen notleidenden Arbeitgebern noch Geld mitzubringen, dann wäre ich ein vorbildlicher Republikaner, an dem sich jeder ein Beispiel nehmen könnte. Es ist zu begreifen, daß ein Gefühl des Selbstbewußtseins meine von Freiheitsträumen erfüllte Brust durchzog. Um so weniger kann ich den Schmerz verwinden, der mir jüngst passierte. Das kam so:

Vor einiger Zeit las ich in einem „Organ für die werktätige Bevölkerung" folgendes vielversprechendes Inserat:

Republikaner
die in den republikanischen Kreisen bekannt sind, als
Vertreter
für hochaktuelle Sache, bei außergewöhnlich großer
Verdienstmöglichkeit
gesucht.

Da ich zur Abwechselung wieder einmal infolge „durchgreifender Reorganisation" stellungslos geworden war, beschloß ich, diese günstige Gelegenheit „außergewöhnlicher Verdienstmöglichkeit" auszunutzen, um so mehr, als ich ja in republikanischen Kreisen sehr gut bekannt bin.

Noch am selben Nachmittag meldete ich mich bei dem bezeichneten Verlag. Der Herr, der mich empfing, war ein äußerst liebenswürdiger Mensch. Er fragte mich, ob ich sozusagen den Sprung vom Proletariat zur Bourgeoisie wagen wollte? (Er erinnerte mich dabei an Rockefeller, der bekanntlich mit Stecknadelsuchen angefangen hat.) Natürlich wollte ich mir eine derartige Karriere nicht aus der Nase gehen lassen. Dann brauchte ich mich nur geflissentlich zu bemühen, die vom Verlag herausgegebenen hochaktuellen Schriften:

„Der freie Mensch im freien Staat" und „Die Errungenschaften der Lohnbewegung von 1918"

bei 25prozentiger Provision unter die Massen zu bringen, und ich würde ein gemachter Mann werden.

Zunächst versuchte ich, begreiflicherweise, die Angehörigen der besitzenden Klasse in den Villenvierteln, die doch den Segen einer geordneten Demokratie am wohltuendsten empfindet, mit meinen hochaktuellen Schriften vertraut zu machen. — Leider vergeblich! Man fragte mich zwar interessiert, ob die Schriften der Kronprinz verfaßt habe, verkaufen konnte ich aber nur ein einziges Exemplar, und da an einen Straßenbahndirektor, der schon die Hosenträger abgeknöpft hatte und einer Sitzung beiwohnen wollte, bei der die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer des Verfahrens ausgeschlossen ist. Der Edle drückte mir statt Bezahlung eine Freikarte für eine Stahlhelmveranstaltung in die Hand.

Von hier aus ging ich dann direkt zu den Eckpfeilern und Stützen der Republik, und zwar zu einigen bekannten Bankiers und Geschäftsleuten, von denen ich genau wußte, daß sie bei jeder Gelegenheit meterlang schwarzrotgold flaggen. Ach, du großer Gott, ging es diesen bedauernswerten Mitbürgern schlecht. Niemand hatte Geld; viele waren dem Hungertode nahe, die meisten hatten ihre Milch vom letzten Monat noch nicht bezahlt.

Weinend verließ ich die Stätten dieses Elends.

So blieben mir also nur noch die Arbeiterviertel. Mit einer gewissen Herzbeklemmung machte ich mich auf den Weg; hier gehe ich ungern hin. Die große Masse in den Mietskasernen ist so furchtbar schwer von den geradezu vorbildlichen Einrichtungen unseres idealen Staates zu überzeugen. Die Arbeiterschaft will scheinbar einfach nicht begreifen, daß sich doch tatsächlich nur alles darum dreht, das Los der arbeitenden Menschen besser und vor allem glücklicher zu gestalten.

Kaum hatte ich denn auch die Titel meiner Schriften genannt, als man mich mit direkt landesverräterischen Aeußerungen, wie „Zwölfstundentag", „Konkordat", „Fürstenabfindung", „Schund- und Schmutzgesetz", „Strafrechtsreform" usw. bombardierte, und zwar in einer verletzenden Art und Weise. In einigen Häusern nahm die Erregung sogar drohende Formen an; mit Mühe gelang es mir, heil die Treppe hinunterzukommen. Eine Frau rief mir zynisch von oben nach, ich sollte man mit meinen Schmarren abends wiederkommen, wenn ihr Mann da wäre, aber ich sollte mich in acht nehmen, er hätte immer einen Vorschlaghammer bei sich.

Ein Fiasko auf der ganzen Linie. Mir ist für diese Reisetätigkeit jeglicher Mut vergangen. Trotz „außergewöhnlicher Verdienstmöglichkeit" habe ich nicht einen einzigen Pfennig verdient. Vorläufig fand ich Aufnahme im Asyl für Obdachlose. Hier traf ich Leidensgenossen, denen es mit ähnlichen „hochaktuellen Sachen" genau so ergangen ist, wie mir. Jeden Abend beten wir das trostreiche Gebet der Provisionsreisenden:

„Schon wieder ist ein Tag vollbracht,
und immer noch kein Geschäft gemacht!
Müde bin ich, geh zur Ruh,
schließe beide Augen zu.
So lebt denn wohl, ihr Sorgen,
l. m. a. A. — bis morgen!"

Marius.

Rentenquetsche wird in Bewegung gesetzt

Nach einem Runderlaß des Reichsarbeitsministeriums sollen die in den letzten Jahren aufgehobenen Nachuntersuchungen bereits im Oktober wieder regelmäßig beginnen. Ueber den Zweck heißt es in der amtlichen Sprache: objektiv festzustellen, ob ein naturgemäß dem Wandel noch unterworfenes Rentenleiden in der Zwischenzeit eine wesentliche Veränderung erfahren hat, worin sie sich ausdrückt, und wie sie für die Neufestsetzung der Rente zu bewerten ist. Der Erfolg soll sein, daß dem Beschädigten die Rente zuerkannt wird, die sein Zustand rechtfertigt.

In proletarisches Deutsch übersetzt heißt dies: Das Reich braucht Gelder, auf dem Gebiet der Kriegsopferversorgung müssen weitere Einsparungen gemacht werden; den staatlichen Sachverständigen auf dem Gebiete der Klassenmedizin wird aufgegeben, sich die noch lebenden Kriegskrüppel vorzuknöpfen und zu prüfen, inwieweit sie sich an ihren Zustand gewöhnt haben, und was ihnen aus „staatserhaltenden Gründen" gemäß der Knochentaxe noch an Rente verbleiben kann.

Dieser durch die Nachuntersuchung angeordnete Rentenabbau großen Stils wird vielen Betroffenen Anlaß geben, gegen die Entscheidungen der Versorgungsärzte anzukämpfen. Auch hier weiß sich das Arbeitsministerium Rat. Eine vom Reichsausschuß eingesetzte Kommission knobelt schon lange darüber, wie der Hochflut von Berufungen zu begegnen ist. Zurzeit liegen vor den Versorgungsgerichten 80 000 und vor dem Reichsversorgungsgericht einschließlich Bayern 45 000 unerledigte Verfahren. Diese Zahlen werden mit den Nachuntersuchungen gewaltig steigen. Diesem Zustand will das RAM. damit begegnen, indem es eine weitere Rechtlosmachung der Kriegsopfer in die Wege leitet.

Auf allen Gebieten stößt die Reaktion vor, auch die Kriegs- und Arbeitsopfer müssen zum Kampfe rüsten, um in gemeinsamer Front mit dem übrigen Proletariat die Pläne der Reaktion zu vereiteln.

Die wachsenden Aufgaben der Roten Hilfe

und die Quertreibereien der Gläser-Gruppe

Mit den von Tag zu Tag sich steigernden Klassengegensätzen, mit den von Stunde zu Stunde sich verschärfenden Wirtschaftskämpfen des Proletariats vermehren sich naturgemäß die Zusammenstöße der Arbeiterschaft mit dem Staatsapparat und mit seinen Organen, der Polizei und der Justiz. Allein hier in Schlesien haben wir in den letzten zwei Monaten vier größere Prozesse zu führen, die ihren Ursprung haben in den Vorkommnissen des 1. Mai und bei der Textilarbeiteraussperrung in Langenbielau. Die Rote Hilfe gewährt selbstverständlich, ihren Aufgaben gemäß, all diesen angeklagten Arbeitern Rechtsbeistand und wird auch selbstverständlich, soweit die Arbeiter ins Gefängnis werden wandern müssen, die Angehörigen derselben weitgehendst unterstützen, wie sie es jetzt auch schon tut.

Was tut die Gläsergruppe?

Betrügerischer Weise führt sie heute noch den Namen der Roten Hilfe, ohne mit deren Aufgaben auch nur das geringste zu tun zu haben. Sie führt unseren Namen nur, um einen Teil der indifferenten Arbeiter irrezuführen und diese in dem Glauben zu erhalten, daß auch die Gläsergruppe noch etwas für politische Gefangene leistet.

Verlangt ein Prolet Rechtsbeistand, so wird er auf den Weg des Armenrechts verwiesen. (Siehe Fall Rösler.) Unterstützungen an die Angehörigen politischer Gefangener werden durch die Gläsergruppe nicht gezahlt.

Außer dem Raub an dem Eigentum der Roten Hilfe begehen diese Renegaten ein Verbrechen insofern, als sie den Namen der Roten Hilfe mißbrauchen, um einige Beitragsgelder hereinzubekommen, die sie ausschließlich für den Kampf gegen die Kommunistische Partei und zur Erhaltung ihres Kampfblättchens benutzen. Die Gläserleute sind nicht nur politische Hochstapler, sondern gemeine Diebe am Arbeitereigentum, sie bestehlen und betrügen die Opfer des proletarischen Befreiungskampfes. Arbeiter, wollt ihr dies weiter dulden?

Wer seine schwerverdienten Pfennige wirklich politischen Gefangenen und ihren Angehörigen opfern will, der kann sein Geld nur der Roten Hilfe zur Verfügung stellen, der kann nur Mitglied der Roten Hilfe sein, die ihr Büro Freiheitsgasse 2, II., hat.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau

— **Nordost.** Wer fährt mit nach Oppeln? Wer am Sonnabend, dem 14. September, mit zum Roten Treffen nach Oppeln fahren will, melde sich bei dem Genossen Willy Nitschke, Fürstenstraße 2. Fahrpreis 2 Mark.

Ober-Wüstegiersdorf. Alle Parteigenossen haben am Sonnabend, pünktlich 20 Uhr, in der „Sonne" zur Buchkontrolle zu erscheinen. Mitgliedsbuch sowie die erhaltene Werbeliste müssen unbedingt mitgebracht werden.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

— Montag 20 Uhr Gewerkschaftskommissions-Sitzung Feldstr. 50. Alle Genossen, die dazu eingeladen sind, müssen unbedingt erscheinen. Vor allem die Gewerkschaftsleute der Gruppen.

— **Gruppe West.** Dienstag 20 Uhr Gesamtmitgliederversammlung aller Zellen im „Anglerheim", Leuthenstraße. Die Genossen sollen bereits um 19.30 Uhr da sein, um ihre Mitgliedsbücher zur Buchkontrolle in Ordnung zu bringen.

— **Gruppe Ost.** Heute 20 Uhr bei Zoudlick, Königgrätzer Straße, Mitgliederversammlung.

Liegnitz. Dienstag im Heim, Judenring, Versammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Breslau

— Montag, 20 Uhr, Gesamtmitgliederversammlung im „Roten Löwen". Gauleitungsmitglieder erscheinen um 19 Uhr.

— **Süd — West — Zentrum.** Sonntag, 10 Uhr, Haus- und Hofprobaganda, Striegauer Platz.

— **Abtlg. Scheitnig und Obertor.** Sonntag, 7 bis 9 Uhr, Haus- und Hofprobaganda. Treffpunkt 6.30 Uhr Laurentiusplatz. Erscheinen jeder Genossin ist Pflicht.

Sonstige Organisationen.

Breslau

— **Freie Lichtfreunde.** Wir treffen uns Sonnabend um 17.30 Uhr an der Ecke Bahnhofstraße—Tauentzienstraße zum Abholen der österreichischen Arbeitersportler.

— **Rote Arbeiterwehr West.** Montag 19.30 Uhr in den Gambrinussälen, Lange Gasse, wichtige Versammlung.

— **Rote Hilfe Ost.** Sonntag 9 Uhr bei Zoudlick, Königgrätzer Straße, Mitgliederversammlung. Erscheinen Pflicht. Redner vom Bezirksvorstand. Wahl des Delegierten.

— **Monistische Gemeinde,** Grünstraße 14/16. Sonntag, 18.30 Uhr, Vortrag Dr. Kramer. Thema: „Der Entwicklungsgedanke." Eintritt frei. Gäste willkommen.

Waldenburg-Altwasser. Arbeiter-Schwimmverein. Sonntag, 12.30 Uhr, Treffpunkt der Mitglieder am Bahnhof Altwasser, zum Abmarsch nach Salzbrunn.

Waldenburger Bergland

„Schlegel und Eisen"

Nächste Woche erscheint das Organ der revolutionären Opposition im Bergbau, das den Titel „Schlegel und Eisen" trägt.

„Schlegel und Eisen" wird zu allen Fragen des Gewerkschaftskampfes Stellung nehmen und insbesondere die Zustände in den Waldenburger Gruben beleuchten.

Unternehmer und Unternehmerlakaie sind Feinde des „Schlegel und Eisen". Alle ausgebeuteten Kumpels sind seine Freunde.

„Schlegel und Eisen" wird den unerbittlichen Kampf gegen alle Feinde der Bergarbeiter führen.

„Schlegel und Eisen" wird den Waldenburger Bergarbeitern mithelfen, den Kampf für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu organisieren.

„Schlegel und Eisen" wird unermüdlich an der Herstellung der roten Einheitsfront zum Kampf gegen Grubenbesitzer und ihre Lakaien arbeiten.

Waldenburger Bergarbeiter, lest und verbreitet

„Schlegel und Eisen"

Sozialdemokrat und Pfaffe liegen sich in den Armen

Aus Wüstegiersdorf wird uns geschrieben: Da der bisherige Pfarrer Göbrich unter der Last seiner Arbeit zusammengebrochen ist (wir wollen's ihm glauben, denn er sah ja so abgearbeitet aus), wurde er an einen stillen Ort versetzt. Wie schwer muß doch die Arbeit eines Pfaffen sein, gar nicht zu vergleichen mit der eines Bergmannes oder gar einer Textilarbeiterin, die neun bis zehn Stunden im Betriebe schuften muß, und wenn sie nach Hause kommt, noch ihre Hauswirtschaft bis spät in die Nacht hinein besorgt. Vergangene Woche fand nun die Einführung des neuen Pfaffen statt. An dieser Festlichkeit durfte natürlich auch der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Stöllger nicht fehlen. Am Festessen, das stattfand, wurde der neue Pfaffe von dem Sozialdemokraten herzlich begrüßt, wie sich das nun einmal für einen SPD.-Mann geziemt. Freidenkende Arbeiter, erkennt daran die demagogische Phrasendrescherei der SPD. gegen die Kirche!

Spurlos verschwunden

Seit dem 12. August ist der Porzellanarbeiter Karl Schwarzer aus Ober-Wüstegiersdorf spurlos verschwunden. Schwarzer steht im 43. Lebensjahre, ist von kleiner, aber kräftiger Statur und hat einen etwas schwerfälligen Gang. Bekleidet war Schwarzer mit dunkelgrüner Militärjoppe, Filzhut, Samtmanchesterhose und Halbstiefel. Wer über den Verbleib Schwarzers etwas weiß, möchte bitte Mitteilung machen an Frau Anna Schwarzer, Ober-Wüstegiersdorf 141 oder an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung".

Schweidnitz

Wo bleibt der Staatsanwalt?

Wir berichteten kürzlich ausführlich über den Skandal im Elisabeth-Krankenhaus, wo ein Unfallverletzter drei Wochen ohne Untersuchung geblieben ist. Inzwischen hören wir, daß P. an den Folgen dieser Verletzungen gestorben ist. Er starb an innerer Vereiterung, der Eiter soll ihm aus Mund, Nase und Ohren gedrungen sein. Auf Grund unseres Aufsatzes in der „A.-Z." hat sich der Staatsanwalt der Angelegenheit angenommen. Die Leiche wurde durch ihn beschlagnahmt; aber nun scheint man diesen höchst unangenehmen Vorfall im Sande verlaufen lassen zu wollen. Ohne der Witwe Gelegenheit zu einer Aeußerung zu geben, erhielt sie plötzlich die Nachricht, der Verstorbene sei zur Einäscherung nach Breslau übergeführt. Der ganze Fall scheint jetzt so ausfallen zu sollen, daß man die verwitwete P. nicht nur um ihren Ernährer gebracht hat, nun soll sie vielleicht auch noch um ihre Unfallrente geprellt werden. Wenn der Staatsanwalt feststellt, daß der Kranke nicht am Unfall gestorben ist, dann bleiben ihr keine Einspruchsmöglichkeiten mehr übrig, infolge der inzwischen erfolgten Einäscherung. Der Staatsanwalt mußte zum mindesten die Witwe fragen, ob sie mit der Ueberführung einverstanden sei und ihr gleichzeitig das Ergebnis der gerichtsärztlichen Untersuchung mitteilen. **Die Oeffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, wie Kassenpatienten in dem Krankenhause der frommen Elisabethschwestern behandelt werden, und ob der Staatsanwalt damit einverstanden ist!**

Mißstände auf dem Schützenplatz. Es muß an den Pranger gestellt werden, daß auf dem ganzen Schützenplatz, trotz Sanitäts- und Feuerwache, keine Tragbahre vorhanden ist. Wir fordern schnellstens Abhilfe, damit es nicht bald zum zweiten Male zu spät ist!

Unfall. Am Donnerstagvormittag ereignete sich auf der Breslauer Straße ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Motorrad. Der Motorradfahrer wurde erheblich verletzt.

??? Wie wir hören, beabsichtigt der Schweidnitzer Magistrat, für August und September das Wassergeld zu erhöhen, da er dazu übergegangen ist, nur noch warmes Wasser zu liefern!!

Groß-Merzdorf. Arbeiter werden verknackt. Am vergangenen Sonntag half der Genosse Polensky einem Dominialarbeiter beim Holzhacken, da dieser wochentags infolge der langen Arbeitszeit keine Zeit dazu hat. Das erfuhr der Amts- und Gemeindevorsteher und ordnete gegen unseren Genossen einen Strafbefehl von 5 Mark an bzw. einen Tag Haft. Auch andere aufrechte Arbeiter wurden angeklagt, „ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt zu haben". Sie wurden zu je 20 Mark Geldstrafe oder vier Tage Haft verurteilt. Auf diese Weise versucht der Amtsvorsteher, die „rote Flut" zu brechen. Das wird ihm nicht gelingen. Klassenbewußte Arbeiter, schart euch um die Kommunisten und gebt nur ihnen am 17. November die Stimme!

Freiburg

Weiteres Versagen der Motorspritze

Was nun, Herr Feige?

A. K. In der Nachbargemeinde Zirlau brach aus unbekannten Ursachen im Hause der Witwe Vogel Feuer aus. An den im Hause lagernden Holzmassen des Tischlermeisters Hornig fand das Feuer gute Nahrung und verbreitete sich derart schnell, daß die drei Familien nur das nackte Leben retten konnten. Der Schaden ist beträchtlich, aber durch Versicherung gedeckt. Eine große Unruhe bemächtigte sich der zuschauenden Bevölkerung, da die Motorspritze wieder **nicht funktionierte.** Interessant waren die Stimmen, welche man zu hören bekam. Eine ältere Frau meinte, die Kommunisten würden mehr für gute Gemeindeeinrichtungen tun, man muß ja dauernd in Gefahr leben, daß, wenn es schon mal bei uns brennt, durch solche schlechten Löschgeräte nichts zu retten ist. Herrn Feige werden wir die Quittung am 17. November bei der Gemeinderatswahl ausstellen. Die kommunistische Fraktion wird aber jetzt schon ein wichtiges Wort reden!

Um die Eingemeindung

In der letzten Stadtverordnetensitzung in Freiburg wurden folgende Fragen behandelt: Wiedergewählt wurde Herr Kaufmann Otto als Schiedsmann. Für die Kosten der Instandsetzung der Dächer im Schlachthof wurden 1000 Mark bewilligt. Genehmigt wurde die Renovierung der Küche im Krankenhaus mit dem Zusatzantrag des Genossen Krusche, für den oberen Stockwerk Wasserleitung für warmes und kaltes Wasser zu legen. Eine längere Debatte entspann sich über die Wohnbaracken auf dem sogenannten Hansaplatz. Die KPD.-Fraktion verlangte erneut das Verschwinden derselben und Uebersiedlung der Mieter in städtische Althäuser. Zur Linderung der Not der Hinterbliebenen von verunglückten Bergarbeitern stellte die Städtische Sparkasse den Betrag von 100 Mark zur Verfügung. Für Erweiterung und Verstärkung der Gasleitung zum Neubau der Kinderreichen in Polsnitz wurden 4500 Mark aus dem Reservefonds einstimmig beschlossen. Der Haushaltsetat mit den bekannten Zuschlägen zur Kanalsteuer und die Erhöhung des Wassers von 25 auf 35 Pfg. und Gas von 21 auf 25 Pfg. pro Kubikmeter wurde erneut abgelehnt. Der Genosse Krusche begründete erneut die Stellungnahme der KPD. zur Ablehnung des Etats, der ein Minus von 100 000 Mark aufweist. Der Magistrat hat verschiedene Streichungen bei den einzelnen Positionen vorgenommen, wie nicht anders zu erwarten, ausschließlich auf Kosten der Werktätigen. Der Bürgermeister war der Meinung, die Erhöhung der Werktarife für Gas und Wasser auf 100 Prozent wäre nicht zuviel. Praktisch wäre dies eine Erhöhung der Mieten um einige Prozent. Die höheren Beamten könnten dies ohne weiteres bezahlen. Zur Eingemeindungsfrage und zur Einkreisung in den Restkreis Waldenburg nahm Genosse Krusche Stellung für die KPD. Die Genossen der Landtagsfraktion werden ebenfalls im Interesse der Arbeiterschaft die Eingemeindungsfrage behandeln. Was aber machen die Bürgerlichen und die SPD. im Landtage? Da konnte keiner der Stadtverordneten etwas berichten. Wir sind nach wie vor der Ansicht, die Wirtschafts- und Interessengemeinschaft von Freiburg und Zirlau, Kreis Schweidnitz, und Polsnitz, Kreis Waldenburg, zur Stadt Freiburg sei gegeben. Eine Resolution fand einstimmige Annahme. Darin heißt es u. a.: **Die städtischen Körperschaften fordern, daß bei jeder Umgestaltung der Gebietsgrenzen die Einheit und Geschlossenheit des aus Freiburg und den Nachbargemeinden Polsnitz, Kreis Waldenburg, und Zirlau, Kreis Schweidnitz, bestehenden Wirtschafts- und Industriegebiets Freiburg erhalten und wenn irgend möglich, etwa durch Zusammenlegung der drei Gemeinden, erhöht wird.**

Sozialdemokrat unterschlägt Verbandsgelder

Unregelmäßigkeiten im Steinarbeiterverband — natürlich bei dem SPDisten Rathmann

Gibt es da in Striegau einen strammen Sozialdemokraten, namens Ernst Rathmann, wohnhaft auf der Pilgramshainer Straße. Dieser Auch-Kollege bekleidet viele öffentliche Aemter. Er ist z. B. Revisor beim Hauptvorstande, Stadtverordneter und auch Platzkassierer im Steinarbeiterverband. Rathmann genießt also das vollste Vertrauen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbürokratie. Den Striegauer Steinarbeitern ist sein Name nicht unbekannt. Im Jahre 1923 trat Rathmann der Kommunistischen Partei bei. Die aufopferungsvolle Arbeit in der Partei paßte ihm jedoch nicht. Rathmann wollte höher hinaus. Als im Jahre 1925 in Strehlen der Posten des Gewerkschaftssekretärs im Steinarbeiterverband zu besetzen war, ging Rathmann zu dem Steinarbeitersekretär Müller und fragte, ob er Aussicht habe, in Strehlen angestellt zu werden. Damals erwiderte Müller, daß für Strehlen bereits ein Kollege in Aussicht genommen sei, und stellte Rathmann eine

Anstellung in Häslicht in Aussicht.

Gleichzeitig gab Müller zu verstehen, daß eine Anstellung nur dann in Frage käme, wenn Rathmann mit der Kommunistischen Partei bricht. Diesen Ratschlag hatte Rathmann getreulich befolgt. Es dauerte nicht lange, da hatte er unter einem nichtigen Vorwand seinen Austritt aus der Kommunistischen Partei erklärt, aber sein Mandat im Stadtparlament nicht niedergelegt. Mit dem gestohlenen Mandat ging er in das sozialdemokratische Lager über. Die revolutionären Arbeiter und die Genossen der Kommunistischen Partei, die Rathmann näher kannten, weinten ihm keine Träne nach.

Nun ist das eingetreten, was schon viele sozialdemokratische Funktionäre in Versuchung geführt hat. Unerwartet wurde der Platzkassierer Ernst Rathmann von einem anderen Kollegen abgelöst. Aus diesem Anlaß wurde eine Kassenrevision vorgenommen, und da stellten sich

größere Unregelmäßigkeiten

heraus. Bei der Revision fiel auf, daß viele Kollegen im Rückstande waren, obwohl sie ihr Beiträge regelmäßig bezahlt hatten. Es kam nun heraus, daß der Platzkassierer Rathmann das Geld für die Beiträge wohl einsteckte, aber „vergaß", die Marken zu kleben. Verschiedene Kollegen waren auf diese Weise 21 Beiträge im Rückstande. Im Durchschnitt fehlen jedem Kollegen zwei Marken. Die Höhe der fehlenden Summe steht noch nicht fest.

Die empörten Kollegen forderten den Ausschluß Rathmanns aus dem Verbande und Erstattung einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Von dem zweiten wurde Abstand genommen, weil Rathmann in der Lage war, 330 Mark auf einen Schlag (!) zurückzuzahlen. Er hat eben noch gute Verbindungen. Die Sozialdemokratie Striegaus wird ihrem Liebling natürlich nichts tun. Gerade erst durch die Affäre hat Rathmann den letzten Nachweis erbracht, daß er seiner Partei würdig ist.

Sozialdemokratische Arbeiter, was sagt ihr dazu?

SPD.-Bürgermeister Fechner verbietet

Erwerbslosen das Betreten des Wohlfahrtsamtes

Aus Landeshut schreibt uns ein Arbeitsloser: Infolge der unbegründet langen Dauer der Bearbeitung der Anträge durch das Arbeitsamt, müssen die Arbeitslosen, wenn sie nicht verhungern wollen, das Wohlfahrtsamt in Anspruch nehmen. In diesem Falle war es ein Krisenunterstützungsempfänger, welcher, weil über 40 Jahre alt, die Verlängerung der Unterstützung auf 42 Wochen beantragte. Die Erledigung des Antrages durch das Arbeitsamt dauerte vier Wochen, trotzdem hier, da die Bedürftigkeit vorher geprüft war, nur noch die Arbeitsfähigkeit des Betreffenden festgestellt werden brauchte. Der Arbeitslose mußte, da er nun bis zur Erledigung Wohlfahrtsunterstützung bezog, Pflichtarbeiten, wöchentlich 12 Stunden, leisten. Als nun nach vier Wochen die erste Auszahlung durch das Arbeitsamt erfolgte, lieferte der Erwerbslose die vom Wohlfahrtsamt erhaltene Unterstützung ab, verlangte aber, wie es sein Recht ist, eine Entschädigung für die geleistete Pflichtarbeit. Der derzeitige Leiter der Abteilung des Wohlfahrtsamtes, ein junger, lediger, von dem wirtschaftlichen Elend eines Familienvaters nichts kennender Mensch, wies das mündliche und bald darauf auch schriftlich eingereichte Gesuch brüsk ab mit dem Bemerken, daß Krisenunterstützungsempfänger für Pflichtarbeiten nichts zu bekommen haben. Das Ende war eine scharfe Auseinandersetzung und ein Schreiben des Dezernenten des Wohlfahrtsamtes, des Sozialdemokraten Fechner, folgenden Inhalts, welches für die soziale Einstellung dieses Herrn bezeichnend ist:

„An Herrn Paul Walter.

Auf Grund Ihrer Ausschreitungen im städtischen Wohlfahrtsamt ist Strafverfahren gegen Sie eingeleitet. Zum Schutz der Beamten untersage ich Ihnen hiermit das Betreten der Amtsräume im Rathause. In jedem Falle, in dem Sie noch im Rathause angetroffen werden, wird Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs erstattet werden."

Wir bemerken noch, daß der Arbeiter Frau und vier Kinder zu erhalten hat, und durch die lange Arbeitslosigkeit und die geringe Unterstützung sind seine Nerven vollständig verbraucht. Herr Fechner schließt von sich auf andere und schützt andere Gründe für das Verhalten bei der Auseinandersetzung vor. Die Aussprache vor dem Gericht wird bestimmt kein Ruhmesblatt ihr [illegible] Wohlfahrtsamt und seinen Dezernenten sein.

Niederschlesien

Görlitz

„Lug und Trug der KPD."

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die sozialdemokratische „Volkszeitung" eine Erwiderung auf den Bericht der „Arbeiter-Zeitung" über die am Freitag, dem 30. August, stattgefundene Protestversammlung. An Verdrehungskünsten übertrifft diese Erwiderung alles bisher Dagewesene. Endlich nach fünf Tagen haben diese Bankrotteure und Polizeibüttel die Sprache wiedergefunden, um in gemeinster Weise ihre Schandtaten, die sie an den organisierten Arbeitern begangen haben, umzulügen. Den spontanen Unwillen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen die Versammlungsleitung und die Ausführungen des Referenten, der sich in Zwischenrufen Luft machte, und durch die Anwesenheit der Polizei zur Siedehitze gesteigert wurde, versucht man in diesem Berichte als „organisierte Störungsaktion der Kommunisten" hinzustellen. Vorbereitet wurde diese Polizeiaktion von dem ADGB. Ein sozialdemokratischer Funktionär erklärte einen Tag vor der Versammlung unsern Genossen, daß in der morgigen Versammlung jeder Zwischenrufer sofort von der Polizei entfernt würde. Desgleichen sei das Reichsbannerrollkommando (Rollkommandoführer Kleinert, beschäftigt in der Aktienbrauerei, wohnhaft Rosenstraße) als Saalschutz angefordert worden. Diese Angaben haben sich voll und ganz bestätigt. Wenn nun bei Feststellung der „Wirklichkeit" in dem Bericht behauptet wird, bei Beginn der Versammlung wollte ein Kommunist sprechen, so versucht man durch diesen Schwindel den Nachweis zu erbringen, die Störung wäre planmäßig erfolgt. Der zu Beginn der Versammlung einsetzende Entrüstungssturm, der von einem großen Teile der Versammelten ausging, forderte den Abzug der Schupo. Die Schamlosigkeit der Versammlungsleitung, daß sie schon vor Beginn der Versammlung Schupo beordert hatte, verschweigt dieses Blatt. Von den Raubschneidermethoden des Hauptknechtes Schulz, der in Ermangelung eines fähigen Versammlungsleiters als Referent und Versammlungsleiter in Funktion trat, wird in diesem Berichte bei Feststellung der Wirklichkeit nichts mit erwähnt. Wenn der Bericht fortfährt, ein Kommunist stürmte auf die Bühne und schlug den Versammlungsleiter ins Gesicht, so wissen alle Anwesenden, daß in Wirklichkeit dies eine Gruppe des Reichsbannerrollkommandos war, die auf unsern Genossen einschlugen. Der weitere Versammlungsverlauf war eine Herausforderung der oppositionellen Kollegen. Während man dem oppositionellen Diskussionsredner nur zehn Minuten Redezeit zubilligte, ließ der Versammlungsleiter den Abgeordneten Taubadel unbegrenzte Zeit sprechen. Die Tatsache, daß der Genosse Reimann nur die festgesetzte Zeit sprechen durfte, die Versammlungsleitung aber bei dem Abgeordneten Taubadel sich nicht an die festgesetzte Redezeit hielt, war wiederum eine bewußte Provokation, um die Zwischenrufer, die den Abtritt des SPD.-Dauerredners forderten, hinauszuwerfen. Unangenehm ist diesen Demagogen die Feststellung der „Arbeiter-Zeitung", daß ihre eigenen Parteigenossen, vor allem [illegible] glieder der SAJ., im Sprechchor den Abtritt ihres Sprechers forderten. Natürlich versucht man wieder den Genossen Bänder zu verleumden, indem es in diesem Berichte heißt: „Diese Jugendlichen wären Leute gewesen, die der Kommunistenjüngling Bänder zum Lärmen hinrediguiert habe." Am Schlusse des Berichtes wird versucht, wiederum einen Arbeiter bei dem Unternehmer zu denunzieren. Diese Sozialfaschisten gehen dazu über, jeden Arbeiter, der es wagt, seine ehrliche Ueberzeugung zu vertreten, wirtschaftlich zu schädigen. Diese „Arbeiterpartei", die früher die Auffassung vertrat, daß es unproletarisch sei, einem Arbeiter seine Vorstrafen vorzuwerfen, benützt dieses als Kampfmittel. So weit ist die moralische Verlumpung dieser Gesellschaft vorgeschritten. Den Arbeitern, welche Augenzeuge dieser Vorgänge waren, überlassen wir die Beurteilung. Wir wissen, daß der klare Verstand der Arbeiter die Rolle dieser Arbeiterverräter erkannt hat.

Oberschlesien

Zum 15. Internationalen Jugendtag in Hindenburg

Vom Avantgardismus zur revolutionären Massenorganisation

Die Geschichte des Kommunistischen Jugendverbandes ist die Geschichte des revolutionären unversöhnlichen Klassenkampfes, die Geschichte des Antimilitarismus. Die ersten proletarischen Jugendorganisationen entsprangen ganz der sozialen Stellung des Jungproletariats. Es waren die grundlegenden Veränderungen, die der Imperialismus innerhalb der Arbeiterklasse hervorgerufen hatte. Der Imperialismus hatte nicht nur innerhalb der Arbeiterschaft eine Spaltung durch die Schaffung einer aristokratischen Schicht mit gehobener Lebensstellung bei gleichzeitiger verschärfter Ausbeutung der Mehrheit der Arbeiterklasse hervorgerufen, sondern er hatte durch die Expansionspolitik, die damit verbundene Kriegsgefahr und die innere Gefahr im Lande und in den Kolonien einen starken militärischen Apparat notwendig.

Die belgischen jungen Garden (1888—1890) waren eigens solche Organisationen, die einen revolutionären Kampf gegen den Militarismus und gegen die Ausbeutung führten. Sie gelten als Vorläufer der sich später in Deutschland (1904) und in anderen Ländern bildenden proletarischen Jugendorganisationen. Diese Jugendorganisationen hatten neben ihrer sozialistischen Erziehungsarbeit und ihrem Kampf gegen die Lehrlingsschinderei vor allem eine antimilitaristische Arbeit. Daß dieser Kampf die Grundfesten des Imperialismus und die kapitalistische Ordnung erschütterte, geht aus dem Verbot der Organisationen mit Hilfe des Vereinsgesetzes hervor.

Die damalige Sozialdemokratie führte nicht den Kampf gegen diese Verbote, sondern sie war auf Grund ihrer aussichtsvollen Entwicklung in dem imperialistischen Zeitbeginn bereits selbst schon mit den Pfründen der Ausbeutung vom Kapitalismus bedacht. Der Kampf der alten SPD.- und Gewerkschaftsführer richtete sich gegen diese Jugendorganisationen. Sie züchteten reformistische Jugendpflegevereine, die sich, statt den Kampf gegen die Ausbeutung und gegen den Militarismus zu führen, unter die Fuchtel des Polizeisäbels duckten.

Trotz des Terrors und des Verrats in der damaligen Zeit entwickelten sich die proletarischen Jugendorganisationen, so daß im Jahre 1907 auf der Mutterparteikonferenz, die einen Tag nach dem Kongreß der 2. Internationale stattfand, die Jugendorganisationen aller europäischen Staaten anwesend waren.

Diese Konferenz war die Gründungskonferenz der Jugendinternationale.

Bezeichnend ist diese Konferenz, die drei Referate entgegennahm, über „Wirtschaftlichen Jugendschutz", „Sozialistische Erziehung" und „Antimilitarismus". Trotzdem man das wichtigste Referat, gegen den Militarismus, an den Schluß setzte, wurde es zum Zentralpunkt der Tagesordnung. Karl Liebknecht hat dieses Referat gehalten. Es war ein donnerndes Signal gegen den Verrat der 2. Internationale und enthielt konkrete revolutionäre Maßnahmen gegen den Militarismus. Die Gewerkschaftsbürokratie, die Opportunisten in der 2. Internationale, nannten Liebknechts Stellung gegen den imperialistischen Krieg eine Phantasie schädlichster Art. Die Bourgeoisie warf Liebknecht, der das revolutionäre Fundament gegen Militarismus und Reformismus geschaffen hatte, in den Kerker. Alle Jugendverbände erklärten sich mit der Mutterparteikonferenz und ihrem antimilitaristischen Programm einverstanden. Nur die deutschen und holländischen Verbände, die in den Händen der opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie waren, traten nicht der Jugendinternationale bei.

Diese Konferenz ist ein besonderer Markstein in der proletarischen Jugendbewegung. Im Jahre 1914, dem Zusammenbruch der opportunistischen 2. Internationale, war es diese Jugendinternationale, die den unerbittlichen antimilitaristischen Grundzug ihrer Taktik durch Liebknecht erhalten hat, jene junge Garde, von der die Geschichte sagt: „Die Jugendinternationale lebt, sie wird weiterleben und lernen von dem ungeheuren Verrat, deren Zeuge sie ist, wird vorwärtstreiben zum Wiederaufbau der neuen Internationale."

Mitten im Weltgemetzel organisierte die revolutionäre Spartakus-Jugend unter Liebknechts Führung, trotzend dem Militär-Terror und dem dauernden Verrat der Sozialdemokratie, in Bern (Schweiz) 1915 ein Konferenz, die sich eine politische Neuorientierung der Jugendinternationale zur Aufgabe stellte. Bekanntlich war bis zum Krieg die Jugendinternationale sehr lose und nur durch Rundschreiben zusammengefaßt. Organisatorisch stand sie noch sehr schlecht. Es trifft auf den Geist, der die Jugendinternationale belebte, das zu, was Liebknecht sagte:

„Nicht nur die jugendliche Begeisterung, welche zu großen Taten fähig ist, die Klarheit und Festigkeit, es ist der unnachgiebige Klassenkampfgedanke, der die Jugendbewegung leite, der Wille zu dem einen unmittelbaren, internationalen Klassenkampf: das Bekenntnis zur Klassensolidarität über alle staatlichen Schranken hinweg, und ihr unerbittlicher antimilitaristischer Grundzug ihrer Taktik.

Auf der Berner Konferenz waren zum erstenmal die Vertreter der bolschewistischen Partei anwesend. Man faßte eine Reihe von Beschlüssen, unter denen eine Reihe unverzeihlicher Fehler in der Frage der Abrüstung enthalten war. Es war der letzte Sieg der Opportunisten.

Wichtig ist die Abhaltung eines Internationalen Jugendtages in allen Ländern, welcher heute noch seine Gültigkeit hat. Vom Kommunistischen Jugendverband, der 1919 aus der Jugendinternationale hervorging, ist dieser Tag zum internationalen Kampftag aller werktätigen Jugendlichen aus Schacht und Hütte, Kontor und Land gestempelt worden, der im September jeden Jahres stattfindet. Heute marschiert nicht nur eine kleine, trotzige, mutig entschlossene Aventgarde unter dem Kampfesfeuer Karl Liebknechts auf, sondern die zur Massenorganisation sich entwickelte Aventgarde Liebknechts,

der Kommunistische Jugendverband.

Mit ihm marschieren in der Einheitsfront gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion die Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen.

Franz Bo.

Stadtverordnetensitzung in Gleiwitz

Stadtkämmerer Dr. Warlo verbietet dem Genossen Stadtrat Behr das Reden — Scharfe Kritik gegen Stadtrat Azer
Große Wohnungsdebatte — Nur die Kommunisten für die Arbeiterschaft

Mit der stattlichen Anzahl von 41 Tagesordnungspunkten begann die letzte Sitzung der Stadtverordneten von Gleiwitz wie üblich mit halbstündiger Verspätung. Eingangs der Tagesordnung wird der kommunistische Antrag betr. Stillegung der städtischen Ziegelei behandelt. Genosse Mergarten fragt an, weshalb es möglich sein kann, daß die städtische Ziegelei trotz der vorjährigen Inbetriebnahme der neuen Trockenanlage in diesem Jahre stillsteht. Ueber 80 000 Mark wurden für den Neu- und Umbau herausgeworfen. Mehr als zwei Millionen Steine konnten verkauft werden, wenn es der Diktator Azer gewollt hätte. Herr Azer war nicht erschienen und begnügte sich mit einer schriftlichen Erklärung. Genosse Behr zerpflückte diese Erklärung und brachte an Hand schriftlicher Beweise den Nachweis, daß es tatsächlich an den diktatorischen Maßnahmen des Dezernenten Azer lag, die großen Aufträge der Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge nicht zur Durchführung zu bringen.

Bei der Beratung des Entwurfs der Verwaltungsordnung der städtischen Betriebe zeigten die Mieterschützler ihr wahres Gesicht. Herr Kolonko verzichtete für die Mieterfraktion, an der Besetzung des Verwaltungsausschusses mitzuwirken. Genosse Behr erklärte, daß die Mieterschützler in dieser Frage genau dasselbe tun als in der Frage der Beteiligung an der Gemeinnützigen Wohnungs-GmbH. **Diese Partei hatte damals nicht den Mut, bei der Festsetzung der Miete mitzuwirken, obwohl sie in der Oeffentlichkeit vorgibt, Mieterinteressen zu vertreten.** Von den Kommunisten wurden in den Ausschuß die Genossen Behr und Mergarten vorgeschlagen.

Für die Prüfung der Jahresrechnungen von 1924 (!!) und die Etatsüberschreitungen wurde Genosse Lellek gewählt.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung betr. Ferienkasse des Oberschlesischen Landestheaters ergreift Genosse Mergarten das Wort und verlangt, daß die ausgeworfenen 1000 Mark für das technische Personal von Gleiwitz verteilt werden sollen.

Zu Punkt 9 und 16, welche zusammengefaßt wurden, sprach Genosse Behr. Er führte aus, daß die fälschlich als Obdachlose bezeichneten Einwohner der Wellblechbaracken, Ausstellungshalle und andern Notbehelfen umgehend in besseren Wohnräumen untergebracht werden müssen. Herr Gottscholl vom Zentrum habe sich lediglich darauf verlegt, Beschwerde zu führen, daß in den Notunterkünften der Kitt von den Scheiben fehlt, der Putz schadhaft ist, Ausgüsse verstopft sind und statt zwei jetzt fünf Baracken neu erstellt werden sollen. **Die Kommunisten fordern, daß umgehend die Barackenbewohner in bessere Unterkünfte gebracht werden.** Nachdem Genosse Lellek in klarer und deutlicher Form den Herren die Politik der Bürger und der Kommunisten klarlegte, glaubte der Hausbesitzer Leschnik vom Zentrum, gegen die KPD. Attacken reiten zu können. Da zu befürchten war, daß die bürgerlichen Parteien Schluß der Debatte beantragen, ergriff Genosse Behr das Wort als Stadtrat. **Hierbei leistete sich der Stadtkämmerer Dr. Warlo die Frechheit, unseren Genossen mehrmals zu unterbrechen. Genosse Behr ignorierte nicht darauf und setzte seine Angriffe** gegen den Magistrat in Fragen der Wohnungspolitik fort. Er stellte der Versammlung an Hand von Beispielen die Frage, ob es richtig ist, Hunderttausende Mark Hauszinssteuer für Wohnungen zu hohen Mietspreisen zu vergeben, oder diese Gelder für Arbeiterwohnungen zu bestimmen. Herr Warlo verfärbte sich bei jedem Wort und verlor die Spucke, als **Genosse Behr erklärte, daß ihn niemand abhalten kann, auch als Magistratsmitglied gegen die Schweinereien anzukämpfen. Langandauernder Beifall der Kommunisten und der Zuhörer war die beste Quittung für den Diktator Warlo.**

Genosse Lellek sprach zu Punkt 10 und 12 und sagte dem Magistrat und den Antragstellern (Zentrum und Sozialdemokraten) ordentlich die Wahrheit. Er forderte, daß die abgezogenen 10 Prozent den Unterstützungsberechtigten sofort zurückgezahlt und weitere Abzüge eingestellt werden.

Bekanntlich hat der Oberbürgermeister unter dem 5. 8. 1920 eine Sperrverfügung erlassen. Zu dem Antrage der Kommunisten, diese Sperrverfügung aufzuheben, sprach Genosse Behr. Er führte u. a. aus, daß es untragbar sei, **gerade im Wohlfahrtsetat die Streichung von über 100 000 Mark vorzunehmen.** Der Wohlfahrtsetat sei schon überlastet und bedarf in kürzester Zeit einer Nachbewilligung. Die beabsichtigte **Kürzung und Streichung der Unterstützungssätze muß rückgängig gemacht** werden. Der Antrag des Genossen Lellek, den Wohlfahrtsausschuß umgehend einzuberufen, fand Annahme.

Der Antrag, die Fahrpreise in den städtischen Autobussen herabzusetzen, fand nach eingehender Begründung durch Genossen Behr Annahme. Desgleichen wurde der Antrag angenommen, die Linie 3a wieder bis Milik laufen zu lassen. Scharfe Kritik übte Genosse Dlugosch bei Punkt 18 der Tagesordnung, betreffend Fahrbarmachung der Straße von Mathesdorf nach Sosnitza und der Zugangsstraße nach den Bergarbeitersiedlungen.

Zur Schenkung des Baugeländes an die katholische Kirchengemeinde sprach Genosse Lellek und stellte fest und protestierte dagegen, daß die am Bauplatz stehenden Baracken abgebrochen werden, ohne daß Wohnersatzraum geschaffen wird. Genau so wurde seitens der Franziskaner gehandelt, indem sie den Einwohnern in ihrem Hause das Dach über dem Kopfe einreißen lassen, um sie loszuwerden.

Kurz vor Mitternacht trat die Versammlung in die geheime Sitzung ein, die nach zehn Minuten infolge Beschlußunfähigkeit aufflog.

*

Die Sitzung zeigte wieder den wahren arbeiterfeindlichen Charakter des bürgerlichen Parlaments. Einzig und allein traten nur die Kommunisten für die Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiter ein. Am 17. November ist Abrechnung. Die Arbeiterschaft muß, um eine Besserung zu erzielen und um das Ziel der Arbeiterklasse, das heutige System zu stürzen, zu erreichen, nur Kommunisten wählen.

Gleiwitz

Verunglückte werden verhöhnt

12stündige Arbeitszeit — Kein Verbandszeug beim Gleisbau Sosnitza

A. K. Auf der Strecke Gleiwitz—Sosnitza führt die Firma R. Boschin Gleisarbeiten durch. Eine unmenschliche Antreiberei und Ausbeutung herrscht bei dieser Arbeit. Die Schachtmeister, und da besonders der Schachtmeister Meitner, tyrannisieren die Arbeiter in übelster Weise. Bei der schweren Arbeit werden die Arbeiter noch als Faulenzer und faule Schweine beschimpft. Obwohl die Arbeitszeit nur 48 Stunden in der Woche betragen soll, müssen die Proleten 11—12 Stunden täglich arbeiten. Bei dieser Arbeit sind öfters Unfälle zu verzeichnen.

Die Schachtmeister verhöhnen in ganz gemeiner Weise die verunglückten Proleten. Aber Verbandszeug ist auf der Baustelle nicht vorhanden.

Wenn sich die Arbeiter über diese Zustände beschweren, werden sie gleich entlassen. Da es den Ausbeutern und Antreibern noch zuwenig ist, daß die Arbeiter 11—12 Stunden schuften, wird immer 8—10 Minuten länger gearbeitet, die nicht bezahlt werden.

Für diese Zustände könnte sich einmal die Aufsichtsbehörde interessieren. Die Arbeiter aber müssen sich zusammentun und geschlossen gegen diese Methode kämpfen. Keine Minute länger als acht Stunden darf gearbeitet werden. Den Schachtmeistern, die verunglückte Proleten verhöhnen, müßte aber auf proletarische Art das Maul gestopft werden.

Sosnitzaer Kumpels müssen für Mißwirtschaft der Verwaltung blechen

A. K. Auf der Sosnitza-Grube sind für die Förderung keine Ersatzmotoren vorhanden. Schon öfters und erst vorgestern sind die Motoren verbrannt. Die Kumpels können dann nicht weiter arbeiten und müssen vor der Beendigung der Schicht ausfahren. Natürlich haben dadurch die Kumpels einen Schaden. Die Verwaltung will aber nicht mit ihrer Mißwirtschaft Schluß machen. Auf Ersatzmotoren langt es ihr nicht, trotz hoher und immer höher steigender Profite. Die Kumpels haben ja nur da zu blechen.

Wenn aber mal ein Kumpel einen Tag die Schicht versäumt, da wird er in vierfacher Art bestraft. Die Verwaltung aber, die Dutzende von Arbeitern durch ihre Mißwirtschaft schädigt, macht dies ungestraft.

Hindenburg

Ein „feiner" Ausbeuter

Ein Arbeiter schreibt uns über eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht, der er als Zuhörer beiwohnte. Ein Kutscher von der Eisenhandlung Loewin von der Dorotheen-, Ecke Wallstraße klagte vor dem Arbeitsgericht um 14 Tage Lohn wegen Nichteinhaltung der Kündigungsfrist. Der Kutscher hatte einen Arbeitsunfall und mußte einige Wochen krank feiern. Noch nicht vollständig genesen, geht er zur Arbeitsstelle zurück. Er sagt aber seinem famosen Chef, daß er noch krank ist. Darauf wird er angebrüllt:

„Kranke Leute brauche ich nicht, verlassen Sie sofort meinen Hof!"

Als der Kutscher auf die 14tägige Kündigung pochte, schrie der feine Herr Loewin auf seinen Schreiber los:

„Ja, sehen Sie, hätten Sie ihm schon vorher gekündigt, brauchten wir jetzt nicht dem Mann 14 Tage umsonst zu fressen geben."

Nach diesem Auftritt forderte er den Kutscher auf, sofort auch zu arbeiten und verwies ihm aber dann doch nochmal den Hof.

Auf dem Arbeitsgericht wurde der feine Herr Loewin wegen dieser vorgebrachten Ausführungen feuerrot und zog einen Vergleich vor, indem er dem Kutscher 40 Mark zahlt.

Diese Verhandlung war wieder mal ein Beweis, wie die Ausbeuter mit ihren Ausbeutungsobjekten umspringen.

Die Hindenburger Fleischer und Bäcker als Feinde der Arbeiter

In der letzten Gründungsversammlung des Mittelstandes, die im Kasino der Donnersmarckhütte stattfand, behauptete der Referent, der Fleischerobermeister Schmidt aus Breslau, daß der Mittelstand kein Feind der Arbeiter, sondern ein Freund sei. Die Versammlung wurde geleitet von dem bekannten Viehgroßhändler Groß aus Hindenburg, und alle anwesenden Handwerksmeister, darunter viel Fleischer, murmelten Beifall.

Inzwischen sind wir eines anderen belehrt worden. Seit Jahr und Tag hat die Fleischerinnung und ihr Gesangverein seine Sitzungen und Gesangsabende in dem Restaurant des Herrn Pietzka in der Glückaufstraße abgehalten. Aber Herr P., dessen Lokal wohl sehr bequem, aber etwas seitwärts gelegen ist, kann von den Fleischern nicht allein leben. Sein Lokal ist für jeden Menschen gebaut, und seine Spesen und Steuerabgaben sind so groß, daß er, soweit die Räume dazu frei waren, dieselben auch der Kommunistischen Partei zur Verfügung stellte.

Diese Tatsache hat nun die Fleischerinnung bewogen, über das Lokal Pietzka den stillen Boykott zu verhängen und das Lokal zu meiden. Diesem Boykott haben sich weitere Kreise angeschlossen. Bei der gehässigen Propaganda gegen Herrn Pietzka zeichnet sich besonders aus der Bäckermeister Wiechulla aus Bismarckhütte, der einigen Freunden gegenüber erklärte: „Wie könnt Ihr noch in das Hodiz-Lokal gehen? Ich gehe dort nicht mehr hin."

Für solche Spießer und Hurraschreier vom Schlage Wiechulla sind die Kommunisten keine Menschen, und das Lokal, wo dieselben verkehren, muß man meiden wie die Pest. So steht also die „Freundschaft" dieser Leute gegenüber der Arbeiterschaft aus. Diese Spießer gehen in ihrem Haß und ihrer Engstirnigkeit so weit, daß sie sogar die Existenz eines eigenen Berufs- und Standesgenossen vernichten möchten. Ihr Haß ist aber um so verständlicher, wenn man bedenkt, daß diese Leute meistens dem Zentrum, der Partei der Nächstenliebe, angehören.

Bei dieser Gelegenheit lohnt sich die Frage: An wen verkaufen die Hindenburger Fleischer und Bäcker vorwiegend ihre Ware? Nur an die Arbeiter und Angestellten, von denen große überwiegende Teile zur Kommunistischen Partei gehören, mindestens aber mit ihr sympathisieren. Also kurz gesagt: der Arbeiter, auch der kommunistische, ist es, von dem diese Spießer in der Hauptsache leben. Und wenn der Arbeiter ihnen die Waren nicht mehr abnimmt, dann werden diese Leute trotz ihres dicken Bauches doch nicht allein alles auffressen.

Die Arbeiterschaft muß sich den vorliegenden Fall merken und sich das Verhalten der Leute, bei denen sie ihre Waren einkauft, genau ansehen. Sie ist stark genug, um überspannte und größenwahnsinnige Spießer zur Räson zu bringen.

Weiße Zähne: Chlorodont

Ratibor

SPD. auf Wahlkrampf

A. K. In der letzten Sonntagsausgabe des Volksblättchens zog man wieder mal mit allem blöden Krampf gegen die Kommunisten los. Das alles, weil wir den reformistischen Betriebsrat der Stellawerke ins rechte Licht rückten. Dieser Betriebsrat brachte es fertig, Ueberstunden zu schuften, während Tausende Erwerbslose auf der Straße liegen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in seinem Betrieb die denkbar schlechtesten. Der Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" gegen diesen und andere Helden von der Clique Baron hat aber sehr gut gewirkt, und darum haben sie im Volksblättchen Hilfe gesucht. Doch das Volksblättchen liest in Ratibor kein ehrlicher Arbeiter. Deshalb hat man es den Proleten umsonst verteilt. Auch der Angriff des Volksblättchens auf unsere Genossen beim Brunnenbau ist nichts als Krampf. Unsere Genossen genießen auch noch weiter das Vertrauen der Arbeiter und deshalb dieser Krampf. Die Leutchen von der SPD. haben sich und werden sich noch in das eigene Fleisch schneiden. Die Ratiborer Arbeiter stehen zur KPD.

Markowitzer Gemeindevertreter gegen die Armen

A. K. Die Markowitzer Gemeindevertreter haben sich wieder mal zusammengesetzt und prüfen die Jahresrechnungen. Dabei haben sie entdeckt, daß zwei Proleten noch der Gemeinde 6 und 8 Mark für Bausand schulden. Diese horrenden Beträge wollen die Gemeindevertreter jetzt zwangsweise eintreiben lassen. Die Proleten haben zwar Antrag auf Niederschlagung gestellt, haben aber seit dem 8. Dezember 1928 noch keine Antwort erhalten. Dieses Vorgehen der Gemeindevertreter ist mehr als rigoros. Doppelt rigoros, weil die prüfenden Gemeindevertreter wohl die paar Mark, die Proleten schulden, entdeckten und eintreiben wollen, aber nichts gegen den ehemaligen Gemeindeschreiber Wiesollek unternehmen. Wiesollek schuldet der Gemeinde 171 Mark, um die er die Gemeinde schädigte, aber sich zum Zurückzahlen verpflichtete. Warum wurde gegen diesen nichts unternommen, der doch als Lehrer a. D. mehr hat wie die Proleten? Vielleicht antworten einmal die tüchtigen Gemeindevertreter. — Am 17. November, Arbeiter und Kleinbauern, gebt diesen Gemeindevertretern die Quittung.

Neustadt

„Die Bibel im Lichte der Forschung"

Sonntag, den 8. September, um 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus ein öffentlicher Vortrag des Verbandes der Freidenker statt. Zu dem Thema „Die Bibel im Lichte der Forschung" wurde als Redner August Kahl-Hamburg gewonnen. Eintritt 20 Pfg. Die Arbeiterschaft wird ersucht, recht zahlreich zu dieser Veranstaltung zu erscheinen.

Notstandsarbeitsstelle Leuber

A. K. Die Zustände haben sich inzwischen etwas gebessert. Durch die Initiative der Belegschaft wurde erreicht, daß das Arbeitsamt mit der Wassergenossenschaft Leuber in Verhandlungen einging. So wurde erzielt, daß die ungelernten Arbeiter für die ersten drei Wochen einen Stundenlohn von 62 Pfg. erhalten. Die ausführende Firma und der Schachtmeister Menzel werden wohl versuchen, dieses Resultat hinfällig und von der Meterzahl abhängig zu machen, denn sie erhalten Prozente vom Meter. Es ist Sache der Belegschaft, daß sie das Erkämpfte auch zu verteidigen weiß.

Friedland

Arbeiter, heraus aus den bürgerlichen Sportvereinen!

A. K. Am Sonntag hatten die Bürgerlichen in Lamsdorf ein Sportfest. Auch die Landesschützen nahmen daran teil. Die Leistungen, die dort gezeigt wurden, waren insgesamt nichts wert, obwohl in diesen Vereinen immer Paradepferde gezüchtet werden. Bedauerlich ist, daß noch ein Teil Arbeiter in diesen Vereinen ist. Diese Arbeiter werden nur in diesen Vereinen mißbraucht. — Arbeiter, heraus aus den bürgerlichen Sportvereinen, bildet Arbeiter-Sportvereine!

Opfer der Autoraserei

Sonntag abend wurde auf der Chaussee Friedland—Lamsdorf der Reisende Blasig von einem Auto überfahren und erheblich verletzt. Das Auto gehörte dem Gastwirt Wagner aus Wiersbel. Der Verletzte wurde durch einen Bauern ins Krankenhaus geschafft. Schuld an dem Unfall trägt der Autofahrer, der wie ein Wilder raste. — Eine Klage muß auch gegen die rücksichtslosen Autofahrer, die abends ihre Scheinwerfer nicht abblenden, erhoben werden. Es können größere Unglücke dadurch geschehen. Hier muß auch einmal Abhilfe geschaffen werden.

Kreuzburg

Vom Stahlhelmtag in Rosenberg am 1. September

A. K. An diesem Tage gaben sich einige Arbeiter die Mühe und fuhren mit dem Rade nach Rosenberg, um sich den Rummel anzusehen. Sonst heißt es immer: einige Tausend Teilnehmer. Es wurden genau 382 Personen gezählt, die an dem Aufmarsch beteiligt waren. Der größte Teil waren Arbeiter von den umliegenden Dominiums und einige vollgefressene Spießer, zu denen auch der „tapfere" Stahlhelmer Kaufmann Gordziel aus Kreuzburg zählt. Der Redner mußte sich des öfteren durch einen frischen Trunk bei seiner Ansprache auf dem Ringe laben. Für die „Kameraden" war weniger gesorgt, so daß einige von ihnen ohnmächtig zu Boden fielen. Der Empfang war auch ein „guter", drei Fahnen waren in der ganzen Stadt zu sehen. Vor dem „Parademarsch" gab es noch die letzten Instruktionen. Es hieß: rechte Hand am Koppel, linke an die Hosennaht. Bei dem anschließenden Gartenkonzert konnten sich die „Kameraden", die aus den Proletarierkreisen stammen, nicht beteiligen, sie hatten vielleicht kein Geld auf ein Glas Bier, und außerdem müssen ja auch die Pferde auf dem Dominium besorgt werden.

Nationalsozialistischer Hauspascha

Auf der Rosenberger Straße, jetzige Schützenstraße, ist in dem Hause des Hakenkreuzlers Mertin eine „Altwohnung", bestehend aus einer Stube nebst Beigelaß, frei geworden. Selbige wurde einem Arbeiter vom hiesigen Wohnungsamt zugewiesen. Nun glaubt dieser feine Hauswirt, diesen Arbeiter nicht aufnehmen zu brauchen, weil er nicht sein „Parteigenosse" ist. — Das Wohnungsamt müßte diesem Herrn mal seinen Spleen austreiben.

Oppeln und Umgegend

Polizei Hand in Hand mit Faschisten

A. K. Fast alle Nächte kann man feststellen, daß in der Zeit von 24—1 Uhr Faschisten (Landesschützen) auf der Volkostraße ihr Unwesen treiben. Lärmend ziehen diese Banditen gruppenweise durch die Straße und belästigen die Passanten. Nicht genug damit, leuchten die Rowdys in die untengelegenen Wohnungen hinein. Trotzdem schon öfters diese Rüpeleien der Polizei gemeldet wurden, unternimmt die Polizei nichts dagegen. Es sieht so aus, als arbeitet die Polizei mit den faschistischen Banditen Hand in Hand. Die Duldung dieser Rüpeleien durch die Polizei kann man nicht anders verstehen. Vielleicht macht das die Polizei, weil dort nur Proleten wohnen. Gegen die politische Forderung der Arbeiter „Weg mit dem RFB.-Verbot!" setzt Ossowski eine Prämie von 50 Mark aus. Skandalierende Faschisten aber werden geduldet.

Ossowski klassifiziert Besoffene

Die Einstellung der Polizei ist ja bekannt. Sie ist ein Instrument der Bourgeoisie und nur gegen die Arbeiter da. Bei den verschiedensten Anlässen haben das die Arbeiter immer wieder feststellen können. Daß aber von der Polizei die Besoffenen auch gesondert behandelt werden, das ist uns neu.

Ueber das Ergebnis einer zweistündigen Streifenfahrt schreibt der Pressedienst des Polizeipräsidiums, für den der Herr Sozialdemokrat Waldemar Ossowski verantwortlich ist, folgende Unverschämtheit:

Die Turmuhr zeigt 23,50 Uhr an. Um diese Zeit wird eine männliche Person bemerkt, die mitten auf der Lindenstraße liegt. Handelt es sich hierbei etwa um ein Verbrechen? Nein! um einen sinnlos Betrunkenen. Aufladen und weiterfahren. Man befindet sich auf der Malapaner Straße. Inzwischen zeigt die Uhr bereits 0,45 Uhr an, der Scheinwerfer dagegen auf zwei nebeneinander — in der Nähe der Landwirtschaftskammer liegende Personen. Der zweite und der dritte Betrunkene. Beide sind so stark benebelt, daß sie ins Auto getragen werden müssen. Es stehen noch 15 Minuten zur Verfügung. Schon nach 10 Minuten wird ein weiterer Fund, und zwar wieder auf der Malapaner Straße, festgestellt. Diesmal handelt es sich um einen friedlich schlafenden Herrn. Man versucht ihn zu wecken und stellt hierbei sogleich ohne ärztliche Inanspruchnahme fest, daß es sich hier um einen P..... handelt.

Der vollgesoffene Spießer wird als „friedlich schlafender Herr, der nur B..... ist", bezeichnet. Die Arbeiter haben „sinnlos betrunken" gelegen. Wahrlich, unerhörter kann die Polizei nicht mehr schreiben. Wenn auch vielleicht der „friedlich schlafende" ein Besoffener aus dem Reiche Ossowskis war, so war er eben besoffen, gerade so wie die anderen, Herr Waldemar Ossowski. Wir möchten Sie ersuchen, das gefälligst zur Kenntnis zu nehmen.

Wochenstatistik der Arbeiter-Samariter

Ungerechnet der Krankentransporte und sonstigen zahlreichen Hilfeleistungen fanden 19 Transporte von Verletzten und Verunglückten bzw. auf der Straße Zusammengebrochenen statt. Die Unfälle verteilen sich wie folgt: vier Motorradunfälle, zwei Betriebsunfälle, ein Geisteskranker, eine Vergiftung, zwei Schlag- und Stichverletzungen, neun Krämpfe- und schwere Ohnmachtsanfälle.

Das Rote Kreuz sammelt!

Das Oppelner Rote Kreuz sammelt wieder mal in nächster Zeit. Verdient es diese Organisation, daß ihr die Arbeiterschaft und der kleine Mittelstand durch Unterstützung helfen? Wir sagen energisch: Nein! Nach unseren Feststellungen setzt sich das „neutrale" Rote Kreuz in seiner Mehrzahl aus Stahlhelmern zusammen. Wie deren Einstellung zur Arbeiterschaft und zum kleinen Mittelstand ist, brauchen wir hier nicht näher erläutern. Und dann sagt man noch „neutrale" Organisation. Man wird hieraus auch die unverschämten und gesundheitsgefährdenden Handlungen, die wir vor kurzem schilderten, verstehen. Deshalb meidet das Rote Kreuz und laßt ihm keine Hilfe zuteil werden.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne steht jedermann und jederzeit selbstlos zur Verfügung.

Sagan

Zustände bei der Firma Mathilde Schröter. — Infolge Stoffandrang werden wir diesen Bericht am Dienstag veröffentlichen. Arbeiter, verlangt nach der „Arbeiter-Zeitung"!

Entschließung

Mit Freuden nehmen die Erwerbslosen Sagans und Umgegend die Mitteilung auf, daß es Herrn Strauß, stellvertretender Vorsitzender am Arbeitsamt Sagan, gelungen ist, ein Rezept zusammenzustellen, wonach man mit weniger als 3,50 Mark die Woche gut leben kann. Wir ersuchen daher Herrn Strauß um baldige Veröffentlichung des Rezeptes, da jeder gern davon Gebrauch machen möchte. Weiterhin sprechen schon heute die Erwerbslosen Herrn Strauß ihren heißen Dank aus und sichern ihm ein teures Andenken zu.

*

Diese Entschließung wird, wie wir hören, in einer der nächsten Erwerbslosenversammlungen angenommen werden. Nicht wahr, das wäre herrlich, wenn Herr Strauß der Aufforderung nachkommen und das Rezept veröffentlichen würde.

Niesky

Wieder einmal Christoph und Unmut

A. K. In der letzten Zeit zeigte sich in der Waggonfabrik die chronische Krankheit des Ueberstundenschiebens, wieder, um angeblich die Arbeiten zu den Lieferungsterminen fertigzustellen. Ueberstunden sind von einzelnen geschoben worden von früh 7 Uhr ins andern Tag mittag. In diesen Fällen muß man schon ein ganz Teil Schuld den Kollegen, wenn man solche noch so ansprechen kann, selbst zuschreiben. Das sind Auswirkungen des Kriechertums, was man sich gezüchtet hat. Fest steht aber auch, daß sich viele aus wirtschaftlicher Rücksicht dazu hergeben, aus Angst mit am ersten entlassen zu werden. Hier macht es sich notwendig, daß die gesamte Belegschaft auch für den einzelnen eintritt. Wenn jeder einzelne die Macht aller Kollegen wird hinter sich haben, wird er auch wieder geradestehen und derartige Ueberarbeit ablehnen. Der Mohr hat aber wieder seine Schuldigkeit getan. Verschiedene Kollegen werden schon wieder auf die Straße gesetzt. Darunter sind einige, die ganze zwei Wochen gearbeitet haben.

Kollegen, verweigert alle Ueberstunden! Kämpft für Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnerhöhung!

Grünberg

Roter Rundfunk

Allwöchentlich erscheinen in unseren bürgerlichen Zeitungen Angaben über die Bevölkerungsbewegung in unserer „Nebenstadt". Natürlich sind die Zugänge kleiner als die Abgänge, da auch hier das Industriekapital und die Proletenkrankheiten täglich ihre Opfer fordern. Jeder Zuwachs wird deshalb vom Einwohnermeldeamt begrüßt, um nicht zu sehr von der anläßlich der Auskreisung angegebenen Zahl von 25 000 „Seelen" abzukommen. Vor kurzem wurde das Einwohnermeldeamt einen besonderen Zugang registrieren: Sie haben einen neuen Polizeiinspektor bekommen! Man hat sich einen von auswärts verschrieben, da unser Oskar auf den Vorschlag unseres „Ober", „die Bürojacke mit der Uniform zu vertauschen", nicht einging, und August von dem vielen „Reden" so überanstrengt war, daß er die Vertretung nicht mehr weiterführen konnte.

Unsere Nebenstadtjünger sind doch gar zu tugendfromm. Deswegen hat man auch im Vorjahre einigen Lokalen die Beschäftigung weiblicher Angestellter verboten, wozu einige persönliche Seitensprünge der Mädels und das Gestotter von Portokassenjünglingen willkommenen Anlaß boten. Wenn nun zwei das gleiche tun, dann ist es nicht dasselbe! So ist es auch hier. Man muß mindestens Stadtrat sein oder der SPD. angehören, will man nicht nur eine, sondern auch zwei Kellnerinnen beschäftigen. Es schmälert dabei die moralische Qualifikation eines SPD.-Bonzen durchaus nicht, wenn man sich mit so einer Schönen in ein Verhältnis einläßt, so daß darob die eigene Ehefrau das Grausen kriegt und ausrückt. Die Proleten bringen nicht nur das deswegen zu zahlende monatliche Unterhaltsgeld von 100 Mark ein, sondern ihre Groschen reichen auch noch zum Kauf eines Autos, in dem das Pärchen sich öfters präsentiert. Trotzdem: „Mir ist ein besserer Gast lieber, als zehn Arbeiter!"

Textilarbeiter, aufgepaßt!

Am Dienstag veröffentlichen wir einen Bericht über die Zustände bei der „Deutschen Wolle". Verlangt überall die Dienstag-Zeitung!

Aus dem Riesengebirge

Hirschberger Allerlei

Skandalöse Zustände herrschen im Hirschberger Wohlfahrtsamt. Da in letzter Zeit fast alle Unterstützungsanträge abgelehnt wurden, sind die hungernden Proleten gezwungen, ihren Lebensunterhalt durch Betteln zu verdienen. Es sind an die Hirschberger Behörde von den umliegenden Dörfern Beschwerden eingereicht worden, daß das Betteln überhand nimmt. Daß diese Beschwerden nichts nutzen werden, beweist am besten die Höhe der Unterstützung der Wohlfahrtsempfänger. Der Prolet Sp., welcher eine achtköpfige Familie zu ernähren hat, erhält säge und schreibe wöchentlich 12,50 Mark, wovon er Miete und alles übrige bezahlen soll. Dem Ausgesteuerten E. wurde jegliche Unterstützung abgelehnt. Die Bedürftigkeitsprüfung nahm der Tischlermeister Thiem, der bestimmt aus eigener Erfahrung die Notlage der Ausgesteuerten nicht kennt, vor. Nach langem Drängen wurde dem Arbeiter E. eine Unterstützung von 20 Mark monatlich bewilligt. Unter anderem wurde ihm gesagt, daß das Wohlfahrtsamt nicht dazu da wäre, junge Leute zu unterstützen.

Bei den Proleten spart man. Auf der anderen Seite wirft man Tausende und aber Tausende hinaus. Unserem früheren Anstreicher und jetzigen Regierungsrat Langer (SPDist) hat man von der Regierung ein Auto zu seinen Dienstfahrten zur Verfügung gestellt. Um sich aber an der Regierung Verdienste zu erwerben, reichte er den Antrag ein, selbst Chauffeur zu lernen, um — na, warum wohl?

Gewerkschaften vor dem SPD.-Karren

Wir veröffentlichen eine Arbeiterkorrespondenz aus Haynau, die aufzeigt, daß auch für die kommende Kommunalwahl die SPD. die Gewerkschaften vor ihren Karren zu spannen versucht. Arbeiter in allen Gewerkschaften, verhindert dieses. Eure Partei ist die Kommunistische Partei!

Im sozialdemokratischen Wahlverein können wir seit längerer Zeit einen zähen Kampf um die Aufstellung der Kandidaten zur Kommunalwahl feststellen. Hierbei trat so recht die elende Roßtäuscher-Manier dieser Helden ans Tageslicht. Gruppe Karl gegen Gruppe Walter, und dazwischen das Hallelujah der Kirchensozialisten. Im Kampfe um ihre Posten ein elender Kampf, aber im Kampfe gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft marschieren sie geeint. Da sich diese Postenjäger im Parteirahmen nicht einig wurden, versuchen sie es jetzt bei den Gewerkschaften. (!) Sie lassen jetzt

in den Gewerkschaften ihre Kandidaten vorschlagen.

Die Mitglieder, in dem Glauben, es handele sich um die Aufstellung einer Gewerkschaftsliste, schlugen natürlich auch Kommunisten und einen Unabhängigen (USPD.) vor. Dann aber entpuppten sich erst diese sozialdemokratischen Demagogen, indem sie erklärten, es dürften nur Sozialdemokraten vorgeschlagen werden. Wir fragen hiermit die Gewerkschaftsmitglieder, wo bleibt hier die von denselben Sozialdemokraten so oft gepriesene Parteineutralität der Freien Gewerkschaften? Erkennt, daß diese Sozialdemokraten kurz vor der Wahl

in den Gewerkschaften auf Stimmen- und Bauernfang ausgehen.

Gewerkschaftskollegen, rechnet am 17. November mit diesen heuchlerischen Demagogen ab und laßt euch nicht an den sozialdemokratischen Parteikarren ketten. Es gibt keine gewerkschaftliche Kandidatenliste, es gibt im Wahlkampf nur ein Rechts und ein Links; die rote gegen die schwarzweißrotgoldene Einheitsfront. Jeder Gewerkschaftler wählt am 17. November rot, die Liste der klassenbewußten Arbeiterschaft — Kommunisten.

Liegnitz

Ein Auto rast in einen Personenzug

Am Mittwochabend, gegen 22,30 Uhr, durchfuhr das Personenauto des Kaufmanns Hermann Müller von hier hinter Großbeckern die Schranke der Bahnstrecke Breslau—Liegnitz. Das Auto fuhr in den Packwagen des stark bremsenden Personenzugs 226, von Breslau kommend, wurde mitgeschleift und völlig zertrümmert. Müller verstarb bald an den erlittenen schweren Verletzungen. Der Zug konnte mit Verspätung seine Fahrt fortsetzen. Da der Bahnübergang gut beleuchtet ist, ist die Ursache des Unglücks noch ungeklärt.

Schwerer Sturz vom Balkon

In der Quasthoffschen Gärtnerei in Woldau stürzte das erst neu in den Dienst getretene 17jährige Dienstmädchen Springer beim Reinigen eines Teppichs von einem Balkon im ersten Stock ab. Das Mädchen blieb mit schweren inneren Verletzungen besinnungslos liegen und mußte ins Liegnitzer Krankenhaus übergeführt werden.

Die Rote Stadt

Kommunalpolitik in Sowjetrußland / Das neue Bild eines kollektiven Lebens

„Nun gut, sind wir Teufel," lachte der junge russische Arbeiter, der mir vom Kreml-Turm Moskau zeigte und, indem er beide Arme weit ausstreckte, als wollte er die ganze Stadt umfassen, stolz rief: „Alles gehört uns!"

Das ist es, was in sowjetrussischen Städten auf Schritt und Tritt immer wieder in Erscheinung tritt. Alles gehört ihnen, den russischen Arbeitern und Bauern. Wie vollständig hat sich das Straßenbild geändert. Die Staatstrusts, die Genossenschaftshäuser, die Kommunal- und Genossenschaftsbanken, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterklubs usw. Sie alle reden die Sprache einer neuen Gesellschaftsordnung, eines neuen Besitzers.

Ein grauenhaftes Erbe haben die sowjetrussischen Kommunalpolitiker aus dem Zarismus übernommen. Nur 41 Prozent der Städte waren mit Wasserwerken versehen, und auch diese kamen nur der bevorzugten Bevölkerung zugute. Nur zirka 38 Prozent der Städte hatten in den zentral gelegenen Straßen eine Kanalisation. In den Arbeitervierteln drang die Kloakenflüssigkeit in die Erde, und verpestete die ganze Gegend. Noch ist bekannt, welche Zustände unter dem Zarismus in dem früheren Petersburg, dem heutigen Leningrad, herrschten. Bei der Oktoberrevolution erbte die Arbeiterschaft in Leningrad eine 1858 (!) von einer privaten Gesellschaft errichtete Wasserleitung, die seinerzeit Brutstätte von Erregern für periodische Choleraepidemien war. Sofort ist die sowjetrussische Gemeindeverwaltung herangegangen und hat das Wasser koaguliert und chloriert, neue Linien wurden zu den Arbeitervierteln gelegt. Noch schlimmer stand es mit der Kanalisation. Es war nur eine alte, zum Teil verfaulte Holzkanalisation vorhanden, die erst nach und nach von der Leningrader Kommunalwirtschaft durch eine betonierte Kanalisation ersetzt wurde.

Die Arbeiterviertel unter „Väterchen" Zar.

Wie sahen die Straßen damals aus! Während in kleinen Bezirken die Bourgeoisie komfortable Häuser mit großen, hellen Wohnungen, Holzpflaster, elektrischer Beleuchtung der Straßen und Häuser existierten, hauste die Arbeiterschaft in schmutzigen, kleinen Häusern, mit qualmenden Petroleumlampen und mit vor Dreck starrenden unpassierbaren Straßen. Im Leningrader 1. Admiralitätsbezirk (Zentrum der Stadt) betrug beispielsweise die Sterblichkeit im Jahre 1913: 6,6 auf 1000 Einwohner. Dagegen in der Arbeitervorstadt im 3. Narwa-Bezirk kamen auf 1000 Einwohner 30,5 Tote. Wenn auch diese Unterschiede in Westeuropa, und besonders in Berlin, nicht in so ungeheurer Kraßheit vorhanden sind, so belehren doch die Sterblichkeitsstatistiken darüber, daß die Sterblichkeitsziffer in den Berliner proletarischen Vierteln eine bedeutend höhere ist, als in denen der Bourgeoisie.

Die Einfügung dieser abgelegenen und verwahrlosten Arbeitervierteln in den Bereich der Stadt und die Einrichtung sanitärer Schutzmaßnahmen war eine der ersten Arbeiten der Leningrader Kommunalwirtschaft. Schon heute zeigen in fast allen sowjetrussischen Städten die Arbeitervierteln durch ihre Ausgestaltung, daß hier die wahren Herren der Stadt sitzen — das Proletariat. Fast grotesk wirkt in Moskau das Nebeneinander der Ueberbleisel aus dem Zarismus in den Arbeitervierteln und die neuen Erscheinungen einer sozialistisch fortgeschrittenen Lebenstechnik. Neben alten, verfallenen Hütten ragen große, moderne Wohnblocks empor, mit elektrischem Licht, Warmwasser, Badeeinrichtungen, Fahrstuhl usw. Nichts kennzeichnet den grundsätzlichen Unterschied der sowjetrussischen Kommunalpolitik von der deutschen stärker, als die Tatsache, daß in diese neuen Wohnhäuser nur Betriebsarbeiter zunächst einziehen dürfen.

Der Fünfjahresplan der Städte

Nahezu 40 Prozent des städtischen Gesamtvermögens sind im Weltkrieg und dem darauffolgenden Bürgerkrieg verlorengegangen. Seine Wiederherstellung würde allein eine Milliarde Rubel erfordern. Keineswegs ist der Zustand der sowjetrussischen Städte ein annähernd befriedigender, aber man muß sehen, wie die Tendenz der Entwicklung geht. In den deutschen Städten, und besonders in Berlin, Leipzig usw., geht die Tendenz der kommunalpolitischen Arbeit auf andauernde Verschlechterung der Lage der werktätigen Bevölkerung, Abbau der Fürsorge, Verringerung der Wohlfahrtseinrichtungen, zunehmende Beeinflussung der kommunalen Einrichtungen durch christliche und reaktionäre Organisationen usw. In Sowjetrußland dagegen: Ununterbrochene Arbeit an der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, Einrichtung von „Häusern der Kultur" in Arbeitervierteln, Bau von umfangreichen Arbeiterklubs mit Theaterräumen, Kino, Radio usw. Säle für Zwecke der Leibeskultur, Bau von großen Prophylaktorien in Arbeitervierteln, Institute, die in erster Linie der Krankheit vorbeugende Aufgaben haben. Am klarsten zeigt sich die Tendenz der sowjetrussischen Kommunalpolitik in dem bereits in Angriff genommenen Fünfjahresplan der Kommunalwirtschaft. Im Laufe der nächsten fünf Jahre wird die russische Stadt ihr vorrevolutionäres Aeußere völlig ablegen. Die Wasserversorgung — um nur einige Zahlen zu nennen — wird von 19,9 auf den Kopf der Bevölkerung pro Tag auf 28,0 Kubikmeter bis zum Jahre 1932 steigen. Die Elektrizität von 20 Kilowattstunden auf 45 Kilowattstunden usw.

Das neue kollektive Leben

Der wesentlichste Ausdruck eines neuen sozialistischen Lebens, das heute schon dominierend in Erscheinung getreten ist, wird eine umfassende Kollektivisierung sein. 1 680 000 Personen sollen täglich von öffentlichen Großküchen bedient werden. Ungefähr das Dreifache von dem gegenwärtigen Zustand. Besonders wird die kollektive Ernährung sich auf die Mitglieder der Bau- und Wohnungsgenossenschaften erstreken. Hier werden wirklich die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Arbeiterin und die Hausfrau endlich von der Versklavung durch den Kochtopf zu befreien.

Die Konsumgenossenschaften werden 88 Prozent des gesamten Detailumsatzes ausmachen. Ebenso wird der vergesellschaftlichte Wohnungsbau, für den der Fünfjahresplan 2714 Millionen Rubel vorgesehen hat, 88,3 Prozent des gesamten Wohnungsbaues betragen. Kollektive Wäschereien, Gemeinschaftsküchen, Kinderheime in jedem Wohnblock, wie es sie zum Teil heute schon gibt, werden sich mehr und mehr dem Vorbild einer neuen sozialen Lebensweise nähern. In den Industriegebieten wird die Wohnfläche pro Kopf auf 7 bis 8 Quadratmeter erhöht werden.

Neue Architekturen werden allein durch ihre leuchtenden, lebhaften Farben der sowjetrussischen Stadt ein Gesicht geben, das in seinem Optimismus mit dem neuen Leben einer aufstrebenden Klasse übereinstimmen wird. „Vorwärts! Vorwärts!" heißt es für die sowjetrussischen Kommunalpolitiker, aber immer nur für die Interessen der arbeitenden Bevölkerungsschichten. „Es gibt nichts, was wir nicht erreichen könnten, wenn es gut und nützlich für unsere Arbeiterbevölkerung ist denn wir sind die Herren, und wir haben die Macht!", sagte mir ein Arbeiter in Moskau, der Mitglied der Abteilung für Kommunalwirtschaft war. Und man braucht nur allein in Moskau den großen „Park der Kultur", wie sie ihn nennen, zu sehen, wo täglich Tausende von Kindern auf vorbildlich eingerichteten Spielplätzen mit eigenen Kindertheatern, Kinos, Stadtküchen, Ruhehallen usw. unter Leitung eines fachmännisch geschulten Personals untergebracht werden, um zu wissen, daß dieser optimistische Glaube bereits Wirklichkeit geworden ist und weiter realisiert werden wird.

Während in den deutschen Großstädten, den Zentren eines bürgerlichen „Kulturstaates", die Kommunalpolitik unter Leitung der Sozialdemokratie immer weiter für die Verelendung der Arbeitermassen sorgt, — und sich nicht genug in Verleumdungen und Beschimpfungen gegenüber der positiven Aufbauarbeit in Sowjetrußland tun kann, geht bei unseren russischen Brüdern der Aufbau des Sozialismus auch bei den kommunalpolitischen Aufgaben mit Riesenschritten vorwärts.

So sieht die „Neutralität" der Gewerkschaftsbürokraten aus

Die Gewerkschaftsvorstände als Zutreiber für die SPD. bei den Kommunalwahlen

Die Liegnitzer SPD. hat an die Gewerkschaftsvorstände vor einigen Tagen die Aufforderung gerichtet, festzustellen, welche Kollegen nicht politisch organisiert sind. Gleichzeitig wurden die Gewerkschaftsvorstände ersucht,

sich mit den Karteikarten auf dem Parteibüro der SPD. einzufinden.

Begründet wurde diese unverschämte Zumutung mit den vor der Tür stehenden Kommunalwahlen. Die Angst der SPD.-Bonzen vor Verlust ihrer Futterkrippen in der Kommune und der starke Rückgang der Liegnitzer SPD. sind die Ursachen des Vorstoßes, der selten mit solcher Brutalität und Offenheit erfolgte wie diesmal. Bisher haben SPD.- und Gewerkschaftsbürokraten, die sich in die Hände arbeiten, immer noch in gewissen Grenzen den Schein gewahrt. Jetzt aber lassen sie die Masken fallen und behandeln die Gewerkschaftsvorstände als Kommis der SPD. Für die Klemme, in der sich die Zörgiebel-Partei befindet, spricht es, daß in dem Rundschreiben darauf hingewiesen wird, daß bei 10 000 Gewerkschaftsmitgliedern und 15 000 sozialdemokratischen Wählern nur 2600 Mitglieder der SPD. vorhanden sind, und man deshalb die Wahlpropaganda mit der Mitgliederwerbung verbinden müßte. Wieviel von den 2600 Mitgliedern Papiersoldaten sind, wurde in dem Schreiben vorsichtigerweise nicht verraten. Wir sind überzeugt, daß mehr als 50 Prozent vollkommen inaktiv sind und kaum ihre Beiträge bezahlen.

Es ließ sich bisher noch nicht feststellen, in welchem Umfange die Gewerkschaftsführer den SPD.-Befehlen nachgekommen sind. Die Bonzen im Deutschen Lederarbeiterverband, Zahlstelle Liegnitz, haben als willige Unteroffiziere es sehr eilig gehabt, der SPD.-Order zu parieren. Sie ließen das erwähnte Schreiben der SPD. sogar im Betrieb zirkulieren, und auch in der Mitgliederversammlung wurde es verlesen, wobei der Leiter der Versammlung noch hinzusetzte, daß es Pflicht der Kollegen sei, der SPD. als Mitglied anzugehören. (!) In dieser Versammlung war sogar ein Vertreter des Hauptvorstandes anwesend, ebenso ein Vertreter der Gauleitung. Als ein Kollege der Opposition gegen die offene Mitgliederwerbung für die SPD. und die Verletzung der angeblichen Neutralität protestierte und das Gebaren des Vorstandes anprangerte, erwiderte der Vertreter der Gauleitung mit echter SPD.-Demagogie, daß ja die KPD. auch das Schreiben an die Gewerkschaften richten könnte. (!) Das ist der Gipfel der Unverschämtheit, denn wie würden die Gewerkschaftsbürokraten über kommunistische Einmischung und Anmaßung zetern, wenn die KPD. an die Gewerkschaften ein derartiges Schreiben richten würde. Es wird zu empfehlen sein, daß die Genossen, soweit sie im Lederarbeiterverband organisiert sind, die Probe aufs Exempel machen, um einmal zu sehen, welche faule Ausrede die Gewerkschaftsbürokraten dann ersinnen würden, wenn von ihnen verlangt wird, Schreiben der KPD. zur Verlesung zu bringen. Doch um für die Panzerkreuzerpartei zu werben, ist den Gewerkschaftsbürokraten jedes Mittel recht. Die SPD. in Liegnitz hat sich zum Ziel gesetzt, 400 neue Mitglieder zu werben. Wir werden dafür sorgen, daß ihnen die Proletarier gründlich die Agitationssuppe versalzen. Heraus aus der Partei des Arbeitermordes und des Arbeiterverrates! Hinein in die Kommunistische Partei! Alle Stimmen bei der Kommunalwahl für die KPD., keine Stimme den korrumpierten Futterkrippensozialisten, keine Stimme der Partei, die durch Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung Hunderttausende Erwerbslose dem Hungertode preisgibt. Das wird in Betrieb und Gewerkschaft unsere Antwort auf den unverschämten Vorstoß der SPD.- und Gewerkschaftsführer sein.

Zwei Jahre Zuchthaus für einen SPD.-Beamten

70 000 Mark Kriegsbeschädigtenrenten unterschlagen

Vor einigen Tagen wurde ein Beamter des Landratsamtes in Kreuznach, der SPD.-Mann Moritz, zu zwei Jahren Zuchthaus, 4000 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Dieser SPD.-Beamte hat in der Hauptsache Kriegsbeschädigte um ihre Unterstützung gebracht, und zwar um ihre Zusatzrenten, die nur den am stärksten in Not geratenen Kriegsbeschädigten zuerkannt werden. Die Unterschlagungen belaufen sich auf zirka 70 000 Mark und sind bis zum Jahre 1924 nachgewiesen worden. Es besteht aber die Möglichkeit, daß Moritz auch noch vor dieser Zeit Unterschlagungen begangen hat. Gleichzeitig hat der Staatsanwalt Anklage erhoben gegen die beiden Mitarbeiter des Moritz, einen gewissen Bamberger und Gebhard, die ebenfalls zwei eingeschriebene Mitglieder der Kreuznacher SPD. sind.

Die Unterschlagungen gingen folgendermaßen vor sich. Moritz hatte die Abteilung der Kriegsrentner unter sich. Er beantragte für diese Opfer des Krieges die Zusatzrenten, und da bis zur Genehmigung solcher Anträge meist fünf bis sechs Monate verstrichen, zahlte er diesen Opfern des Krieges das Geld erst aus, wenn die Genehmigung erteilt war, und behielt die Nachzahlung für sich selbst bzw. für seine SPD.-Kumpane. Aber damit erschöpften sich nicht die Betrügereien des Moritz. Eine Reihe von Kriegsbeschädigten, die sich in besonders schlechter wirtschaftlicher Lage befand, stellte Anträge auf Darlehen in Höhe von 1800 und 2000 Mark. Diese Darlehen, soweit sie genehmigt wurden, zahlte Moritz einfach nicht aus, sondern log den Wartenden vor, der Antrag sei nicht genehmigt und steckte sich das Geld ein.

Moritz hat mit diesem von ihm unterschlagenen Geld einen verschwenderischen Lebenswandel geführt. Er war, während er die Aermsten auf Grund seiner Stellung bestahl,

der Wohltäter mehrerer Geliebten,

und einer dieser Geliebten hatte er in der Nähe von Kreuznach ein Haus gemietet, für das er allein monatlich 300 Mark zu zahlen hatte. Sein Gehalt betrug monatlich 400 Mark, jedoch wußte er, seine großen Ausgaben — Moritz hatte auch noch für seine legitime Frau und seine Kinder aufzukommen — durch seine Gaunereien und Verbrechen an den Kriegsbeschädigten zu decken.

Während des Prozesses war eine Reihe von Schutzzeugen für Moritz aufgetreten, hauptsächlich der Vorsteher des Ortes Dörrenbach, wo Moritz das Haus für seine Geliebte gemietet hatte. Aus der Verhandlung ergab sich, warum diese Zeugen dem Moritz beisprangen. Hatte doch Moritz durch Schiebung die Wahl des Vorstehers in Dörrenbach zuwege gebracht, in dem er bei der Wahl für alle Einwohner des kleinen Oertchens

Gratisbier stiftete,

wenn sie den Betreffenden zum Vorsteher wählen würden.

Weiter ergab der Prozeß, daß nicht nur Moritz der alleinige Nutznießer des Raubes an den Kriegsrentnern gewesen ist, sondern daß auch, wie wir bereits eingangs ausführten,

die SPD.-Größen Gebhard und Bamberger ihm bei seinen Betrügereien assistiert und von dem Ertrag dieser Betrügereien profitiert haben.

Die Schuld der Bamberger und Gebhard wird aber erst in einem neuen Prozeß aufgerollt werden. Vorläufig stehen beide nur unter Anklage.

Für die Kreuznacher SPD. ist dieser Vorfall und diese tollen Durchstechereien, die sämtlich von SPD.-Beamten begangen worden sind, eine Katastrophe. Die Arbeiterschaft wird aus diesen Vorfällen, die sich immer mehr häufen, die einzig richtige Lehre ziehen, daß die Korruptionsfälle nur die Folge der Koalitionspolitik, der Verfippung mit dem kapitalistischen Staat und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist, und daß die Arbeiterschaft am 17. November bei den Kommunalwahlen, denen, die so schnell wie möglich an die Futterkrippen durch die Koalitionspolitik gelangen wollen, endgültig das Handwerk legen muß.

Eine mysteriöse Selbstbezichtigung

Einer, der das Attentat auf den Reichstag verübt haben will!

Tu. Berlin, 6. September. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Frankfurt a. M. soll sich am Donnerstagabend bei der dortigen Staatsanwaltschaft ein 30 Jahre alter Kaufmann Josef Hett gemeldet und angegeben haben, daß er es sei, der das Bombenattentat auf den Reichstag in Berlin verübt habe. Er soll erklärt haben, er habe den Anschlag aus politischen Gründen verübt.

Tonfilm in der Sowjetunion

Pudowkin, der Regisseur der Filme „Die Mutter“ und „Sturm über Asien“, arbeitet jetzt an den Aufnahmen für den ersten künstlerischen Sowjettonfilm „Es lebt sich gut“, in dem eine Episode aus dem Bürgerkriege dargestellt wird. Die Aufnahmen von Bild und Ton werden getrennt vorgenommen. Durch die getrennte Montage des klanglichen und des stummen Filmtextes sucht Regisseur Pudowkin gleichsam einen neuen Kontrapunkt zu finden, der den Tonfilm zu einer künstlerischen Leistung gestalten könnte.

Die Filmgesellschaft „Meschrabpom“ hat daneben auch einen Tonkulturfilm in Aussicht genommen. Mit dem Film, der unter der Leitung von Professor Wetschajew gedreht wird, soll der Versuch gemacht werden, den Kulturfilm in den Dienst der Liquidierung des Analphabetentums zu stellen und die Filmaufführung zu einem Lehrmittel zu gestalten.

Zum Jahrestage der Oktoberrevolution bereitet die Gesellschaft „Meschrabpom“ mehrere Tonfilme vor.

Dieser Tage hat die Gesellschaft versuchsweise Bilder aus dem Moskauer Straßenleben für den Tonfilm gedreht. Der Film ist in Moskau bereits mehrmals gezeigt worden und hat überall großen Beifall gefunden.

Sämtliche Aufgaben werden mit einem vom Sowjetingenieur Tager gebauten Apparat gedreht.

In der nächsten Zeit wird eine neue Erfindung des Ingenieurs Tager — „Tagephon SGK. 6“ herausgebracht. Es handelt sich um einen Hilfsapparat für die Aufnahme von Tonfilmen, der dem üblichen Aufnahmeapparat „Debri-Parvo“ angeschlossen wird. Der neue Apparat beruht auf dem gleichen Grundsatz wie der Hauptapparat; die Einfachheit seiner Konstruktion macht ihn für die Aufnahme von Naturfilmen, Filmchroniken und Kulturfilmen besonders geeignet.

Zur Verhaftung Pletschkaitis

schreibt der Kommunistische Pressedienst: Der bekannte sozialfaschistische Agent Pletschkaitis in Litauen wurde in der Nähe von Eydtkuhnen von deutschen Gendarmen verhaftet, nachdem er mit fünf Genossen schwerbewaffnet die polnisch-deutsche Grenze überschritten hatte. Die litauische Sozialdemokratie, die ihren Frieden mit dem litauischen Faschismus machte, hat seinerzeit Pletschkaitis ausgeschlossen, weil er im Kampf gegen den litauischen sich auf den polnischen Faschismus stützte und mit dessen Hilfe den bekannten Putsch von Tauroggen unternahm. Pletschkaitis ging dann nach Polen und hat dort als treuer Diener Pilsudskys von Wilna aus andauernd Vorstöße zur Eroberung Litauens für den polnischen Imperialismus im Interesse der Stärkung der Antisowjetfront unternommen.

Der Gegensatz zwischen den offiziellen litauischen Sozialdemokraten und Pletschkaitis, der seinerseits von der polnischen Sozialdemokratie unterstützt wird, ist also nur die Wiederspiegelung des Gegensatzes zwischen dem litauischen und polnischen Faschismus, wobei sich die Sozialdemokraten beider Länder mit ihren eigenen Faschisten verbünden (die litauischen Volkssozialisten haben dieser Tage sogar ein formelles Bündnis mit Woldemaras abgeschlossen). Die deutsche Regierung hat Pletschkaitis, der mit polnischen Waffen und polnischem Gelde über die Grenze kam, verhaftet, weil sie an den antilitauischen Aktionen Pilsudskys kein Interesse hat und aus treuer Anhänglichkeit an die deutsche Bourgeoisie nimmt der „Vorwärts“ den Standpunkt seiner litauischen Genossen ein und lehnt jede Gemeinschaft mit Woldemaras ab. Sie alle aber dienen treu ihren Bourgeoisien, der imperialistischen Rüstung gegen die Sowjetunion.

Mißglückter Raubüberfall im D-Zug

Köln, 6. September. Gestern abend wurde der Reisende Hermann Koenitzer im D-Zug Köln—Aachen, zwischen Buir und Düren, überfallen. Ein junger Mann bedrohte ihn kurz vor der Station Buir im Abteil 2. Klasse mit einem Revolver und suchte von ihm Geld zu erhalten. Da der Reisende heftigen Widerstand leistete, wurde die Absicht der Verbrechers vereitelt. Er sprang aus dem fahrenden Zuge und entwich in den nahen Wald. Die Verfolgung des Täters wurde vom Reichsbahnüberwachungsdienst mit fünf Polizeihunden sofort aufgenommen und von Gendarmerie und Ortspolizei unterstützt. Die ganze Nacht hindurch wurde der angrenzende Wald durchsucht, bisher ohne Ergebnis.

Ein Häftling bestiehlt den Untersuchungsrichter

TU. Prag, 6. September. Gestern mittag mußte der Untersuchungsrichter in der Pankratzer Strafanstalt bei Prag bemerken, daß ihm, obgleich er das Zimmer nicht verlassen hatte, sein Rock mit der Geldtasche und die Aktentasche fehlten. Wie sich später herausstellte, hatte ein Pankratzer Häftling, den er verhört hatte, die Gegenstände mitgenommen.

Bären in der Gegend von Sakopane

TU. Warschau, 6. September. Wie aus Sakopane berichtet wird, haben sich in den Wäldern der dortigen Gegend in der letzten Zeit außerordentlich viele Bären gezeigt. Die Bären wandern aus dem Gebirge zu Tal, was von der Bevölkerung als Anzeichen für einen frühen und strengen Winter gedeutet wird.

Große Wolkenbrüche über ganz Griechenland. — TU. Athen, 6. September. Ueber ganz Griechenland gehen Wolkenbrüche von riesigen Ausmaßen nieder, die die schwersten Schäden an Kulturen und große Ueberschwemmungen anrichteten. Athen ist in ein zweites Venedig verwandelt. Der Verkehr im Zentrum der Stadt ist für längere Zeit lahmgelegt worden. Am meisten hat durch die großen Wasserschäden das Flüchtlingslager gelitten. Der Sachschaden ist überall außerordentlich groß.

AIC
WUWA
Sonntag, den 8. September 1929
16 Uhr Terrassengaststätte: Großes Militärkonzert
16 Uhr **Kinderfest** im Kinderbezirk der „Wuwa“ bei den Sondergärten
Wettrennen, Tauziehen, Kletterbäume u. a. mit Preisverteilung an die Gewinner. Reigenspiele, Handpuppenspiele.
17 Uhr Jahrhunderthalle:
Großes Chorkonzert des Breslauer Volkschors mit Orgelbegleitung
17 Uhr Naturtheater: Schargesänge, Volkstänze, Wandermusik und das Laienspiel „Jahrmarktsrummel“, ausgeführt vom Jugendbund G.d.A.
21 Uhr **Gr. Prachtfeuerwerk**
Eintrittspreise: Erwachsene 0.60, Kinder RM. 0.30
Keine Ermäßigung nach 19 Uhr.
Besondere Eintrittspreise zum Chorkonzert:
Erwachsene 0.50 RM. Kinder 0.20 RM.

Ein gewaltiges
Extra-Angebot
ca. 1500
enorm billige
hochwertige u. strapazierfähige Herren- und Burschen-
Hosen
haben wir
Freitag und Sonnabend zum Verkauf gestellt
*
Herren-Arbeitshosen Zwirn u. Buckskin, aus guten, festen strapazierfähigen Qualitäten, einfarbig u. gestreift 4.75, 3.95 **1.95**
Herren-Streifenhosen aus Ia Satin- und Kammgarnqualitäten in vielen schönen Streifen, gute Verarbeitung, in allen Größen 9.75, 7.90 **5.90**
Herren-Anzughosen aus guten tragfähigen, englisch gemusterten Noppen- und Kammgarnstoffen, z. T. mit Rundbund und Umschlag gearbeitet, viele moderne Muster, auch Burschen-Größen 11.50, 8.90 **6.90**
Herren-Manchesterhosen eisenfest, lang und Sportform a. starker, gezwirnt. Ware, braun, grau, und oliv, alle Größen vorrätig 10.75 **8.95**
Herren-Breechershosen aus haltbar. Kord und engl. gemust. Noppenstoffen mit doppelt. Gesäß in guter Verarbeitung . . . 9.75, 7.90, 6.90 **4.95**
Herren-Knickerbockerhosen in den neuesten und modernsten englisch gemusterten Stoffen in guter Ausführung u. tadell. Sitz, 9.50, 7.90 **6.95**
Knaben-Leibchenhosen a. praktisch., fest. Nopp.- u. Buckskinstoffen mit fest. Stoffleibchen für 2—9 Jahre . . für 2 Jahre **1.45** Steigerung 25 Pf.
Knaben-Kniehosen aus haltbar. strapazierfähigem Noppen, Manchester, Velveton u. blauem Tuch sowie Cheviotstoffen, für 7—14 Jahre, für 7 Jahre 5.75, 3,95 **2.95**
4150
Messow Waldschmidt

Landskron-Bier
IMMER EIN GENUSS

Nach kurzem, schweren Leiden entschlief sanft Donnerstag nachmittags 4¾ Uhr meine liebe Frau, meine gute Mutter, unsere Tochter, Schwiegertochter und Schwester, Schwägerin, Nichte und Tante
Martha Klemt geb. Wecke
im blühenden Alter von 36 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt an
im Namen der Hinterbliebenen
Max Klemt
Görlitz, Stadtziegelei, d. 6. 9. 29
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt.

Ziegenhals 7

Arbeiter kauft eure
Kolonialwaren, Konfitüren
Spirituosen u. Zigarren bei
Paul Feige
Gottesberg, Grüssauerstr. 4
und Filiale
Friedland, Schweidnitzer Straße 18

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Bestellgeschäft
Friedrich Reimann
Schweidnitz, Hohstrasse 13

Otto Langner
empfiehlt seine
Biergroßhandlung u.
Mineralwasserfabrik
Schweidnitz, Karlstr. 2

Kolonialwaren — Südfrüchte
Konserven — Weine
Georg Heimann
Schweidnitz, Markt 15

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Max Frubrich, Schweidnitz
Reichenbacher Straße 5

Fahrräder und Nähmaschinen
Sprechapparate, Schallplatten
Automobil-Zentrale
Tel. 110 OHLAU, Ring 14
Adalbert Ettel

Motorräder
Fahrräder
Nähmaschinen
Reparatur-Werkstatt
Max Fredrick, Jauer

Am vorteilhaftesten
kaufen Sie
Lebensmittel
bei
Herm. Wittwer
Gottesberg, Schützenstraße 47

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Hoffmann
Gottesberg, Grüssauer Straße 47
und
Landeshuter- Ecke Marktstraße

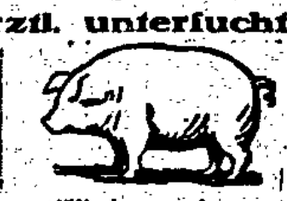
Damen- und Herrensalon
empfiehlt sich zu allen
Festlichkeiten
H. Oeller, Gottesberg
Ring 11

Möbel
Schlafzimmer — Speisezimmer
Herrenzimmer — Mod. Küchen
Einzelne Möbel
reell und preiswert
G. Thiemt, Inh. Fr. Franke
Gottesberg, Fürstensteiner Str. 19

Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Arbeitergarderobe
Helene Siebert, Petersdorf Rsgb. 225

Hirschberg im Riesengebirge
Geöffnet ist Sonntag, den 8. Sept., die Hirsch-Apotheke, Bahnhofstraße 17.
Diese versieht bis Sonnabend, den 14. September, früh, den Nachtdienst.

Sonntag, den 8. Sept.
Die Personendampfer nach Wilhelmshafen und zurück verkehren Ohlauufer, früh 7 Uhr, alle 20 Min. nach Lanisch, (Steine), Margareth alle Stunden
Telephon 55174 **Rudolf Kattein**

Gesunde, tierärztl. untersuchte
Absatz-Ferkel

der berühmten schweren westfälisch. sow. hannoverschen Rasse, seuchenfrei, langgestreckt m. Schlappohren, die besten zur Zucht und Mast. Liefere hiervon jeden Posten reell unter Nachnahme. Offeriere freibleibend:
6— 8wöch. 23—26 Mk.; 8 —10wöch. 26—34 Mk.
10—12wöch. 34—40 Mk.; 12—15wöch. 40—46 Mk.
Größere nach Gewicht billigst. Garantie für prima Tiere, beste Fresser sowie völlig gesunde Ankunft noch 8 Tage nach Empfang; es kommen nur allerbeste, direkt vom Züchter stammende Tiere zum Versand, daher widerstandsfähig. Verpackung wird berechnet, aber auch zurückgen. Langjähr. Fachkenntnisse.
Für die Reellität bürgt meine Besitzung
Heinrich Klesener, Ferkelversand
Schloß Holte (Westf.) Telephon 22

Inserate
haben in unserer Zeitung
besten Erfolg

Trinkt Milch
von der Gottesberger Molkerei
G. Müller
Gottesberg
Schützenstraße 8

Hausfrauen
kauft eure
Kolonialwaren
Lebensmittel
bei
Paul Jeenel
Gleiwitz
Peter-Paul-Platz 1
Blaue
Rabattmarken

Kanin-, Zickel-
und alle anderen
Felle
verwertet man am vorteilhaftesten in gemeinnütziger Selbsthilfeorganisation
Anlieferung am Ort persönlich von auswärts Post- oder Bahnzuzusendung erbeten an:
Hauptfellsammelstelle f. Schlesien
Erdmann Förster
Freiburg, Schles., Packhofgasse

Nizza-Drogerie
Paul Gloge, Sagan
Farben Verbandsstoffe Seifen

Weinberg, Brieg
Verkehrslokal sämtl. Arbeiter!

Paul Scholz & Co.
Gleiwitz, Ring 15
Damen- u. Kinderkonfektion
Manufakturwaren, Wäsche

Maßschneiderei
Oskar Hammer, Inh. S. Landsberger
Gleiwitz, Turmstraße 9
empfiehlt beste Anfertigung, unter Garantie für Sitz. Teilzig. gestatt.

Schlesischer Schnellkasten

Nachdem die Katholiken mit sozialdemokratischer Hilfe das Konkordat geschluckt haben, wittern auch die Evangelischen Morgenluft. So hat sich jetzt in Schmolz ein „Evangelischer Ausschuß für die Kommunalwahlen im Landkreise Breslau" gebildet, dessen Bestreben darauf gerichtet ist, bei den Gemeindewahlen recht viel evangelische Kandidaten durchzukriegen. Dieser Ausschuß hat zunächst einmal an die staatserhaltenden Parteien, darunter natürlich auch die Sozialdemokraten, ein arrogantes Schreibebrieflein gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß der „evangelische Volksteil" bei der künftigen Verteilung von kommunalen Pfründen noch mehr als bisher berücksichtigt zu werden wünscht. Nun tun ja zwar die Sozialdemokraten zunächst so, als ob sie das Ultimatum der Schmolzer Protestanten nicht beachten würden. Aber das ist natürlich nur eine schöne Geste. Und gewissermaßen entschuldigend und sich in Empfehlung haltend, bringt man zum Ausdruck, daß die „Religion ja Privatsache" sei. Der „evangelische Volksteil" mit dem Sitz in Schmolz, kann sich auf die Sozialdemokraten verlassen. Sind diese doch mit Wilhelms Opapa der Meinung, daß dem Volke die Religion erhalten werden muß. Bekanntlich hat ja die Breslauer sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion dafür gesorgt, daß in den Schulen die Anzahl der Religionsstunden vermehrt wird. Der „Evangelische Ausschuß für die Kommunalwahlen" wird erst komplett sein, nachdem die Sozialdemokraten Herrn Kranold oder Herrn Darf hineindelegiert haben. Was der „freie Denker" Pietsch dazu sagen würde? Na ja, in der Stunde der Not läßt ein konkordatssozialistischer „Freidenker" die Religion nicht im Stich, das war immer so.

*

Unsere „Wuwa" wird nun bald nicht mehr sein. Drei Wochen hat sie nur noch zu leben. Und da finden sich, sozusagen am Rande des Grabes, verantwortungslose Leute, die sich nicht scheuen, eine Sterbende zu lästern. In einem großen westdeutschen Blatt, der „Kölnischen Zeitung", hat vor kurzem ein Dr. With die Brüneicher Musterbauten so madig gemacht, daß unser darob empörtes Stadtoberhaupt Dr. Wagner nicht umhin konnte, bei der Begrüßung der Architekten, die vorige Woche hier eine Tagung abhielten, die Ruchlosigkeit des Kölner Anti-Wuwaisten gehörig zu brandmarken. Nur gut, daß man andererseits als Plus die Besprechung des Pariser sozialdemokratischen „Populaire" buchen kann. War sie auch von Sachkenntnis nicht getrübt, wird man trotzdem nicht unterlassen, sie der Stadtverordnetenversammlung als Zuckerpille zu präsentieren, wenn die Pleite erst mal aufgerollt wird. — Ehe diese Mißgeburt da draußen hinter der Jahrhunderthalle das Zeitliche segnet, versucht sie noch einmal, sich durch allerlei Mätzchen interessant zu machen. Neuerdings gibt es da eine Wuwa-Gymnastik-Woche. Niemand wird leugnen wollen, daß diese Veranstaltung in den Rahmen der Ausstellung paßt; denn wer sich einmal die Häuserchen mit den schmalen Treppen, engen Korridoren und den Puppenstuben angesehen hat, dem dürfte klargeworden sein, daß nur ein durch Gymnastik gelenkig gemachter Mensch Aussicht hat, sich durch diese Liliput-Behausungen hindurchzuwinden.

*

Dem republikanischen Empfinden der Eckstein'schen Wehrprogramm-„Sozialisten" ist wieder einmal ein harter Schlag versetzt worden. Das Breslauer Schöffengericht hat einen Reichswehrunteroffizier, der die Rekruten mit Vorliebe auf dem Bauche durch Jauchepfützen rutschen ließ, und der sie zwang, den Kopf in Mistlaken zu tunken, und Pferdekot mit der Nase wegzuwischen, zu ganzen sechs Wochen Arrest verurteilt. Naiv meint die „Volkswacht", daß ein solches Urteil doch gar zu sehr dem „Geist der Republik" widerspreche. Und sie fordert, daß deswegen der Wehrminister beim Wehretat sich äußern solle. Selbst wenn Herr Groener das tut, wird sich an den Zuständen in der Reichswehr nichts ändern. Dort herrscht eben der alte Preußengeist; denn daß der vom Schöffengericht so mild angefaßte Rekrutenschinder keine Ausnahme darstellt, geht ja doch wohl daraus hervor, daß ihn sein Rittmeister vor Gericht einen „hervorragenden Soldaten" nannte. Ja, die „Republikanisierung" der Wehrmacht marschiert. Und darum werden die Sozialdemokraten auch weiterhin diesem System jeden Mann und jeden Groschen bewilligen, den Herr Groener verlangt.

*

Wenn die Berliner Blätter ihre Witzecken füllen wollen, dann werfen sie nur einen kurzen Blick in Breslauer Zeitungen, und sehen haben sie, was sie brauchen. So zitiert das „Tagebuch" folgende Glanzleistung von Erkenntnis eines „Generaler"-Redakteurs:

„Stets dünken uns diese Japaner ein rätselhaftes Volk. Unheimlich ist uns ihre ewig lächelnde Maske. Wer kann sich rühmen, je ihre Seele nackt und bloß, in ihrer wahren Menschengestalt gesehen zu haben?"

Na, für den findigen Anastasia-Kriminalisten Hans Stapf dürfte es doch ein Leichtes sein, hinter die ewig lächelnde Maske der Japanerseele zu gucken, das gäbe doch gerade jetzt, wo mit Vielauf der Leserschaft nicht mehr zu imponieren ist, einen spannenden Kriminalartikel.

Der Berliner „Montag-Morgen" hat aus der „Schlesischen Zeitung" folgendes Inserat ausgegraben:

„Jagdgelegenheit bei Breslau.
Rittergutsbesitzer bietet guten Rebhühner-Abschuß, dicht bei Breslau, wenn als Gegenleistung 20jähriger Tochter Tanzgelegenheit in vornehmem Kreise in Breslau geboten wird."

Man sieht, dieser olle Junker ist wieder auf die primitive Form des Güteraustausches zurückgekommen: Tanzgelegenheit gegen Jagdgelegenheit. Dabei ist natürlich auch die Tanzgelegenheit eine Jagdgelegenheit. Wer der Tochter des Agrariers Gelegenheit bietet, in „vornehmem Kreise" einen Mann zu jagen, der darf auf dem Rittergut des Papas als Entgelt Rebhühner schießen. Weidmanns-Heil!

*

Man glaubt gar nicht, was für berühmte Leute unsere Heimatprovinz aufweist. In Hirschberg lebt still und bescheiden, wie die Zeitungen verkünden, ein Justizrat Ablaß, dem dieser Tage von einem Major Kline als Ehrengabe der goldene Schlüssel der Stadt Pittsburg in Pennsylvanien überreicht worden ist. Man weiß zwar nicht warum, aber es wird ausdrücklich betont, daß diese höchste Auszeichnung nur in ganz seltenen Fällen an ausländische prominente Persönlichkeiten verliehen wird. Anscheinend ist der Hirschberger Justizrat noch prominenter als unser Nationalluftkutscher Eckener, der die Auszeichnung der Stadt Pittsburg unseres Wissens noch nicht am Schlüsselbund baumeln hat.

muscha.

Arbeitersport-Vorschau

Länderspiel Oesterreich—Deutschland

Einer Zuschrift über die Zusammensetzung und Qualitäten der deutschen Elf am morgigen Länderspiel entnehmen wir: Die deutsche Bundesfußballeitung hat sich die Erfahrungen der Länderspiele gegen England zugute gemacht. Auch die vielen Fußballspiele des Bundesfestes in Nürnberg haben zu der Entdeckung vieler länderspielreifen Spieler geführt. Die Mitwirkung von vier Thüringer Spielern ist z. B. auf das gute Abschneiden der Thüringer Kreismannschaft gegen die Länderelf England in Gera zurückzuführen, wo die Thüringer die Engländer mit 8:1 in Grund und Boden spielten. Die aufgestellten Thüringer Spieler wirkten damals mit und waren die überragenden Kräfte in diesem Treffen. Die deutsche Mannschaft soll in der nachstehenden Aufstellung spielen:

Krause
(Oetzsch b. Leipzig)
Fietsch — Crezelius
(Gera-Pforten) — (VfL. Südost-Leipzig)
Müller — Fichtler — Begale
(Sachsen-Chemnitz) — (Gera-Pforten) — (Gera-Untermhaus)
Hirsigk — Weise — Fritsch G. — Winzer — Behne
(Döbern) — (Leipzig-Plagw.) — (Weiden) — (Ilmenau) — (Burg b. Mgdbg.)

Ersatz: Kossack (Cottbus 93).

Die österreichische Elf ist wie folgt zusammengesetzt:

Haberhauer — Zawadil — Kirchner — Netroval — Hochreiter
(Straßenbahn) — (Feuerwehr) — (Donau) — (Dornbach) — (Wilhelmsburg)
Blankenbichler — Briza — Flory
(Postgewerkschaft) — (Zentralverein) — (Postgewerkschaft)
Patzak — Ravnihar
(St. Veit) — (Wiener-Neustadt)
Moche
(Feuerwehr)

Ersatz: Benisch (Ternitz), Gräßl (Feuerwehr).

Als Schiedsrichter des Spiels ist der Deutschtschecheche Franz Repa aus Zuckmantel bei Teplitz-Schönau verpflichtet worden.

Fußballsparte

Hauptspielausschuß. Am Sonntag, dem 8. September und Sonnabend, den 7. September, besteht für den gesamten ersten Bezirk anläßlich des Länderspieles strikes Spielverbot. Sämtliche Vereine, die Spiele nach auswärts abgeschlossen haben, sind an diesen Daten gesperrt. Sämtliche gemeldeten Ordner zum Länderspiel versammeln sich am Sonntag, dem 8. September, um 13 Uhr im Stadion an der Männerauskleidehalle. Meldung bei Genossen Walde.

Handball

Bezirksspielausschuß. Am Sonntag, dem 8. September, besteht für den ganzen Tag Spielverbot. Die angesetzten Spiele fallen aus. Die Spieler der Auswahlmannschaften zum Spiel vor dem Länderspiel treffen sich um 13 Uhr vor dem Haupteingang des Stadions. Schwarze Hose ist mitzubringen. Als Schiedsrichter fungiert Genosse Sänger, Torrichter sind die Genossen Feist, Neukirch, und Klinkert, Mochbern, Abseitsrichter die Genossen Reichert, 1897, und Zahn, Neukirch.

Bezirkskassierer. Es wird noch einmal daran erinnert, daß die Abrechnung der Vorverkaufskarten zum Länderspiel am Sonnabend, dem 7. September, ab 20 Uhr im Restaurant des Gewerkschaftshauses stattfindet.

Gruppenspielausschuß. Die Spieler der Jugendauswahlmannschaften treffen sich am Sonntag, dem 8. September, um 13,45 Uhr im Stadion an der Männerauskleidehalle. Die Vereinsleitungen haben für Pünktlichkeit zu sorgen.

Schiedsrichterausschuß. Die angesetzten Linienrichter zum Länderspiel treffen sich am Sonntag um 13,45 Uhr an der Männerauskleidehalle Stadion. Weiße Hose mitbringen!

Spielleute des 1. Bezirks. Alle Koberwitz-Fahrer treffen sich in Bundeskleidung am Sonntag, dem 8. September, früh 7,45 Uhr am Westeingang des Hauptbahnhofes. Abfahrt 8,05 Uhr.

Gruppenspielausschuß. Zu dem Jugendauswahlspiel stellt Union für die A-Jugend zwei Ersatzspieler, für die B-Jugend stellt Wratislavia zwei Ersatzleute. Die Aufstellung der Mannschaften erscheint Sonnabend in der Sonderbeilage. Weiße Hosen sind mitzubringen. Schiedsrichter ist Genosse Serinek (Sil.-Kickers).

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Sonntag, den 8. September, Gebirgstour nach dem Dreiwasserthal (Waldenburg). Treffpunkt 4,30 Uhr früh am Freiburger Bahnhof; nachmittags nach Pirscham—Ottwitz. Start 13 Uhr am Gewerkschaftshaus. Jugendabteilung: Alles beteiligt sich an der Gebirgstour. Motorradfahrerabteilung: Sonntag, den 8. September, nach Fürstenstein. Start 8 Uhr früh bei Klante, Hochstraße 7.

Rundfunk-Programm

Sonntag, 8. Sept. 8.45: Glockengeläut der Christuskirche. ● 9: Morgenkonzert. Mechanische Musik. ● 11: Katholische Morgenfeier. Ansprache: Pfarrer Dr. Metzger-Tschansch. Mitw.: Kleiner Chor des Cäcilien-Vereins „Allerheiligen". Hanne Hänel liest eigene religiöse Dichtung. ● 12: Aus Oppeln: Eröffnung der Kunstausstellung in Oppeln. Ansprachen von Behördenvertretern. Mitw.: Mitglieder des Oppelner Musikvereins. ● 14: Rätsel. ● 14.10: Tierzuchtinspektor Schoetzau: Die Abteilung Schweine auf der diesjährigen D.L.G.-Ausstellung München. ● 14.35: Schach. ● 15: Barcelona: Mit dem Mikro beim Stierkampf, Sprecher: Dr. Laven. ● 15.45: Handwerk und Wirtschaft. Ein Zwiegespräch: Syndikus Baronek, Obermeister Sobotta. ● 16: Stadion Breslau: Arbeiter-Fußball-Länderkampf Deutschland gegen Oesterreich. Sprecher: Dr. Wenzel. ● 17.10: Unterhaltungskonzert. Lösche's Mandolinen- und Gitarren-Quintett. ● 18: Kinderstunde. Friedr. Reinicke erzählt unheimlich drollige Geschichten. ● 18.30: Heiters Klavierstücke aus alter und neuer Zeit. Ausf.: Josef Wagner. ● 19.35: Wetter für die Landwirtschaft. ● 19.35: Dr. Mahrholz: Der Pietismus als Jugendbewegung. ● 20: Berlin: Tänzerische Suite für Jazzband und großes Orchester von Ed. Künnele. (Uraufführung.) Berliner Funkorchester und Kapelle Dalos Bela. Leitung: Der Komponist. ● 20.30: Zur Unterhaltung. Mitw. u. a.: Hans Reimann, Funkkapelle. ● 22.35: Berlin: Tanzmusik.

Montag, 9. Sept. 16: Gleiwitz: Besuch aus Leschwitz. Plaudereien in der Altvater-Mundart von Josef Kaps. ● 16.30: Aus deutschen Opern. Funkkapelle. ● 17.30: Musikfunk für Kinder. Leitung: Bruno Sanke. ● 18.15: Dr. Adler: Berichte über Kunst und Literatur. ● 18.40: Dora Münzer-Bandmann: Deutsche Handelskorrespondenz. ● 19.05: Chorkonzert (Schallplatten). ● 20.05: Renée Schickele: Der Dichter als Stimme der Zeit. ● 20.30: Lieder eines fahrenden Gesellen von G. Mahler. „Wenn mein Schatz Hochzeit macht". — Ging heut Morgen übers Feld. — „Ich hab ein glühend Messer". — „Die zwei blauen Augen". Ausf.: A. Fleischer (Bariton). Symphonische Frühwerke Anton Bruckners. Ouverture G-moll. — Symphonie D-moll (Nullte). Schlesische Philharmonie. Leitung: Dr. Nick. ● 22.10: Funktechn. Briefkasten.

Aerztliches Verbot

„Denk dir mal, Lude," sagt neulich ein Holzhauer beim Frühstück zu seinem Kollegen, indem er den Kork seiner Schnapsflasche abzog, „der Doktor hat mir wejen meine Uterleibsbeschwerden alle hitzigen Getränke verboten — nu muß ick immer so den kalten Kümmel runterwürjen."

Der Deckname

Lehrer: „Was ist Gemeinwohl?"
Jung-Spartakist: „Ein Deckname, Herr Lehrer!"
Lehrer: „Wieso?"
Jung-Spartakist: „Für Nepp — Herr Lehrer!"

„Liebling, der Volksmund sagt: Die sich bei Vollmond küssen, werden bald freien müssen!"
„Quatsch! Dann hätt' ick schon 'n Harem!"

Das Allheilmittel

Im Verein gegen Geburtenrückgang, einer hochnoblen Gesellschaft, hält Geheimrat Knickebein einen Vortrag:

„Meine Damen und Herren! Unser stolzes deutsches Volk darf nicht aussterben. Wenn bolschewistische Hetzer die Arbeiter zur Geburteneinschränkung auffordern, so muß ich Ihnen, meine Damen und Herren von dieser Stelle aus zurufen — — —"

Zwischenruf eines Ungeladenen: „Nehmt Oksal!"

Was ist paradox?

Wenn der Nationalsozialist St. barfuß auf die Rednerbühne steigt und den Schuhplattler tanzt und dann glaubt, Arbeiter für die von der Schwerindustrie bezahlten und vorgeschriebenen Ideen begeistern zu können.

Der praktische Fischer. (Söndagsnisse Strix.)

Reisender Meier in Firma Katzensprung u. Co. ist in jeglicher Beziehung ein fixer Kerl. „Meier", sagte neulich Katzensprung in Katzensprung u. Co., „Sie müssen reisen". — „Natürlich", sagt Meier. — „Also", sagt Katzensprung, „Sie fahren von Berlin nach Breslau, von Breslau nach Leipzig, von Leipzig nach Frankfurt, von Frankfurt nach Zürich, von Zürich nach Paris. In acht Tagen müssen Sie spätestens zurück sein".

Meier fährt. Nach acht Tagen ist er pünktlich zurück. „Sie sind ein feiner Mann", lobt Katzensprung, „wo haben Sie die Abschlüsse?" „Abschlüsse?" wundert sich Meier, „Abschlüsse? Ich war froh, daß ich überhaupt die Anschlüsse gekriegt habe".

„Was verstehen Sie eigentlich unter Schaukelpolitik, Herr Doktor?"
„Wenn man bei seinen Mitmenschen Wünsche erweckt, die man nicht bereit ist zu erfüllen."

Zur gefl. Nachricht

„In meinem Kino wird „Sturm über Asien" vierzehn Tage verlängert, da das „Uneheliche Kind" noch nicht eingetroffen ist!"

Singe, wem Gesang gegeben

A: „Du, die singt ja mit geschlossenen Augen!"
B: „Da hat sie recht. Da sieht sie wenigstens nicht die Gesichter der Zuhörer!"

Empfehlenswerte Gast- und Vergnügungsstätten

Gaststätten Gebrüder Wolff in allen Stadtteilen

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabd., 7. Septemb. bis Freitag, 13. September täglich 20.15 Uhr
„Reporter"
Amerikanische Journalistenkomödie von Ben Hecht u. Charles Mac Arthur, für die deutsche Bühne bearbeitet, von Rudolph Lothar
Sonnabd, 14. 9., 20.15 Uhr
Neuinszenierung!
„Wallenstein"
Dramat. Gedicht v. Schiller

Thalia-Theater
Sonnabd., 7. 9., 20.15 Uhr zum ersten Male!
„Perlenkomödie"
Spiel von Bruno Frank

◇

Von Sonntag, 8. September bis Sonnabd., 14. Septemb. täglich 20.15 Uhr
„Perlenkomödie"

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Spielplan vom 7. bis 15. September 1929
Sonnabend, 20 Uhr
Don Pasquale
Sonntag, 20 Uhr
Maschinist Hopkins
Montag, 20 Uhr
Der Zigeunerbaron
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie F 1
Don Pasquale
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 1
Der Freischütz
Donnerstag, 20 Uhr
Der fliegende Holländer
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 1
Fra Diavolo

Schauspielhaus

Operettenbühne
Tel. 36 300
Täglich 8 Uhr
Gastspiel
Margit Suchy
von der Staatsoper Berlin
Kammersänger
Walter Kirchhoff
von der Metropolitanoper Newyork
Martin Kettner
vom Metropoltheater Berlin
Die schöne Helena
Offenbachs Meisteroperette
Ausstattung: Ludwig Kainer
Dirigent: F. W. Goebel

Wenn ich nicht zu Hause war, war ich stets im
ALKAZAR
8—4 Uhr
pausenl. Weltstadt-Betrieb Varieté Revue, Tanz
30 Tischtelefone
Eintr. 1.10 M. (inkl. Steuer)

Möbel
Schlaf-, Speisezimm., Wohnzimm., Küchen auf
Kredit
auch Einzelmöbel, Schränke, Vertikos, Bettstellen etc. zu niedrigsten Preisen.
Karfunky & Co.
Rosenthalerstr. 2, I. Ecke Matthiasstrasse

Gesellschaftshaus OSTPARK
Morgenauer Str. 2 / Endst. L. 4
Fernsprecher: 25487
Jeden Sonntag
Vornehmer Tanz

Suhls Gerichtstretscham, Al.-Gandau
Inh. Hans Rathmann
Angenehmes Familien-Lokal
Jeden Sonntag Tanz (Damen frei)
Jeden Mittwoch verkehrter Ball
Den Vereinen ist der Saal besonders empfohlen. Schöner schattiger Garten und große Kolonnaden. Jeden Sonntag Sportveranstaltungen auf dem neuangelegten Sportplatz.
Gute Küche — Gutgepflegte Biere

Drei-Kronen-Säle, Rosenthal
Telephon 50034
Täglich sowie Sonntag
Garten-Frei-Konzert
Kinderbelustigung, Jockeiverlosung, Feuerwerk
Jeden Sonntag
Großer öffentlicher Tanz

Weiß- u. Wollwaren
kaufen sie am billigsten
bei
Emil Schmelz
Breslau 6, Friedr.-Wilh.-Str. 25

Zoologischer Garten
Prachtvoller, parkähnlicher Garten
Reicher Tierbestand
Die Tierhäuser sind v. 8–19 Uhr geöffnet
Konzert
Sonntag, Dienstag, Donnerstag
Große Konzerte

Achtung! Achtung!
Wo ist der schönste Aufenthalt f. Arbeiter?
Bei
Richard Kirsch, Steinstraße, Ende Hubenstr.
Im schönen schattigen Garten
Jeden Sonntag Frei-Konzert
Gute Getränke
Belustigungen für jung und alt
Es ladet ergebenst ein Der Besitzer

Konzert- und Gesellschaftshaus Theodor Stelle
Breslau 24, Gräbschen / Tel. 328 24
Straßenbahnlinie 10
Jeden Donnerstag und Sonntag
Große Gartenkonzerte
Im Saale: **Vornehmer Tanz**

Konzerthaus Kroker
Am Weidendamm
Haltestelle Morgenaustraße
Jeden Montag, Mittwoch, Freitag und Sonntag
Großes Konzert
Jeden Freitag und Sonntag
TANZ

Gesellschaftshaus „Gold. Anker"
Ende Lohestr., 3 Min. v. d. Endst. d. L. 26
jeden Sonntag
Großer Familien-Tanz
P. Langer.
Saal für Vereine und Festlichkeiten zu vergeben

Apfelwein . . .	Mk. 0.65	per	Fl.
Brombeerwein .	„ 0.80	„	„
Erdbeerwein . .	„ 0.90	„	„
Heidelbeerwein .	„ 0.80	„	„
Johannisbeerwein	„ 0.80	„	„
Stachelbeerwein	„ 0.80	„	„
Kirschwein . .	„ 0.80	„	„

Heinrich Nitschke
Inhaber **Gustav Seidel**
Fruchtwein-Kelterei Gegr. 1809
Telephon 50188 Reuschestraße 54

Radio- u. Licht-„Hansa"
Breslau 1, Klosterstraße 27
Rundfunk-Anlagen
Ersatzteile, Kopfhörer, Klinik
Akku-Ladestation
Großlautsprecher-Anlagen

Monistische Gemeinde
Breslau, Grünstraße 14/16
Sonntag, 8. September, 18.30 Uhr
Vortrag
Dr. phil. Georg Kramer
Thema:
„Der Entwicklungsgedanke"
Eintritt frei Gäste willkommen

Paradies Oswitz
Jeden Sonntag TANZ
Großer Garten und Saal mit Bühne zu Vereinsfestlichkeiten

Möbel
preiswert und gut
Schränke v. 75 M. an
Bettstellen v. 40 M. an
Tische von 25 M. an
Stühle von 7 M. an
Sofas von 70—250 Mk.
Chaiselongues von 38—125 Mk.
Schreibtische von 95—300 Mk.
Küchenbüfett einzeln 75 Mk.
Schlafzimmer Eiche, von 485 M. an
Küchen von 130 Mk. an
Teilzahlung gestattet.
Giesel
Breitestraße 42

Billige Möbel
in guter Arbeit
echt eichene Schlafzimm. 585.-
echt eichene Speisezimm. 685.-
Küchen, Schränke Bettstellen, Tische usw.
zu niedrigsten Preisen
Bequeme Zahlung
S. Brandt & Co.
Gartenstr. 65 I.
(Zillerthal)

Brauerei und Ausschank
Zum großen Meerschiff
Inhaber Erich Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. v. Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12—3 Uhr

Zurück
Dr. Mottek
Schweidnitzer Stadtgraben 24

Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte"
Inh. Hermann Wittke / Tel. 26127
Breslau 16, Am Zimpeler Weg
6 Minuten von der Straßenbahnlinie 8
Angenehmer Aufenthalt, für Familien besonders geeignet
Gute Verpflegung. Ausschank von Hausebier
Saal zur Abhaltung von Festlichkeiten den Vereinen bestens empfohlen

Franz Skorsetz
Bäckerei und Konditorei
Bestellgeschäft
Spez.: Oesterreichisches Langbrot.
Breslau, Lohestraße Ecke Sedanstr.

Kinke-Garten, Scheitnig
Parkstrasse 33 — Tel. 55521
Jed. Sonntag: **Gartenkonzert**
Jeden Freitag: **Kinderfest**
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Vornehmer Tanz
Saal für Vereinsfestlichkeiten zu vergeben

Persil bleibt Persil

Die Fache behagliche Gaststätte

Eigene Likörfabrik ✣ Wurstfabrik ✣ Bäckerei